

UNSER
EUROPA
UNSERE
ZUKUNFT



Konferenz
zur Zukunft
Europas

Die Konferenz zur Zukunft Europas in Österreich

Aktivitätenbericht 2020–2022



**Die Konferenz
zur Zukunft Europas
in Österreich
Aktivitätenbericht
2020–2022**

Stand: 9. April 2022

Impressum

Medieninhaber, Verleger und Herausgeber:

Bundeskanzleramt, Ballhausplatz 2, 1010 Wien

Autorinnen und Autoren: Kabinett der Bundesministerin für EU und Verfassung, Referat I/11/b,
Abteilung IV/1

Gesamtumsetzung: Bundeskanzleramt

Gestaltung: BKA Design & Grafik

Fotonachweis: U2–U3 © BKA/Florian Schrötter

Druck: Gerin Druck GmbH

Wien, 2022. Stand: 9. April 2022.

Copyright und Haftung:

Auszugsweiser Abdruck ist nur mit Quellenangabe gestattet, alle sonstigen Rechte sind ohne schriftliche Zustimmung des Medieninhabers unzulässig.

Es wird darauf verwiesen, dass alle Angaben in dieser Publikation trotz sorgfältiger Bearbeitung ohne Gewähr erfolgen und eine Haftung des Bundeskanzleramtes und der Autorinnen und Autoren ausgeschlossen ist. Rechtausführungen stellen die unverbindliche Meinung der Autorinnen und Autoren dar und können der Rechtsprechung der unabhängigen Gerichte keinesfalls vorgreifen.

Rückmeldungen:

Ihre Überlegungen zu vorliegender Publikation übermitteln Sie bitte an eu-zukunftskonferenz@bka.gv.at.

Inhalt

I Die EU-Zukunftskonferenz 6

1. Was ist die „Konferenz zur Zukunft Europas?“ 8
2. Veranstaltungen – Zahlen, Daten, Fakten 14
3. Umfrageergebnisse zur Zukunft Europas 18
4. Beteiligung auf der digitalen Plattform 24

II Aktivitäten zur Zukunft Europas 31

1. Vorprozess: „Unsere Zukunft – EU neu denken“ 34
2. Digitaler Europatag – Auftakt zur EU-Zukunftskonferenz in Österreich 46
3. Österreichisches Parlament 50
4. Europäische Institutionen in Österreich 58
5. Europa-Gemeinderätinnen und Europa-Gemeinderäte 64
6. BürgerInnen Forum Europa 70
7. Dialogveranstaltungen in ganz Österreich 74
8. Einbeziehung Jugendlicher 82
9. Grenzüberschreitende Veranstaltungen 92
10. Zukunftslabore – Diskussionsräume zur Zukunft Europas 120

Resümee von Europaministerin Karoline Edtstadler 150

Geschätzte Europäerinnen und
Europäer, sehr geehrte
Österreicherinnen und Österreicher!



Die „Konferenz zur Zukunft Europas“ wurde von Ursula von der Leyen, Präsidentin der Europäischen Kommission, ins Leben gerufen, um unter Einbindung der Bürgerinnen und Bürger aller EU-Mitgliedstaaten über eine verbesserte Europäische Union zu diskutieren. In einem breiten Prozess sollen Lösungen für europäische Herausforderungen aufgezeigt werden, in Bereichen, in denen die EU oft Antworten auf brennende Fragen schuldig geblieben ist.

Österreich hat die EU-Zukunftskonferenz von Anfang an voll unterstützt und zählt zu den aktivsten Mitgliedstaaten. Die Österreicherinnen und Österreicher haben sich mit zahllosen Veranstaltungen, Diskussionsbeiträgen und Ideen aktiv in der „Konferenz zur Zukunft Europas“ eingebracht. Ob vor Ort in der Gemeinde oder im Verein, in Webinaren für Schülerinnen und Schüler, bei Videowettbewerben, Diskussionen am Stammtisch oder „Zukunftscafés“: Die Vielfalt der Aktivitäten, die in den vergangenen Monaten physisch, hybrid oder online durchgeführt worden sind, ist groß, inklusiv und kreativ. Diese beeindruckende Vielfalt kann im Bericht, den Sie in Händen halten, gar nicht vollumfänglich abgebildet werden. Die vorliegende Übersicht – ohne Anspruch auf Vollständigkeit – soll einen kleinen Einblick in jene Aktivitäten bieten, die in Österreich bis 9. April 2022 stattgefunden haben.

Mein herzlicher Dank gilt den regionalen und lokalen Gebietskörperschaften, den zivilgesellschaftlichen Organisationen, den Sozialpartnern, den Vereinen, den Europa-Gemeinderätinnen und Europa-Gemeinderäten und den vielen Bürgerinnen und Bürgern vor Ort, die eine Aktivität oder Veranstaltung zur EU-Zukunftskonferenz in ganz Österreich getragen haben. Vor allem aber bedanke ich mich aufrichtig bei allen Bürgerinnen und Bürgern, die ihre Anliegen an die EU artikuliert und vorgebracht haben.

Dennoch muss festgehalten werden, dass die „Konferenz zur Zukunft Europas“ auf europäischer Ebene leider nicht wie erhofft verlaufen ist. Zu viel Zeit ging mit prozeduralen Fragen und interinstitutionellen Streitigkeiten verloren, zu wenig wurde über akute Probleme und konkrete Ideen diskutiert. Gerade in Zeiten, in denen der Angriffskrieg Russlands auf die Ukraine die europäische Stabilität erschüttert, stellen sich entscheidende Fragen aber umso mehr.

Die Europäische Union ist zweifellos eine Erfolgsgeschichte. Sie wird aber nicht an ihrer Geschichte gemessen, sondern an ihrer Fähigkeit, Lösungen für die Herausforderungen der Gegenwart zu finden und Antworten auf die Fragen der Zukunft zu geben. Dies wird ohne laufende Weiterentwicklung und echte Erneuerung nicht gelingen können.

Ob wir die echte Erneuerung schaffen, wird letztendlich nicht vom konkreten Ergebnis der EU-Zukunftskonferenz abhängen, sondern vom gemeinsamen politischen Willen, die dafür notwendigen Veränderungen anzustoßen. Auf europäischer Ebene hatte man bisher nicht den Eindruck, dass dieser Wille vorhanden war. Umso wichtiger ist es, die Überlegungen über die Erneuerung der Europäischen Union auch nach dem Ende der EU-Zukunftskonferenz weiterzuführen und möglichst bald konkrete politische Reformen einzuleiten.

In diesem Sinne darf ich diesem Aktivitätenbericht meine persönlichen Gedanken zur Zukunft Europas in Form eines programmatischen Resümees anschließen. Diese Überlegungen und Schlussfolgerungen sind das Ergebnis meiner über zweijährigen Tätigkeit als Europaministerin, meiner Reisen in sämtliche Mitgliedstaaten der EU und meiner zahllosen Gespräche mit den Bürgerinnen und Bürgern in allen Bundesländern Österreichs. Die darin enthaltenen Reformvorschläge sollen als „Food for Thought“ dienen und zu einer lebendigen Diskussion über die Zukunft unserer gemeinsamen Europäischen Union führen. Ich freue mich, wenn Sie sich daran weiterhin beteiligen!



Karoline Edtstadler
Europaministerin



Die EU-Zukunftskonferenz

1. Was ist die „Konferenz zur Zukunft Europas?“

Die „Konferenz zur Zukunft Europas“ ist eine öffentliche Debatte in allen Mitgliedstaaten über die zukünftige Gestaltung und Ausrichtung der Europäischen Union (EU). Das Europäische Parlament, der Rat und die Europäische Kommission (im Folgenden „Kommission“) haben sich verpflichtet, den Europäerinnen und Europäern zuzuhören und den ausgearbeiteten Empfehlungen zu folgen.

Am 10. März 2021 unterzeichneten die Präsidentin der Kommission, Ursula von der Leyen, der damalige Präsident des Europäischen Parlaments, David Sassoli, und der portugiesische Premierminister, António Costa (damaliger Ratsvorsitzender), die Gemeinsame Erklärung zur Konferenz zur Zukunft Europas. In der Gemeinsamen Erklärung wurden Festlegungen zu Prinzipien, Inhalten und Arbeitsstrukturen der EU-Zukunftskonferenz getroffen.

27

EU-Mitgliedstaaten

3

europäische
Institutionen

450

Millionen Bürgerinnen
und Bürger

1 übergreifendes Thema

Die Zukunft Europas

Wozu diese Konferenz?

Die Konferenz zur Zukunft Europas (kurz: „EU-Zukunftskonferenz“) erarbeitet Lösungsvorschläge in den folgenden Themenfeldern:

1. „Klimawandel und Umwelt“
2. „Gesundheit“
3. „Eine stärkere Wirtschaft, soziale Gerechtigkeit und Beschäftigung“
4. „Die EU in der Welt“
5. „Werte und Rechte, Rechtsstaatlichkeit, Sicherheit“
6. „Digitaler Wandel“
7. „Demokratie in Europa“
8. „Migration“
9. „Bildung, Kultur, Jugend und Sport“
10. „Weitere Ideen“

Wie funktioniert die Konferenz?

Die EU lädt mit dieser Konferenz 450 Millionen Bürgerinnen und Bürger ein, ihre Meinung zur Zukunft der EU mitzuteilen und sich einzubringen. Dieses ambitionierte Vorhaben erfordert eine gewisse Struktur: Am 9. Mai 2021 wurde die EU-Zukunftskonferenz formell eröffnet. Das Konferenzplenarium trat erstmals am 19. Juni 2021 am Sitz des Europäischen Parlaments in Straßburg zusammen. Die **Plenarversammlung** umfasst Vertreterinnen und Vertreter des Europäischen Parlaments, des Rates, der Kommission, aller nationalen Parlamente, Vertreterinnen und Vertreter der europäischen Bürgerinnen und Bürger, Vertreterinnen und Vertreter des Ausschusses der Regionen, des Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschusses, der Sozialpartner und der

Zivilgesellschaft. Zusätzlich wurden vom Plenum neun Arbeitsgruppen eingerichtet. Bei den Plenarsitzungen sind seit 23. Oktober 2021 auch die Westbalkan-Länder vertreten – dafür hatte sich Österreich besonders eingesetzt.

Die Verantwortung für die Organisation der laufenden Arbeiten wurde einem interinstitutionell zusammengesetzten **Exekutivausschuss** übertragen, dem in beobachtender Rolle auch Vertreterinnen und Vertreter der Konferenz der Ausschüsse für Unionsangelegenheiten der Parlamente der EU (COSAC), des Ausschusses der Regionen und des Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschusses angehören.

Das zentrale und innovative Element der EU-Zukunftskonferenz ist die Einbeziehung der Bürgerinnen und Bürger. Als breites Beteiligungsinstrument wurde die mehrsprachige digitale Plattform futureu.europa.eu eingerichtet, die mit 19. April 2021 online ging. Zu den Aktivitäten auf der digitalen Plattform wurden mehrere, öffentlich zugängliche Analyse-Berichte des Kantar Instituts, eines der weltweit führenden Marktforschungsinstitute, vorgelegt.

Die über diese Plattform eingebrachten Vorschläge der Bürgerinnen und Bürger fließen auch in die Arbeiten der **vier europäischen Bürgerforen** ein. Diese vier Bürgerforen sind repräsentativ zusammengesetzt und umfassen jeweils 200 Bürgerinnen und Bürger aus den Mitgliedstaaten. Sie haben Mitte September 2021 ihre Arbeiten aufgenommen und sich mit folgenden Themen befasst:

1. Eine stärkere Wirtschaft, soziale Gerechtigkeit, Beschäftigung/Bildung, Jugend, Kultur, Sport / Digitaler Wandel,
2. Demokratie in Europa/Werte, Rechte, Rechtsstaatlichkeit, Sicherheit,
3. Klimawandel, Umwelt / Gesundheit,
4. EU in der Welt/Migration.



✳ Erstes europäisches Bürgerforum 2021 in Straßburg © European Union 2021 (European Parliament/Brigitte Hase)

Alle vier europäischen Bürgerforen haben für ihre Themengebiete Empfehlungen vorgelegt, die in den Plenarsitzungen diskutiert wurden. Die Abschlussveranstaltung zur EU-Zukunftskonferenz findet am 9. Mai 2022 statt.

Die vom Bundeskanzleramt konzipierte **Website „Unser Europa. Unsere Zukunft.“** (www.eu-zukunftskonferenz.at) stellt allen Interessierten seit 9. Mai 2021 Informationen über die EU-Zukunftskonferenz zur Verfügung und bietet den Bürgerinnen und Bürgern die Möglichkeit, über eine Mailbox Fragen zu stellen und Vorschläge einzubringen (eu-zukunftskonferenz@bka.gv.at). Die Website enthält einen Kalender über Veranstaltungen in Österreich sowie wöchentliche Updates über aktuelle Entwicklungen im Zusammenhang mit der EU-Zukunftskonferenz. Inhalte zur Konferenz sind auch auf den Social Media-Kanälen von Europaministerin Karoline Edtstadler und des Bundeskanzleramtes verfügbar; der Fokus liegt auf Facebook und Instagram. Weiters wurde ein Logo für den nationalen Prozess erstellt, das von Teilnehmerinnen und Teilnehmern zusätzlich zum offiziellen Konferenzlogo genutzt werden kann.

UNSER
EUROPA
UNSERE
ZU*UNFT



Seit dem Start der EU-Zukunftskonferenz im Mai 2021 gab und gibt es in Österreich zahlreiche Aktivitäten und Veranstaltungen, getragen von der Bundesregierung, dem österreichischen Parlament, den Vertretungen europäischer Institutionen in Österreich, den regionalen und lokalen Gebietskörperschaften, zivilgesellschaftlichen Organisationen, den Sozialpartnern, von Vereinen und allen voran von den Bürgerinnen und Bürgern vor Ort.

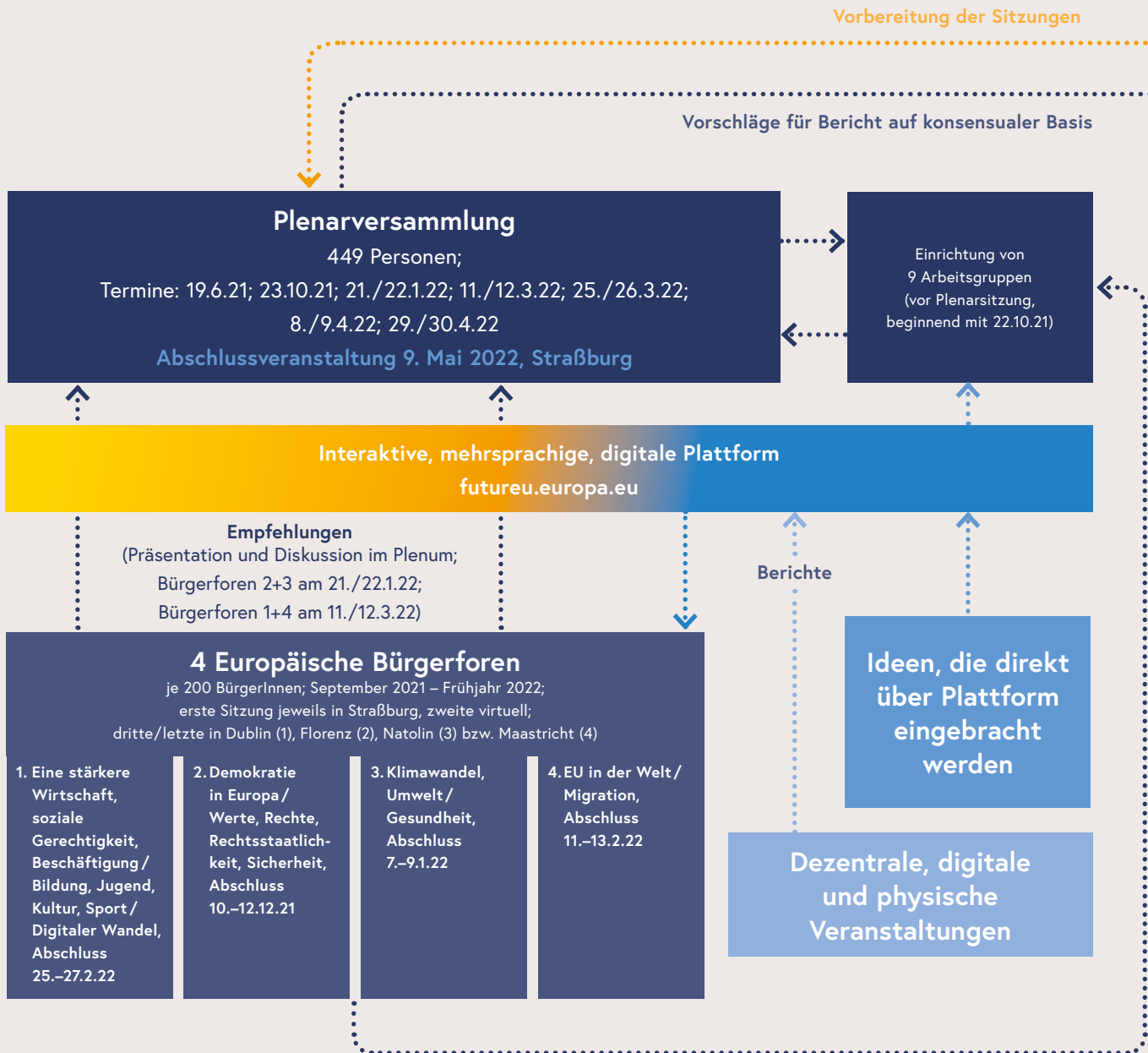
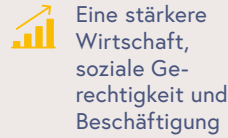
Angesichts der Vielzahl an Aktivitäten zur EU-Zukunftskonferenz kann der vorliegende Bericht nur einen Ausschnitt aller stattgefundenen Veranstaltungen, Diskussionen und Beiträge zeigen. Aufgrund des Redaktionsschlusses wurden Aktivitäten bis 9. April 2022 berücksichtigt.



* Erste Plenarversammlung in Straßburg © Michael Christen

Struktur und Organisation der „Konferenz zur Zukunft Europas“

10 THEMENBLÖCKE





Werte und Rechte, Rechtsstaatlichkeit, Sicherheit



Migration



Bildung, Kultur, Jugend und Sport



Die EU in der Welt



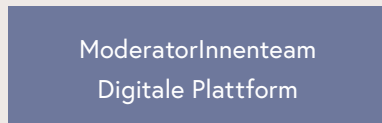
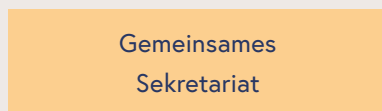
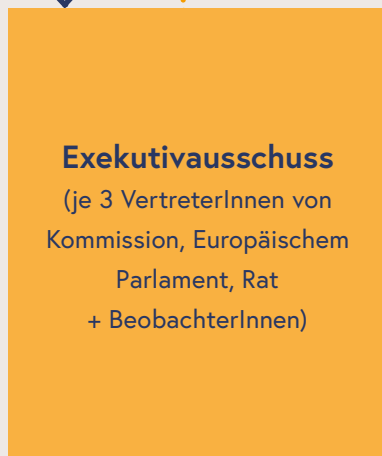
Demokratie in Europa



Weitere Ideen

INHALTE DER KONFERENZ (Gemeinsame Erklärung von März 2021):

- Keine Vorabfestlegungen
- Themen entlang der Strategischen Agenda, der politischen Leitlinien der Kommission 2019–2024
- Herausforderungen vor dem Hintergrund der Covid-19-Pandemie



BERICHT
(konsensual mit Plenum)

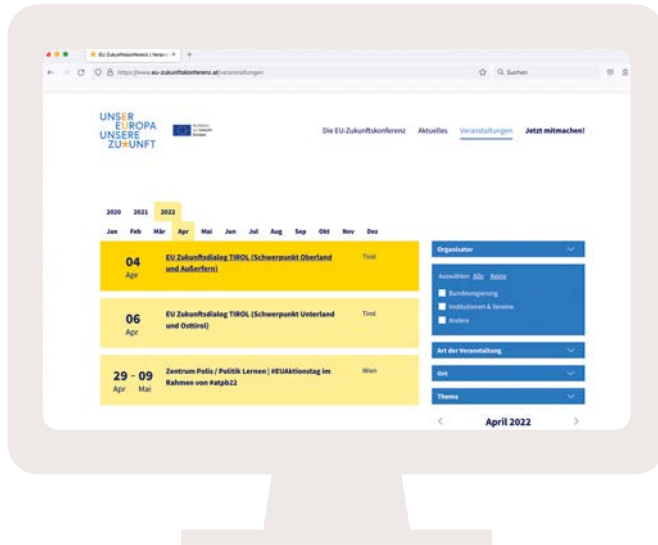
Regelmäßige
Berichterstattung



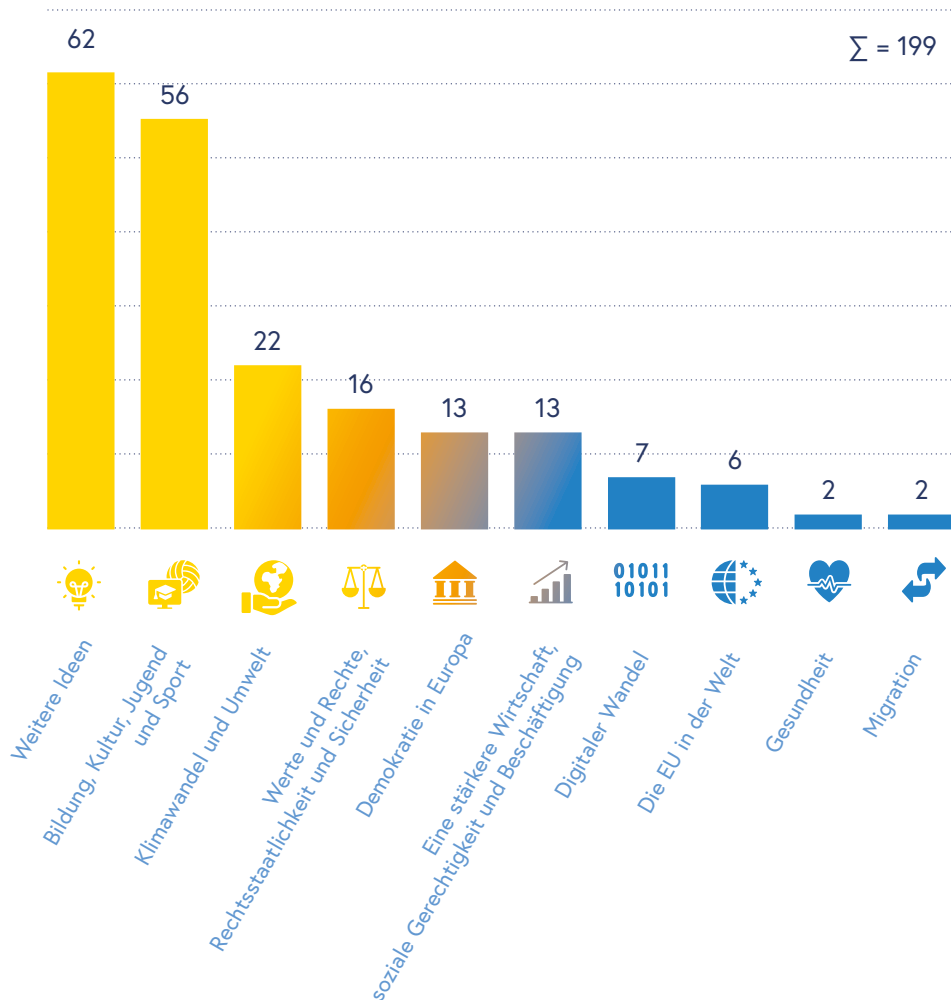
FOLLOW UP

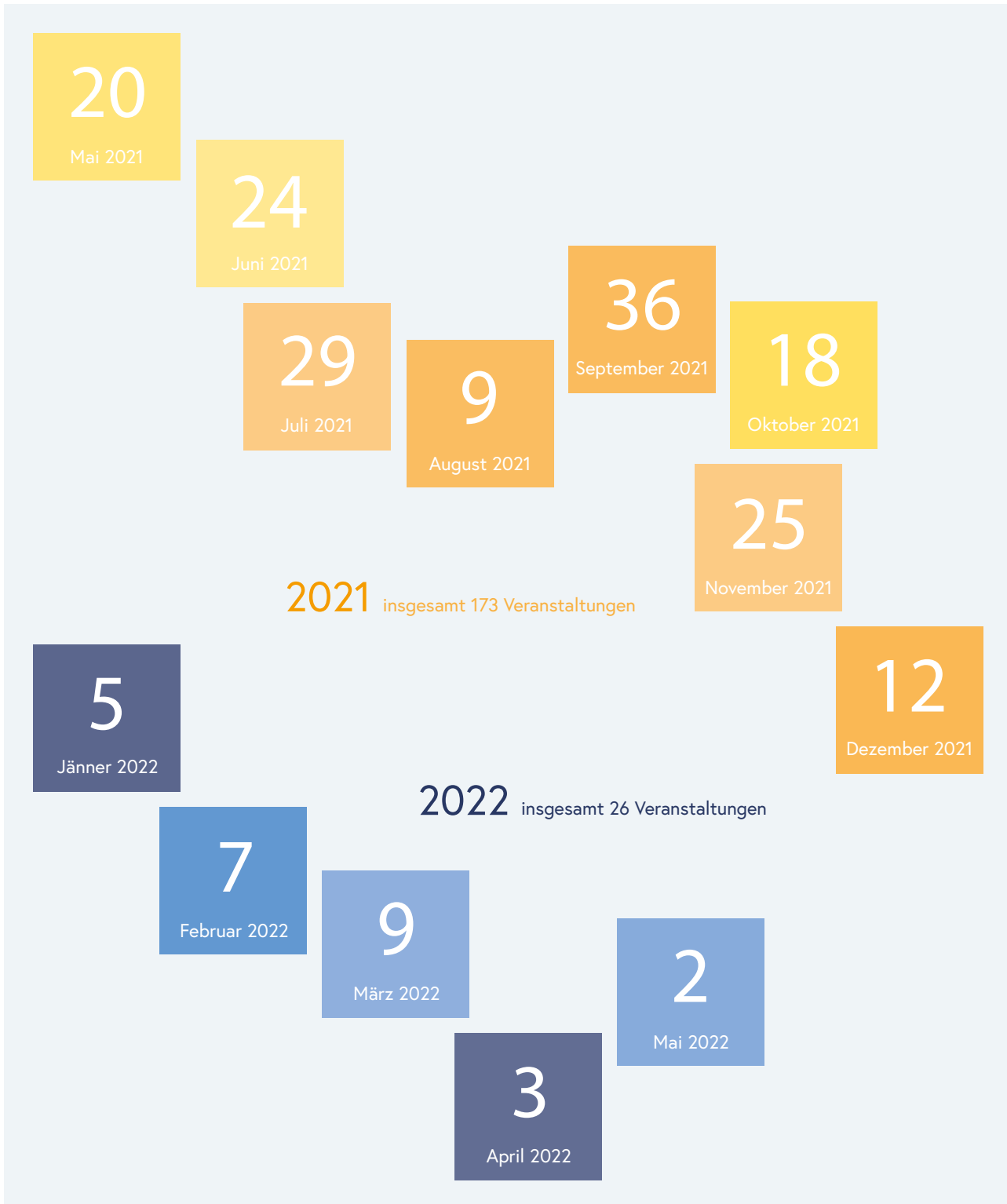
2. Veranstaltungen – Zahlen, Daten, Fakten

Das große Interesse der Österreicherinnen und Österreicher an der künftigen Gestaltung der Europäischen Union lässt sich auch aus dem Veranstaltungskalender auf der Website www.eu-zukunftskonferenz.at ablesen: Im Schnitt hat seit 9. Mai 2021 hierzulande jeden zweiten Tag eine Aktivität im Rahmen der „Konferenz zur Zukunft Europas“ stattgefunden.



Die folgende Grafik zeigt jene Veranstaltungen, die auf der Website www.eu-zukunftskonferenz.at registriert wurden. Die Aktivitäten verteilen sich wie folgt auf die Themenfelder der Konferenz:





- 2021: Mai: 20 | Jun: 24 | Jul: 29 | Aug: 9 | Sep: 36 | Okt: 18 | Nov: 25 | Dez: 12 | $\Sigma = 173$
- 2022: Jänner: 5 | Februar: 7 | März: 9 | April: 3 | Mai: 2 | $\Sigma = 26$

Durchschnittlich fand seit dem Start mindestens jeden zweiten Tag eine Veranstaltung zur EU-Zukunftskonferenz in Österreich statt, davon

- 8 Veranstaltungen mit Europa-Gemeinderätinnen und Europa-Gemeinderäten sowie
- rund 60 Veranstaltungen, die auf Jugendliche als Zielgruppe ausgerichtet waren.

Eine Vielzahl von Veranstaltungen wurde in und von den Bundesländern organisiert: Laut einer Übersicht der Abteilung Länderangelegenheiten an der Ständigen Vertretung bei der Europäischen Union reichten diese beispielsweise von Diskussionsveranstaltungen, Informationsständen bei Messen oder Märkten und Europafesten über Online-Workshops und „eErasmus-Wochen“ bis hin zu Video-Projekten, grenzüberschreitenden Aktivitäten und Kreativwettbewerben.

3. Umfrageergebnisse zur Zukunft Europas

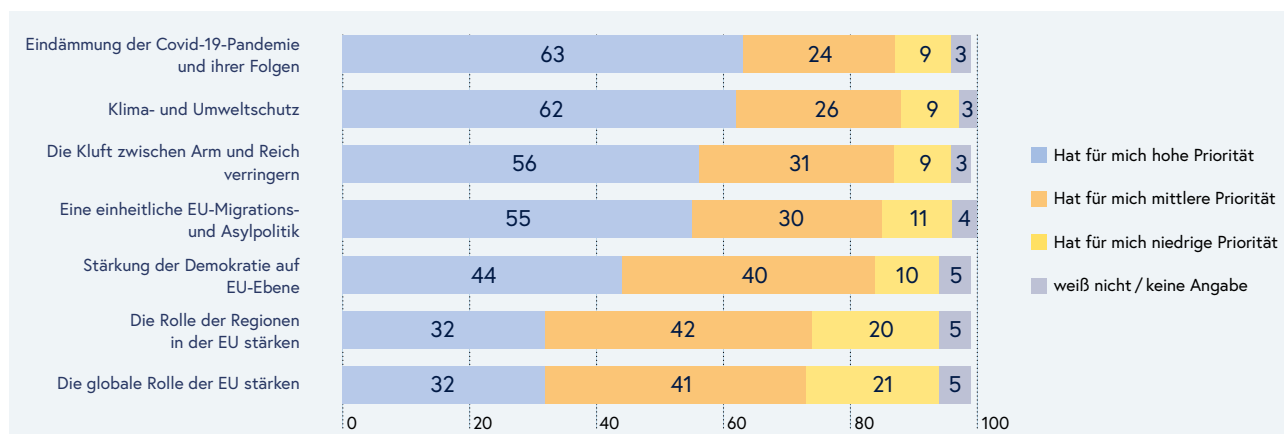
Der gesamteuropäische Prozess der EU-Zukunftskonferenz wurde auf nationaler und europäischer Ebene durch Umfragen begleitet, die dabei unterstützen sollten, einen breiteren Überblick über die Anliegen der Bürgerinnen und Bürger zu erhalten. Das vorliegende Kapitel bietet einen Überblick der für Österreich besonders relevanten Meinungsforschungs-Ergebnisse.

Umfrage der Österreichischen Gesellschaft für Europapolitik (ÖGfE)

In einer Umfrage der Österreichischen Gesellschaft für Europapolitik (ÖGfE)¹ vom September/Oktober 2021 zu den Themen, die nach Ansicht der Befragten für die EU am dringlichsten sind, rangierten die Eindämmung der Covid-19-Pandemie (63 Prozent) sowie der Klima- und Umweltschutz (62 Prozent) ganz oben. Für prioritär erachtet wurden auch die Verringerung der Kluft zwischen Arm und Reich (56 Prozent) sowie eine einheitliche EU-Migrations- und Asylpolitik (55 Prozent).

Welche der folgenden Themen sind für die EU, Ihrer Meinung nach, am dringlichsten?

Bitte sagen Sie mir jeweils, ob die folgenden Bereiche eine hohe, mittlere oder niedrige Priorität für Sie haben?

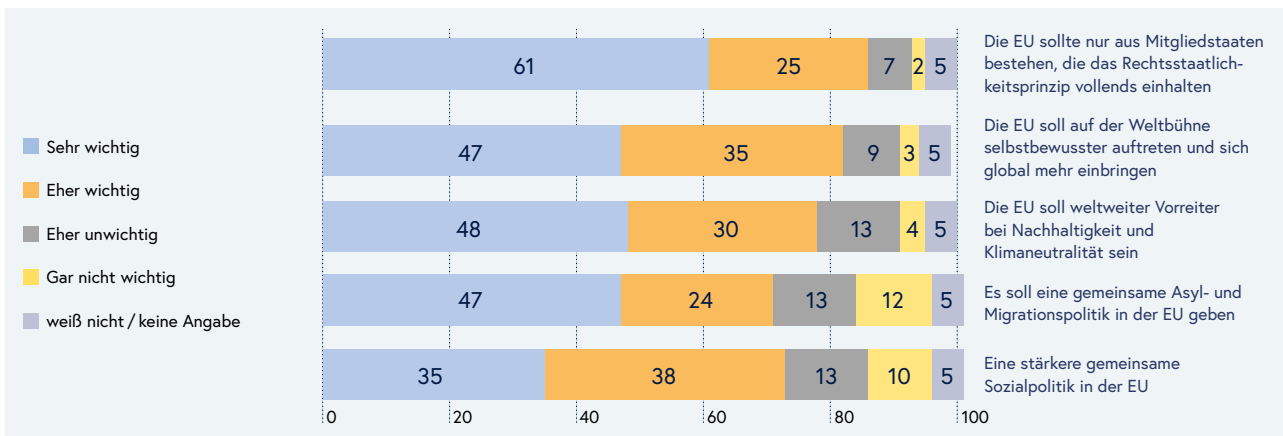


Quelle: Vertretung der Europäischen Kommission in Österreich in Zusammenarbeit mit der ÖGfE, Auf EU-Zukunftstour durch Österreich – Europa im Gespräch, Dezember 2021, S. 47. Link: https://austria.representation.ec.europa.eu/system/files/2022-01/EU_Zukunftstour_EK%202021_END_10.01.2022_web.pdf

¹ Vertretung der Europäischen Kommission in Österreich in Zusammenarbeit mit der ÖGfE, Auf EU-Zukunftstour durch Österreich – Europa im Gespräch, Dezember 2021, S. 47.

In einer ÖGfE-Umfrage vom April 2021² erachteten es 61 Prozent der Befragten für sehr wichtig, dass die EU nur aus Mitgliedstaaten bestehen solle, die das Prinzip der Rechtsstaatlichkeit einhalten. 48 Prozent der Teilnehmenden meinten, die EU solle weiterhin Vorreiter bei den Themen Nachhaltigkeit und Klimaneutralität sein. 47 Prozent hielten ein selbstbewusstes Auftreten und globales Engagement der EU in der Welt sowie eine gemeinsame Asyl- und Migrationspolitik in der EU für „sehr wichtig“ für die Zukunft Europas.

Was erwarten Sie sich von der Zukunft der Europäischen Union und wie soll sich die EU entwickeln? Sagen Sie mir bitte, für wie wichtig Sie persönlich die folgenden Punkte halten?

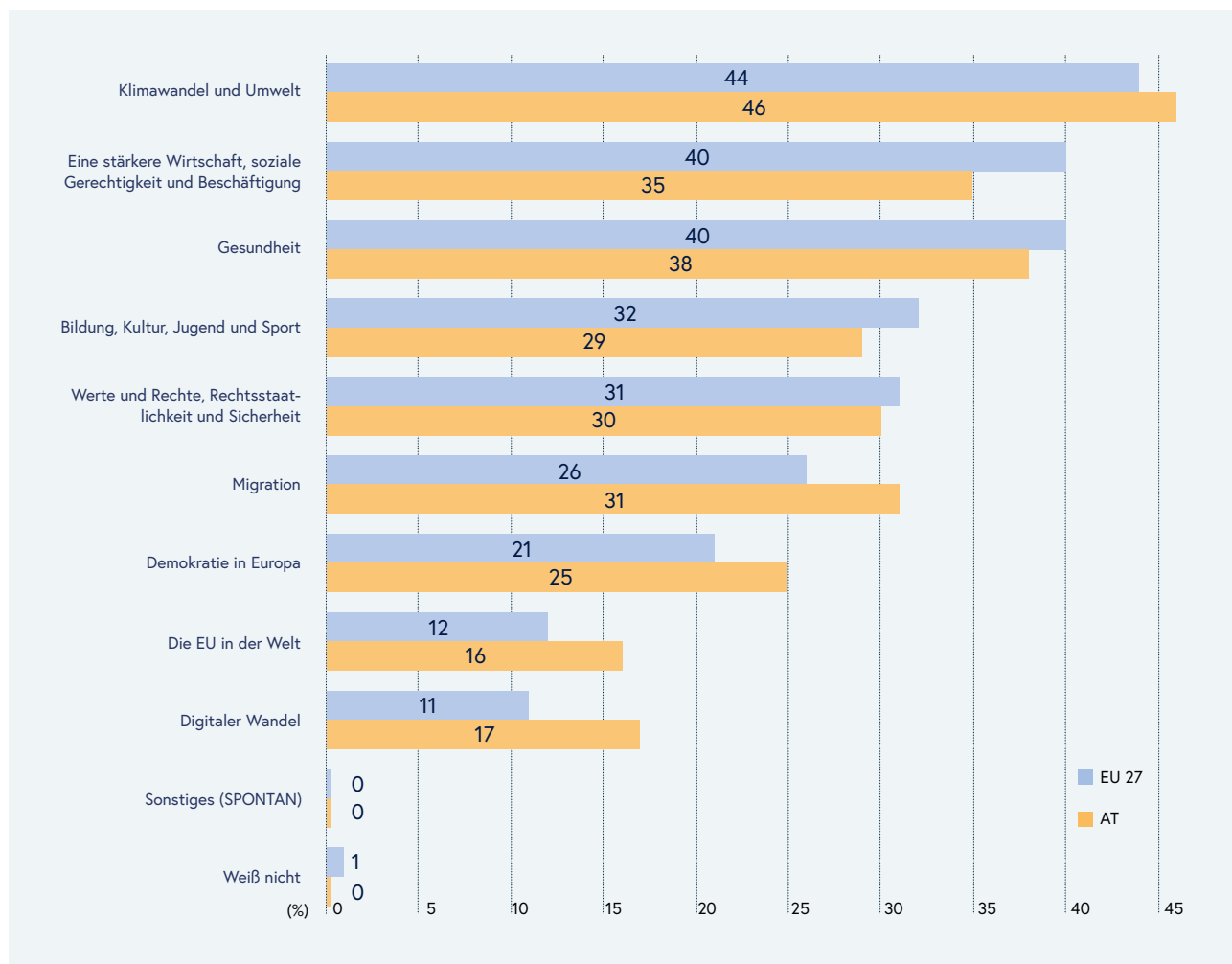


Quelle: Präsentation Paul Schmidt, Das Meinungsbild der ÖsterreicherInnen zur EU-Zukunftsdebatte, Mai 2021, S. 6. Link: https://www.oegfe.at/wp-content/uploads/2021/05/Pr%C3%A4sentation_PK_260521.pdf

2 Präsentation Paul Schmidt, Das Meinungsbild der ÖsterreicherInnen zur EU-Zukunftsdebatte, S. 5, Mai 2021, Feldarbeit zwischen 23. und 26. April 2021.

Eurobarometer-Umfrage

Im Rahmen der Konferenz zur Zukunft Europas werden aktuell verschiedene Themen diskutiert. Welche dieser Themen sind Ihrer Meinung nach wichtig für die Zukunft Europas? (max. 3 Nennungen) %

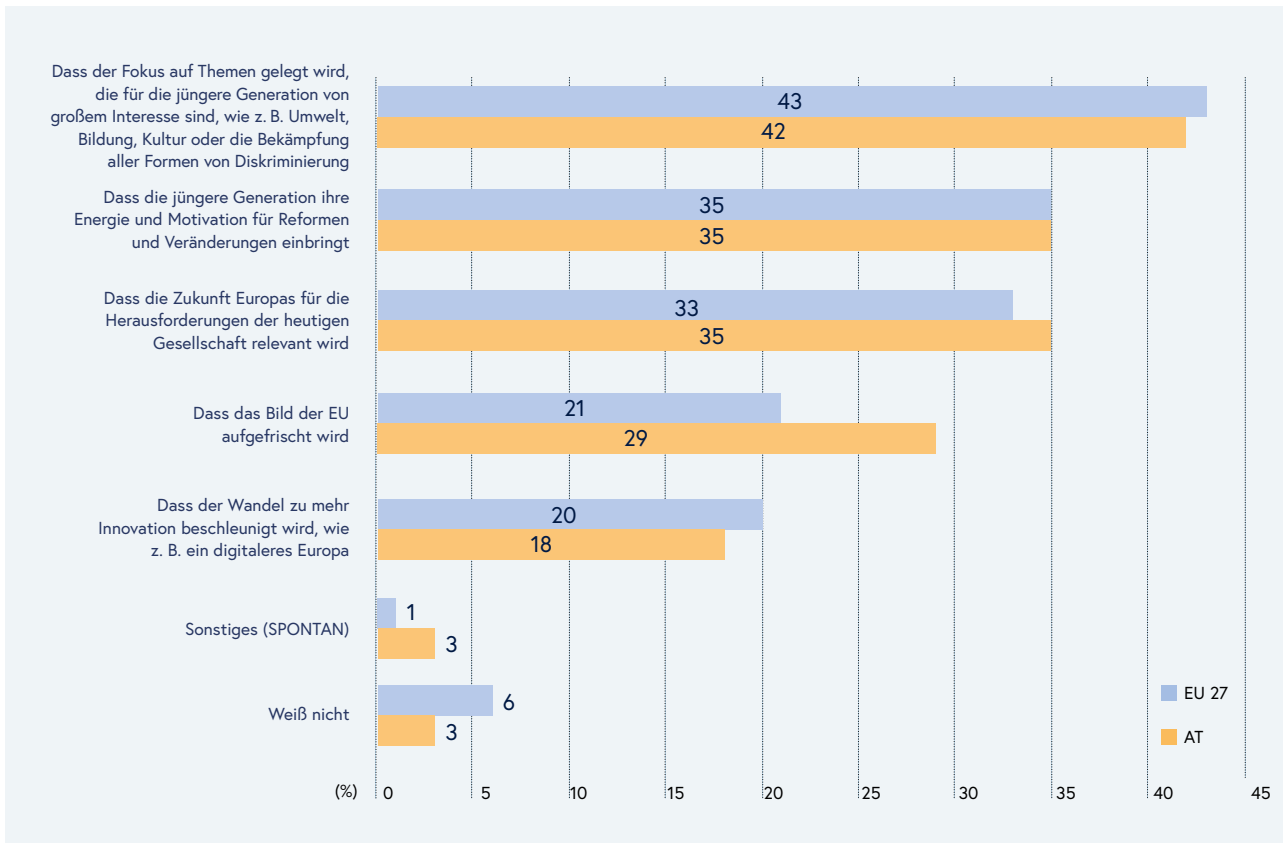


Quelle: Spezial-Eurobarometer 96.1 – Zukunft Europas, Country Factsheet Austria, Jänner 2022, S 6; Feldarbeit aus September und Oktober 2021. Link: <https://europa.eu/eurobarometer/surveys/detail/2554>

Eine im Jänner 2022 veröffentlichte Eurobarometer-Umfrage betreffend die wichtigsten Themen für die Zukunft Europas (maximal drei Nennungen waren möglich) ergab, dass die Befragten die Themen „Klimawandel und Umwelt“ (46 Prozent) sowie „Gesundheit“ (38 Prozent) für prioritär erachteten. Auch die Themen „Eine stärkere Wirtschaft, soziale Gerechtigkeit und Beschäftigung“ (35 Prozent), gefolgt von „Migration“ (31 Prozent) wurden für zentral befunden. „Werte und Rechte, Rechtsstaatlichkeit und Sicherheit“ (30 Prozent) sowie „Bildung, Kultur, Jugend und Sport“ (29 Prozent) und „Demokratie in Europa“ (25 Prozent) zählten ebenfalls zu den für die österreichische Bevölkerung wichtigsten Themenfeldern.

Was sind die wichtigsten Vorteile der Beteiligung der jüngeren Generation an der Konferenz zur Zukunft Europas?

(max. 2 Nennungen) %



Quelle: Spezial-Eurobarometer 96.1 – Zukunft Europas, Country Factsheet Austria, Jänner 2022, S. 6; Feldarbeit aus September und Oktober 2021. Link: <https://europa.eu/eurobarometer/surveys/detail/2554>

Weiters wurde in der Eurobarometer-Umfrage nach den wichtigsten Vorteilen der Beteiligung durch die jüngere Generation an der EU-Zukunftskonferenz gefragt (maximal zwei Nennungen waren möglich). Häufigste Antwort in Österreich war dabei, dass der Fokus auf Themen gelegt werde, die für die jüngere Generation von großem Interesse sind, wie zum Beispiel Umwelt, Bildung, Kultur oder die Bekämpfung aller Formen von Diskriminierung (42 Prozent).

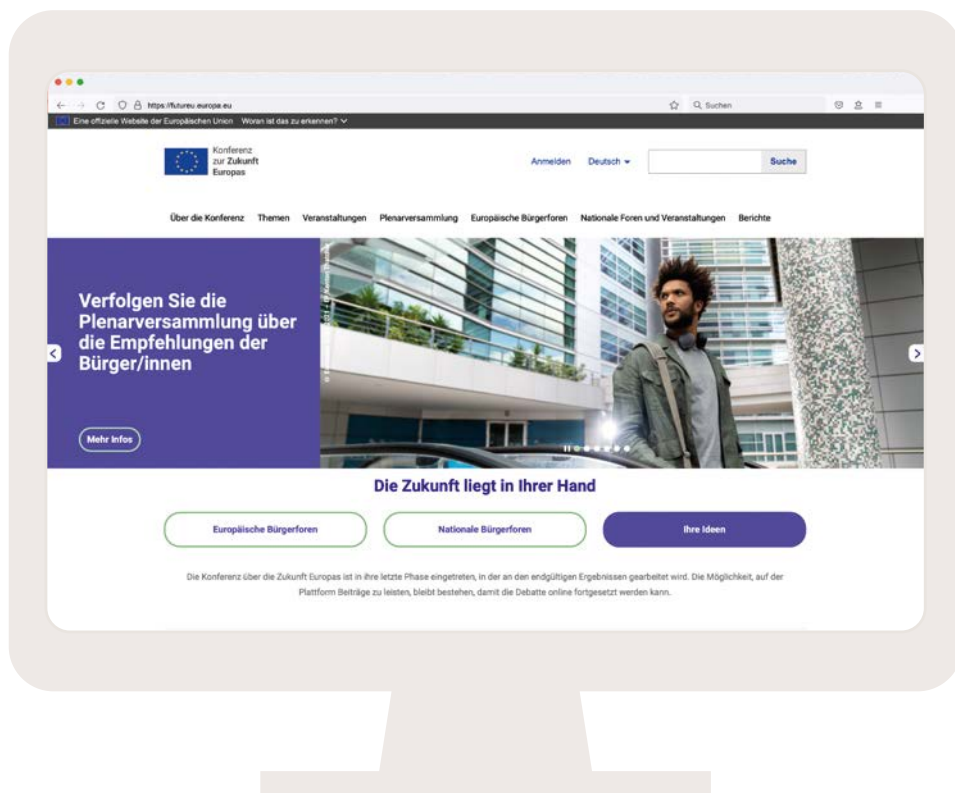
Für 35 Prozent zählte zu den geäußerten Vorteilen, dass die jüngere Generation ihre Energie und Motivation für Reformen und Veränderungen einbringe sowie dass junge Menschen bei der Gestaltung der Zukunft Europas im Besonderen die Herausforderungen der heutigen Gesellschaft im Blick hätten. Für bedeutsam wurde auch erachtet, dass „das Bild der EU aufgefrischt wird“ (29 Prozent).

4. Beteiligung auf der digitalen Plattform

Die mehrsprachige digitale Plattform zur EU-Zukunftskonferenz auf <https://futureu.europa.eu> ist seit 19. April 2021 online. Dieses Forum bietet jeder Bürgerin und jedem Bürger die Möglichkeit, sich im Rahmen der EU-Zukunftskonferenz Gehör zu verschaffen. Die Plattform, welche in den 24 Amtssprachen der Europäischen Union zur Verfügung steht, fungiert überdies als zentrales Archiv für Beiträge, Unterlagen und Berichte zur EU-Zukunftskonferenz.

Interessierte Bürgerinnen und Bürger können sich an Veranstaltungen beteiligen, eigene Veranstaltungen ausrichten und ihre Ideen zu zehn Themenbereichen direkt auf der Plattform veröffentlichen. Darüber hinaus können die Teilnehmenden auch ihre Unterstützung für eingebrachte Ideen zum Ausdruck bringen oder ihre eigenen Vorstellungen und Meinungen dazu äußern.

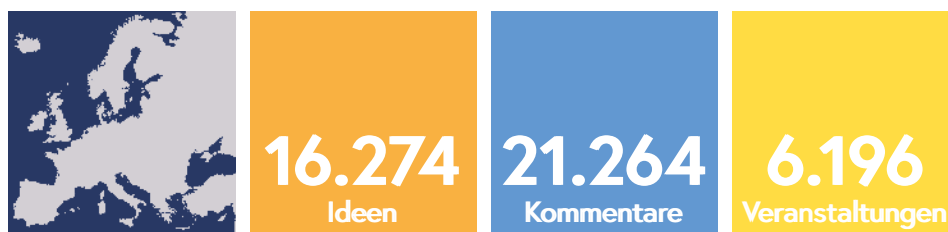
Sämtliche Online-Beiträge werden auf der Plattform gesammelt, analysiert und in regelmäßig veröffentlichten Berichten des Kantar Institutes („Kantar-Berichte“) zusammengefasst. Sie fließen außerdem in die Arbeit der europäischen Bürgerforen sowie in die Plenartagungen ein.



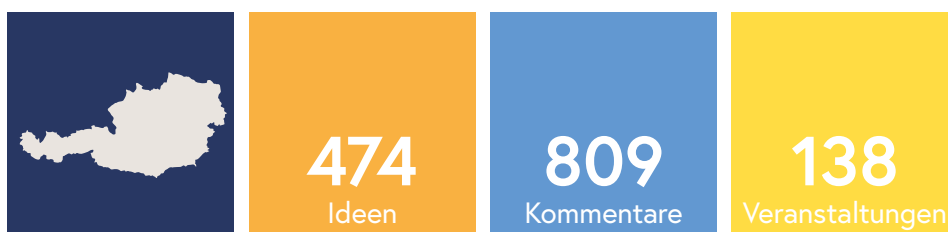
Auswertung der Aktivitäten auf der Plattform

Der Bericht von Februar 2022 erfasst Aktivitäten von 19. April 2021 bis 20. Februar 2022. Zeitgleich wurde auch ein zusätzlicher Bericht mit detaillierten Informationen zur Beteiligung der einzelnen Mitgliedstaaten vorgelegt.

Im gesamten Zeitraum wurden demnach insgesamt 43.734 Beiträge auf der Plattform verzeichnet. Diese Beiträge lassen sich wie folgt aufschlüsseln:

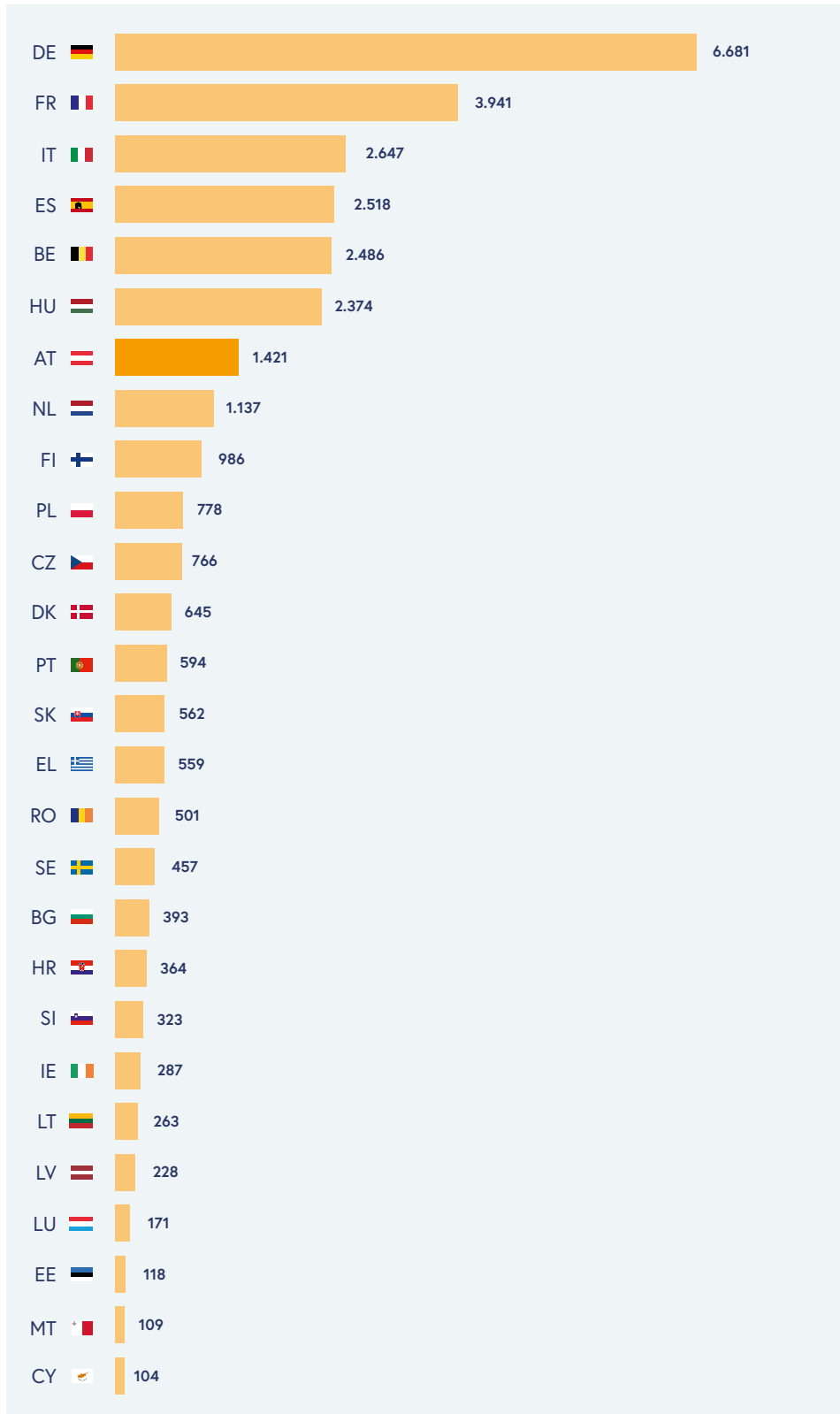


Von diesen Beiträgen stammen insgesamt 1.421 von Personen, die ihren Wohnsitz in Österreich angegeben haben; diese gliedern sich wie folgt:



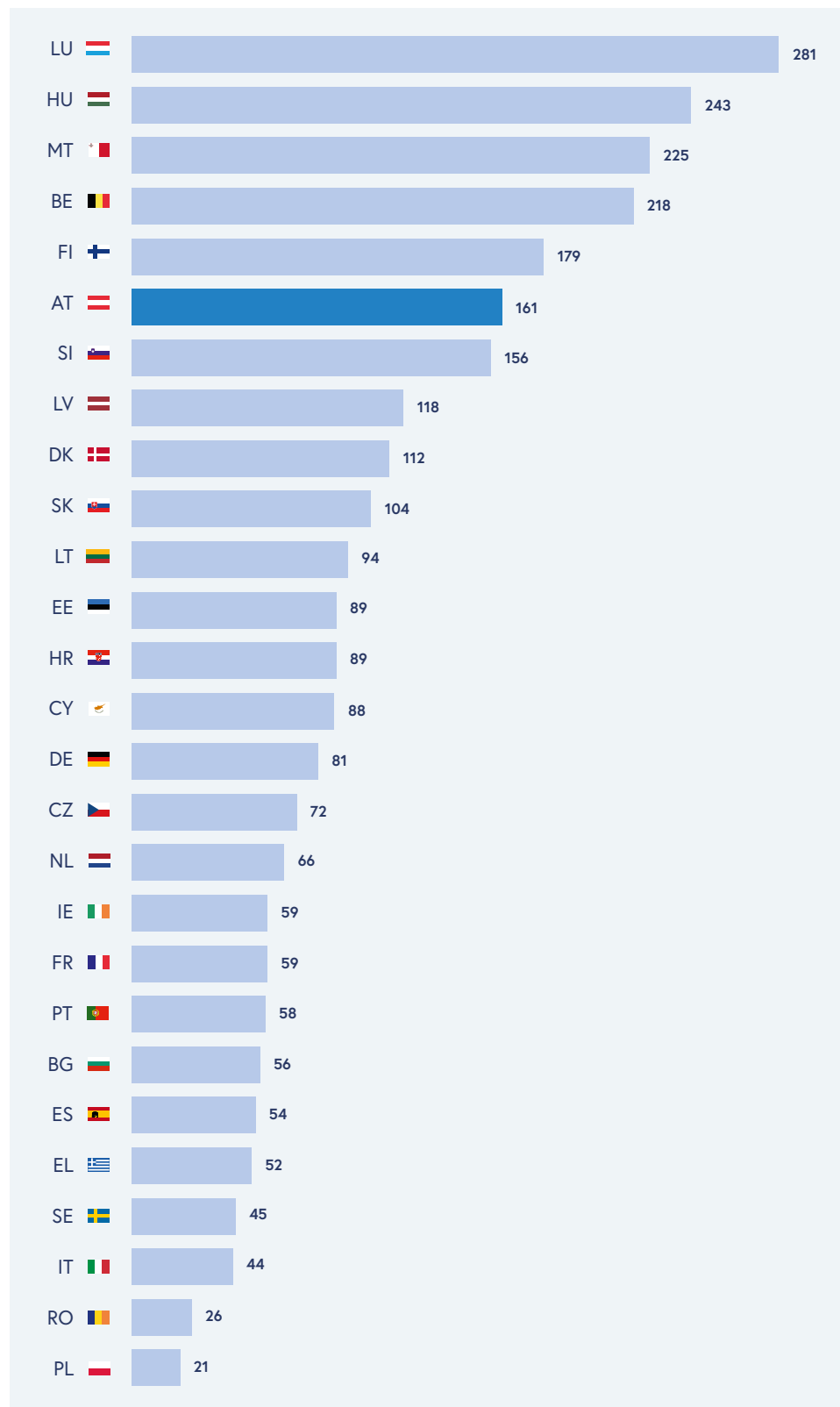
In absoluten Zahlen liegt Österreich damit im EU-Ländervergleich an siebenter Stelle. Betrachtet man den Umfang der Beiträge im Verhältnis zur Bevölkerungszahl, reiht sich Österreich mit 161 Beiträgen pro eine Million Einwohnerinnen beziehungsweise Einwohnern sogar unter den Top-6-Mitgliedstaaten ein. (Anmerkung: Über ein Viertel aller Beiträge stammt von Personen, die keine Angaben zu ihrem Wohnort gemacht haben.)

Umfang der Beiträge pro Mitgliedstaat in absoluten Zahlen (19.4.2021–20.2.2022)



Quelle: Kantar Public, Mehrsprachige digitale Plattform der Konferenz zur Zukunft Europas – Bericht, Februar 2022, S. 16.

Umfang der Beiträge pro Mitgliedstaat je 1 Million Einwohnerinnen und Einwohner
(19.4.2021–20.2.2022)



Quelle: Kantar Public, Mehrsprachige digitale Plattform der Konferenz zur Zukunft Europas – Bericht, Februar 2022, S. 16.

Im Hinblick auf die Geschlechterverteilung gab etwa die Hälfte aller Beitragenden (49,1 Prozent) an, männlich zu sein. Der zweitgrößte Anteil (33,9 Prozent) entfällt auf Personen, die keine Angaben zu ihrem Geschlecht gemacht haben, während sich auf der Plattform 16,1 Prozent als Frauen identifizierten und 0,9 Prozent angaben, nicht binär zu sein. Im Vergleich dazu waren 80 Prozent der Beitragenden, die Österreich als Wohnsitz angegeben haben, männlich und 12 Prozent weiblich. 8 Prozent haben keine Angaben gemacht.

Was die Altersgruppen betrifft, so waren die 55–69-Jährigen in Bezug auf alle Beitragenden am aktivsten (18,3 Prozent), gefolgt von der Gruppe der 25–39-Jährigen (17,1 Prozent). Diese beiden Altersgruppen waren auch im Hinblick auf die österreichischen Beiträge auf der Plattform am stärksten vertreten. Mit einem Anteil von 32 Prozent waren die 25–39-Jährigen am aktivsten.

Im Hinblick auf den Bildungsgrad waren Personen mit höherem Bildungsniveau sehr aktiv (43,2 Prozent). In Österreich war dieser Anteil mit 57 Prozent noch größer.

Die meisten Beiträge (Ideen, Kommentare, Veranstaltungen) wurden sowohl EU-weit als auch unter den österreichischen Beiträgen zum Thema „Demokratie in Europa“ verzeichnet, gefolgt von „Klimawandel und Umwelt“. Unter den Top 3 der populärsten Themen der Beiträge in Österreich reiht sich außerdem das Thema „Digitaler Wandel“ ein.



Aktivitäten zur Zukunft Europas

UNSERE
ZUKUNFT EU
NEU
DENKEN

* „Österreich-Dialog“ in Graz © BKA/Andy Wenzel



1. Vorprozess: „Unsere Zukunft – EU neu denken“

Im Rahmen von „Österreich-Dialogen“ diskutierte Europa-ministerin Karoline Edtstadler seit Juni 2020 mit unterschiedlichen Zielgruppen – von Europa-Abgeordneten sowie Mitgliedern der Kommission über zivilgesellschaftliche Vereine und Bewegungen bis hin zu Kunstschaaffenden – über die Zukunft der Union. Eine Tour durch die Bundesländer rückte die lokalen und regionalen Erwartungen in den Mittelpunkt.

Start des österreichweiten Diskussionsprozesses zur Zukunft der EU

Nicht auf den offiziellen EU-weiten Start im Mai 2021 zu warten, sondern möglichst früh mit den Bürgerinnen und Bürgern in Kontakt zu treten: Das war das Anliegen von Europa-ministerin Karoline Edtstadler, die bereits am **★ 9. Juni 2020** – also knapp ein Jahr bevor am 9. Mai 2021 auf europäischer Ebene die Debatte dazu eröffnet wurde – unter dem Motto „Unsere Zukunft – EU neu denken“ Dialoge zur Zukunft Europas in Österreich initiierte. Im Mittelpunkt dieser „Österreich-Dialoge“ zur Zukunft der Europäischen Union stand die Frage: Wie kann die EU – angesichts zahlreicher Herausforderungen wie Covid-19-Pandemie, Klimawandel oder Migration – zukunftsfit, handlungsfähig und krisenfest gemacht werden? Antworten auf diese und weitere Fragen sollte ein erster Zyklus an Veranstaltungen und Aktivitäten liefern – in einem offenen, transparenten Prozess, ganz ohne Denkverbote.

Der Österreich-Start am 9. Juni 2020 erfolgte mit einer Gesprächsreihe im Bundeskanzleramt. Der erste Termin galt dem Austausch mit Vertreterinnen und Vertretern der regionalen und lokalen Ebene – und damit all jenen, die „Europa vor Ort“ darstellen: mit Vertreterinnen und Vertretern der Bundesländer, Bürgermeisterinnen und Bürgermeistern sowie Europa-Gemeinderätinnen und Europa-Gemeinderäten. Auch eine Gruppe von Schülerinnen und Schülern kam zu Besuch. Eine Informationsveranstaltung für die Botschafterinnen und Botschafter der EU-Mitgliedstaaten in Österreich bot Gelegenheit, Erfahrungen auszutauschen und den EU-weiten Konnex der Aktivitäten in den Blick zu rücken. Abgerundet wurden die Gespräche durch einen Austausch mit anerkannten Persönlichkeiten aus Zivilgesellschaft, Wissenschaft, Wirtschaft und Kultur.

Im Zuge der „Österreich-Dialoge“ konnten die Teilnehmenden per Fragebogen die aus ihrer Sicht wichtigsten Themenbereiche angeben, die gestärkt werden sollten, um die EU auf globaler Ebene unabhängiger und widerstandsfähiger zu machen. Die Ergebnisse: An erster Stelle stand das Thema Umwelt und Klimawandel, gefolgt von Wirtschaft und Arbeit sowie Außenpolitik. Weiters wurden die Bereiche Forschung, Digitalisierung und Migration als wichtig erachtet.


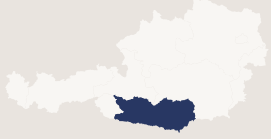
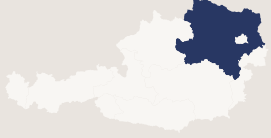



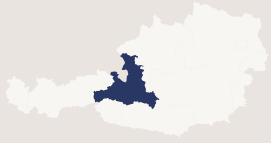
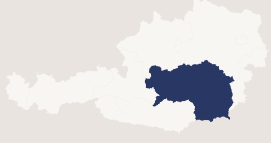
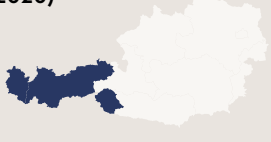

★ Start des österreichweiten Diskussionsprozesses zur Zukunft der EU © BKA/Andy Wenzel

Bundesländertour im Rahmen der „Österreich-Dialoge“ zur Zukunft der EU

Im Rahmen der „Österreich-Dialoge“ zur Zukunft der EU fanden Diskussionen in den Bundesländern statt. Die Teilnehmerinnen und Teilnehmer beschäftigten sich bei diesen Veranstaltungen mit einer breiten Palette an Themen.

Überraschend häufig ging es dabei um die Rolle der EU in der Welt, weniger überraschend – angesichts der allgemeinen Themenlage – auch um die Klimakrise. Auch lokale oder regionale Aspekte, die für die Bevölkerung von Relevanz sind, standen im Fokus – etwa das Thema des Schutzstatus von Wölfen in Tirol oder die Akquise von EU-Fördermitteln im Burgenland.

| Bundesland | Debattenbeiträge und Forderungen der Bürgerinnen und Bürger |
|---|---|
| <p>★ Burgenland (Horitschon, 24. Juli 2020)</p>  | <ul style="list-style-type: none"> • Mehr Fördermittel im EU-Budget für das Burgenland, unter anderem im Zusammenhang mit dem Infrastrukturausbau • Rolle Österreichs bei EU-Budgetverhandlungen • Sorge um Sicherstellung der Versorgung mit Medikamenten (Produktionsauslagerungen nach China) • Fehlender flächendeckender Schutz in der EU für Menschen mit körperlichen Beeinträchtigungen (barrierefreier Zugang zu Gebäuden) • Forderung nach einheitlichen EU-Standards bei Spritzmittelpreisen • Befürchtung von zu hohen Standards im Bereich Umwelt und damit verbundener geringerer Wettbewerbsfähigkeit – EU sollte Standards im Bereich Umwelt an globale Umstände anpassen • Dringende europäische Lösung zu Migration und Asyl (gestiegene Migrantinnen- und Migrantenankünfte an der Grenze) • Enge Zusammenarbeit mit anderen Staaten bei Cybersicherheit und Sicherheit im Allgemeinen |
| <p>★ Kärnten (Klagenfurt, 10. Juli 2020)</p>  | <ul style="list-style-type: none"> • Starke Rolle für Regionen und Subsidiarität • EU soll Außen- und Verteidigungspolitik sowie Verkehrspolitik übernehmen • Problematik von Tiertransporten und Massentierhaltung • Flüchtlingspolitik funktioniert nicht • Transnationale Listen und Direktwahl der Spitze der Kommission • Abgehen vom Einstimmigkeitsprinzip • Stärkung der Rolle der EU als Friedensprojekt • Sorge vor Auseinanderentwicklung der EU |
| <p>★ Niederösterreich (Horn, 26. Juni 2020)</p>  | <ul style="list-style-type: none"> • Geringe Wahlbeteiligung bei den Wahlen zum Europäischen Parlament • Fehlende Darstellung positiver Beiträge der EU • Stärkere Berücksichtigung der EU im Lehrplan • Unterstützung für Reisen nach Brüssel/Straßburg • Fehlende Steuergerechtigkeit und Lobbyismus • Bürokratie bei Förderungen • Mehr Engagement für Klimaschutz nötig |

| | |
|--|--|
| <p>★ Oberösterreich (Linz, 31. Juli 2020)</p>  | <ul style="list-style-type: none"> • Hilfsmaßnahmen für Unternehmen aufgrund der Pandemie-Situation • Kritik an Kürzung von Mitteln für Forschung und Entwicklung in Budget-Verhandlungen • Rolle der EU als Wertegemeinschaft (starker Rechtsstaatlichkeitsmechanismus) • Österreichische Rolle im Rahmen der Budgetverhandlungen (Übernahme der Rolle Großbritanniens, Beispiel massive Wiederaufbauhilfe/„Marshallplan“ nach dem Zweiten Weltkrieg) • Gefahr der Isolierung sowie Rolle Deutschlands („Exportweltmeister“ und Auswirkung auf Nachbarstaaten) • Forderung nach mehr Solidarität, gemeinsamer Steuer- und Sozialpolitik auf EU-Ebene sowie nach Reform der Europäischen Zentralbank (EU als Gesamtes kann nicht in Konkurs gehen) • Europa wird von China nicht ernst genommen (Auswirkungen der Austeritätspolitik zum Beispiel in Griechenland) • Echte Vorwärtsstrategie für EU als große Vision |
| <p>★ Salzburg (Salzburg, 17. Juli 2020)</p>  | <ul style="list-style-type: none"> • Vorgehen gegen Umsatzsteuerbetrug wichtig • Europäische Zentralbank soll sich auf Währungspolitik beschränken (keine Wirtschaftspolitik machen) • Zu wenige Debatten zu Inhalten/zum politischen Handeln der EU (zumeist nur auf Budget beschränkt) • Für effizientere Asyl- und Migrationspolitik • Gemeinsame Agrarpolitik soll mehr auf die Bedürfnisse der Kleinbauern und -bäuerinnen ausgerichtet sein • Mutigeres Auftreten der EU in der Außenpolitik (gegenüber China, USA) • Kritik an Zunahme von Bürokratie (konkret bei Entsendung von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern) |
| <p>★ Steiermark (Graz, 23. Juli 2020)</p>  | <ul style="list-style-type: none"> • Sinnvolle Verwendung des EU-Budgets (verbunden mit Rechtsstaatlichkeitserfordernis) • Wichtigkeit des sozialen Zusammenhalts • Gemeinsame Migrations- und Integrationspolitik (Menschen, die hier leben, müssen Werte leben) • Mehr EU-Themen im Lehrplan/Schulunterricht • Unterstützung für Reisen nach Brüssel/Straßburg • Abschaffung der EU-Ministerräte für bessere Entscheidungsfindung und Handlungsfähigkeit • EU-Erweiterung als wichtige Herausforderung • Problem der Überregulierung (Herkunftskennzeichnungen) |
| <p>★ Tirol & Vorarlberg (Rattenberg, 1. September 2020)</p>  | <ul style="list-style-type: none"> • Kritik an Schutzstatus des Wolfes (nicht zu bewältigende Zusatzbelastung in einer Region, in der Tourismus und Landwirtschaft in Einklang gebracht werden müssen) • Förderung der „richtigen“ Projekte im EU-Budget (in Tirol vor allem Verkehr aufgrund des Transitproblems/Brenner Basistunnel) • Lösungen in den Bereichen Asyl und Migration erforderlich • Die EU soll außenpolitisch stärker mit einer Stimme sprechen • Mehr Informationen über EU und „Brüssel“ in Lehrplänen |
| <p>★ Wien (23., 29. Juni 2020)</p>  | <ul style="list-style-type: none"> • Asyl- und Migrationspolitik der EU • Funktionierende Grenzschutzmaßnahmen, Schwerpunkt auf Außendimension der EU in der Zusammenarbeit mit den Herkunfts- und Transitländern • Strategien zur erfolgreichen Integration von Menschen in den EU-Staaten • Europaweite Kooperationsprojekte für Kinderkrebsforschung • Europäische und internationale Vernetzung im Bereich der Spitzenforschung • Budgetsteigerungen für „Erasmus+“ und stärkerer Fokus auf Lehrlinge |

Gespräche mit Vertreterinnen und Vertretern der Kommission, des Europäischen Parlaments, der Zivilgesellschaft und mit Stakeholderinnen und Stakeholdern

Neben den Besuchen in den Bundesländern zeichnete sich der Vorprozess bis zum offiziellen EU-weiten Start der EU-Zukunftskonferenz durch weitere Aktivitäten aus, etwa durch Diskussionsveranstaltungen mit zivilgesellschaftlichen Akteurinnen und Akteuren sowie mit Vertreterinnen und Vertretern der europäischen Institutionen.

✳ **14. Juli 2020, Videokonferenz:** Europaministerin Karoline Edtstadler lud die österreichischen Mitglieder des Europäischen Parlaments zu einem Online-Austausch über die EU-Zukunftskonferenz. An der Diskussion beteiligten sich Vertreterinnen und Vertreter von ÖVP, SPÖ, FPÖ und den Grünen. Thematische Schwerpunkte waren die Covid-19-Pandemie, deren Bewältigung aus medizinischer und wirtschaftlicher Sicht und mögliche Auswirkungen auf die Zukunft der EU. EU-Fördermittel müssten in den Regionen möglichst einfach und schnell „ankommen“ und zur Sichtbarkeit der EU beitragen. Als besonders herausfordernd betrachteten die Abgeordneten die Wahrung der Rechtsstaatlichkeit, Gleichstellungsfragen und den sozialen Zusammenhalt in Europa. Breiten Raum in der Diskussion nahmen zudem das EU-Budget von 2021 bis 2027 und der EU-Aufbauplan ein.



✳ Diskussion auf Schloss Leopoldskron, Salzburg © BKA/Hans Hofer

★ **1. August 2020, Diskussion:** Unter dem Motto „The Sound of Europe“ fanden auf Einladung von Europaministerin Karoline Edtstadler in Salzburg Gespräche zur EU-Zukunftskonferenz mit der Vizepräsidentin der Kommission für Werte und Transparenz, Věra Jourová, und dem Abgeordneten des Europäischen Parlaments, David McAllister, statt.



★ **18. September 2020, Videokonferenz:** Die für die EU-Zukunftskonferenz zuständige Vizepräsidentin der Kommission für Demokratie und Demografie, Dubravka Šuica, hob im Rahmen dieser Videokonferenz hervor, dass es sich bei der EU-Zukunftskonferenz um einen offenen, transparenten, inklusiven Prozess handeln müsse, der – im Gegensatz zu früheren Formaten – durch einen starken Feedback-Mechanismus und Austausch mit den Bürgerinnen und Bürgern gekennzeichnet sei (unter anderem über die multilinguale digitale Plattform). Als Themenbereiche sollten vor allem jene diskutiert werden, die im Alltagsleben der Bürgerinnen und Bürger eine Rolle spielen. Gleichzeitig müssten jedoch auch institutionelle Fragen angegangen werden.

„Es war mir eine Freude, die österreichische Europaministerin online zu treffen. Bei meiner virtuellen Reise nach Österreich habe ich inspirierende Ideen für die geplante EU-Zukunftskonferenz bekommen. Wir benötigen für diese Konferenz Inklusivität, Offenheit und Feedback-Mechanismen. Unsere Bürgerinnen und Bürger möchten auch abseits von Wahlen mehr Mitsprache im politischen Entscheidungsprozess.“

Vizepräsidentin der Kommission, **Dubravka Šuica**, nach Abschluss des Treffens

✳ **18. September 2020, Videokonferenz:** Vertreterinnen und Vertreter des BürgerInnen Forum Europa, der Österreichischen Gesellschaft für Europapolitik (ÖGfE), von „Pulse of Europe Austria“, der Europäischen Bewegung Österreich sowie von „Fridays for Future Österreich“ präsentierten in einer Online-Diskussion ihre Erwartungen an die Europaministerin. Die EU-Zukunftskonferenz sollte aus ihrer Sicht vor allem dazu dienen, den Bürgerinnen und Bürgern zuzuhören und ihnen die Gelegenheit zu geben, sich aktiv auf lokaler, regionaler, nationaler und europäischer Ebene einzubringen.

✳ **6. Oktober 2020, Online-Diskussion:** Unter dem Titel „Österreich in der EU – Welches Europa wollen wir?“ stellte sich Europaministerin Karoline Edtstadler einer Debatte mit den drei ehemaligen Abgeordneten des Europäischen Parlaments Jörg Leichtfried, Michel Reimon sowie Angelika Mlinar. Die von der Österreichischen Gesellschaft für Europapolitik (ÖGfE) im Rahmen der Serie „Europa Club Wien“ organisierte Diskussion wurde von ÖGfE-Generalsekretär Paul Schmidt geleitet; Mitveranstalter war das Verbindungsbüro des Europäischen Parlaments in Österreich.

✳ **26. November 2020, Online-Salon:** Im Rahmen des Europa-Forum Wachau diskutierte unter dem Titel „A Healthy Europe“ die Kommissarin für Gesundheit und Lebensmittelsicherheit, Stella Kyriakides, mit den Teilnehmenden neben Fragestellungen zur grenzüberschreitenden Zusammenarbeit im Gesundheitsbereich in Europa und deren Auswirkungen auf Niederösterreich auch über Themen im Zusammenhang mit der EU-Zukunftskonferenz.





Im Rahmen der „Österreich-Dialoge“ zur EU-Zukunftskonferenz lud Europaministerin Karoline Edtstadler auch zahlreiche Stakeholderinnen und Stakeholder zu Gesprächen. In einer Runde mit Repräsentantinnen und Repräsentanten aus den Bereichen Kunst, Design und Architektur standen am **★ 17. September 2020** beispielsweise die Expertise und Wünsche dieser zukunftsweisenden Berufe im Vordergrund. An der Diskussion nahmen der damalige Direktor des Museums für angewandte Kunst (MAK), Christoph Thun-Hohenstein, der Künstler Alfredo Barsuglia, die Künstlerin Barbara Holub, Erwin K. Bauer, Leiter des Kommunikationsdesignbüros „buerobauer“, Harald Gruendl, Leiter des Designbüros „EOOS“, und die Gründerin des Designstudios „mischerxtraxler“, Katharina Mischer, sowie für den Architekturbereich Anna Popelka, Matthias Boeckl und Bettina Götz teil.

Die Teilnehmenden waren vor allem am „Ökosozialen Zukunftsmodell“ der EU interessiert. Bei dieser „Herausforderung des 21. Jahrhunderts“ geht es vorwiegend darum, Nachhaltigkeit durch „grüne“ Technologien zu fördern. Weiters sei es wichtig, durch richtige Visualisierung und Kommunikation in der Gesellschaft Zukunftsbilder zu schaffen und diese greifbarer zu machen. Durch eine starke Vision und eine gute Darstellung könnten Veränderungen in der Gesellschaft vermittelt und Menschen mit diesen Bildern auf die für die Bekämpfung des Klimawandels wichtigen Veränderungen vorbereitet werden.

Stimmen zur Zukunft Europas



„Europa muss in den Herzen der Bürgerinnen und Bürger ankommen. Wir alle sind Europa! Ich wünsche mir mehr transparente Prozesse und Entscheidungen sowie eine verstärkte Einbindung der Bürgerinnen und Bürger.“

Elisabeth Leitner-Rauchdobler Europa-Gemeinderätin, Linz, Oberösterreich © NEOS



„Die Europäische Union muss schneller zu Positionierungen und Entscheidungen gelangen, um nach außen hin mit einer einheitlichen Stimme wahrgenommen zu werden.“

Axel Kühner Vorstandsvorsitzender der Greiner AG © Greiner AG



„Die Covid-19-Krise hat aufgezeigt, wie entscheidend Digitalisierung für unser Leben und Arbeiten ist. Die EU sollte sich von der Datenregulierung stärker in Richtung Datenhoheit und Cyber Security bewegen.“

Sabine Herlitschka Vorstandsvorsitzende der Infineon Technologies AG © Infineon Austria



„Heute wird der Grundstein gelegt für den Wohlstand der Zukunft. Um in der EU dafür gerüstet zu sein, sind für uns als Unternehmerinnen und Unternehmer drei Standortfaktoren entscheidend: Zugang zu Kapital, Zugang zu Talent und Rechtssicherheit.“

Martin Fröhler Gründer von Morpher © Privat



„Viele Jungunternehmen mit weiblichen Gründerinnen sind nicht nur darauf bedacht, den Unicorn-Status zu erreichen und möglichst schnell zu wachsen, sondern auch darauf, etwas zur Gesellschaft beizutragen. So sind viele im Bereich Nachhaltigkeit tätig.“

Lisa-Marie Fassel Vizepräsidentin der „Austrian Angel Investors Association“ und Co-Founder sowie CEO von „Female Founders“, Start-up-Beauftragte des Bundesministeriums für Digitalisierung und Wirtschaftsstandort (BMDW) © Marcella Ruiz-Cruz



„Die EU kann nur über Innovation und Exzellenz punkten. Die Industrie unterstützt die ambitionierten Ziele des ‚Green Deal‘. Mit dem ‚Green Deal‘ hat die EU ein riesiges Paket geschürzt, doch nun sollte man über die Konkretisierung der Maßnahmen sprechen. Die Industrie muss dabei mit an Bord sein, etwa bei Fragen der CO₂-Bepreisung, beim Recycling und bei der Entwicklung von Innovationen.“

Herbert Ortner Vorstandsmitglied der B&C Privatstiftung © Georg Wilke



„Ich wünsche mir klare und rasche Entscheidungen in allen Bereichen – mit weitreichendem, langfristigem Bestand. Ein höheres Maß an Integration auf sozialer und wirtschaftlicher Ebene unter allen Mitgliedstaaten, um ein friedliches und nachhaltiges Europa zu bewahren.“

Reinhild Pfeiffer Europa-Gemeinderätin, Eltendorf, Burgenland © Privat





„Ich wünsche mir, dass bei den Bürgerinnen und Bürgern von Europa und den Entscheidungsträgerinnen und Entscheidungsträgern in den Mitgliedstaaten die Weiterentwicklung der EU weiterhin im Vordergrund steht und diese nicht von nationalen Interessen geblendet werden. Nur ein geeintes Europa kann die globalen Herausforderungen der Zukunft annehmen.“

Anton Edler Europa-Gemeinderat, Straden, Steiermark © Privat



„Von der ‚Konferenz zur Zukunft Europas‘ erwarte ich mir konkrete Umsetzungsschritte für ein nachhaltiges, digitales, transparentes und gesundes Europa im 21. Jahrhundert. Wir Europa-Gemeinderätinnen und Europa-Gemeinderäte sind ein Teil davon.“

Ansgar Fellendorf Europa-Gemeinderat, Wien-Landstraße © GA Landstraße



„Für ein neues Europa hoffe ich – speziell nach Bewältigung der Coronavirus-Pandemie – wieder auf uneingeschränkte Reisemöglichkeiten und zudem, dass diese Pandemie auch etwas Positives hinterlässt. Wünschenswert wäre, dass die nationalen Grenzen weiter an Bedeutung verlieren und die EU in den Vordergrund rückt. Wir müssen mehr in Regionen als in Staaten denken und die Regionen gehen fließend ineinander über.“

Patricia Tschallener Europa-Gemeinderätin, Hohenems, Vorarlberg © Privat



„Die europäische Wirtschaft muss auf Technologiesouveränität, Resilienz und Exzellenz setzen, um in der globalisierten Welt bestehen zu können.“

Georg Knill Geschäftsführender Gesellschafter der Knill-Gruppe und Präsident der Industriellenvereinigung © IV / Alexander Müller



„Gerade der Austausch untereinander ist für weibliche Founder von großer Bedeutung. Durch ein starkes Netzwerk fassen mehr Frauen den Mut zur Gründung.“

Marie Boltenstern Geschäftsführerin des Schmuckdesign-Unternehmens Boltenstern © stefanjoham.com



„Die Coronavirus-Krise hat die Wichtigkeit von Produktionsstandorten in Europa aufgezeigt – besonders für Branchen, die nah am Markt produzieren. Denn das spart Zeit und ist gut für die Umwelt.“

Paul Fattinger Kaufmännischer Geschäftsführer des international tätigen Kind- und Jugendfahrradherstellers woom © woom GmbH



„Europa muss sich künftig verstärkt auf die Gefahr von ‚Domino-Effekten‘ internationaler Krisen und Konflikte vorbereiten. Die unmittelbaren Nachbarstaaten sind hauptbetroffen und aufgrund begrenzter Aufnahmekapazitäten häufig überfordert, was sich auf die Migrationslage in der EU auswirken kann.“

Michael Spindelegger Generaldirektor des International Centre for Migration Policy Development (ICMPD) © ICMPD





2. Digitaler Europatag – Auftakt zur EU- Zukunftskonferenz in Österreich

In Österreich startete die EU-Zukunftskonferenz offiziell mit einem „Digitalen Europatag“ am 9. Mai 2021. Unter dem Motto „Unser Europa. Unsere Zukunft.“ lud Europa-ministerin Karoline Edtstadler zur digitalen Auftaktveranstaltung in die „Libelle“ des Museumsquartiers Wien. Dort begrüßte sie gemeinsam mit Moderatorin Hannelore Veit hochkarätige Gäste, allen voran den ehemaligen Bundeskanzler Wolfgang Schüssel und EU-Haushaltskommissar Johannes Hahn. Am Programm standen Informationen zur EU-Zukunftskonferenz und zu den aktuell wichtigsten Themen für die EU – von Klimawandel über Gesundheit bis hin zur Rolle Europas in der Welt und in den Regionen.

Der damalige Bundeskanzler **Sebastian Kurz** wandte sich per Videobotschaft an alle Interessierten:

„Auch wenn die Pandemie in den letzten Monaten im Vordergrund gestanden ist, sind andere Themen nicht weniger wichtig geworden. Bringen Sie sich jetzt mit Ihrer Meinung, Ihren Ideen und auch Ihrer Kritik aktiv in die EU-Zukunftskonferenz ein!“

Der ehemalige Bundeskanzler **Wolfgang Schüssel** strich im Panel mit der Europa- ministerin die Bedeutung der EU auf globaler Ebene hervor:

„Wir brauchen mehr Europa denn je. Die Pandemie hat die Stärken und Schwächen der EU schonungslos aufgedeckt. Wir zählen wirtschaftlich zu den größten Akteuren auf der Weltbühne und verfügen über ein einzigartiges Lebensmodell. Das müssen wir auch in Zukunft erhalten. Und dafür braucht es starke Stimmen, die sich jetzt für Europa einsetzen – nicht nur aus Politik und Medien, vor allem auch aus der Zivilgesellschaft.“

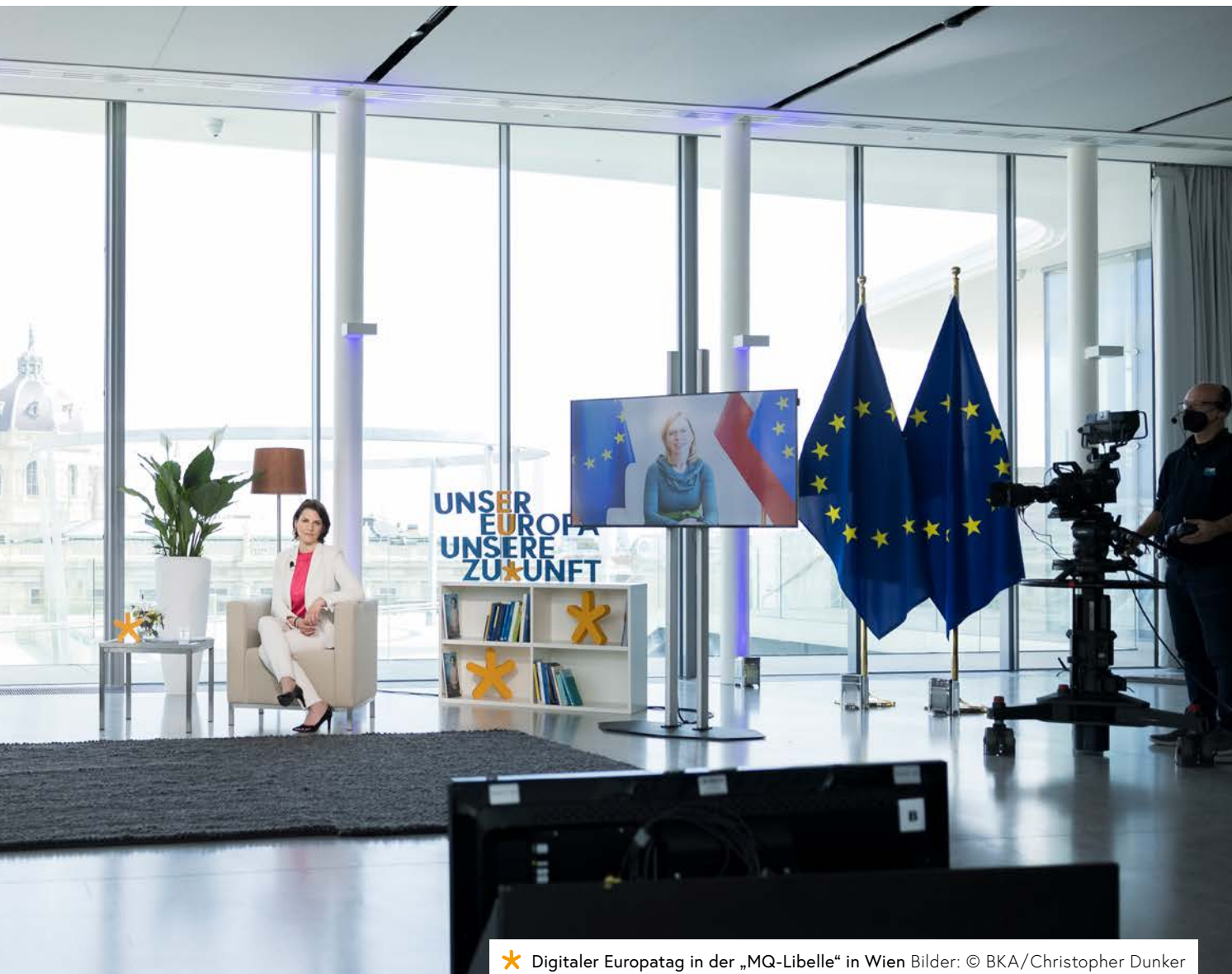
Johannes Hahn, Kommissar für Haushalt und Verwaltung, betonte die Bedeutung des Aufbauplans:

„Österreichs Wirtschaft und Gesellschaft profitieren in mehrfacher Hinsicht. Mit 3,5 Milliarden Euro werden in Österreich gezielt Investitionen in zukunftssträchtige Projekte unterstützt, nämlich in den Bereichen Digitalisierung und Klimawandel.“

Weitere Gäste waren Christa Schweng, Präsidentin des Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschusses, Irene Neumann-Hartberger, Bundesbäuerin und Abgeordnete zum Nationalrat, Alfred Riedl, Präsident des Österreichischen Gemeindebundes, Professor Christoph Huber, Mitbegründer der Firma BioNTech, sowie Sabine Hanger, Bundesvorsitzende der Österreichischen Hochschülerinnen- und Hochschülerschaft. Wolfgang Mückstein, der damalige Bundesminister für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz, und Leonore Gewessler, Bundesministerin für Klimaschutz, Umwelt, Energie, Mobilität, Innovation und Technologie, nahmen per Video zu den größten europäischen Herausforderungen in der Gesundheitspolitik sowie bei der Bewältigung des Klimawandels Stellung. Video-Statements aus Brüssel – von Věra Jourová, Vizepräsidentin der Kommission für Werte und Transparenz, und Dubravka Šuica, Vizepräsidentin der Kommission für Demokratie und Demografie – sowie aus den Regionen – vom Kärntner Landeshauptmann Peter Kaiser und den Landesräten Christopher Drexler (Steiermark) sowie Martin Eichinger (Niederösterreich) – rundeten das vielfältige Programm ab.



Anlässlich des Europatages riefen auch 21 gewählte Staatsoberhäupter aus EU-Staaten (keine Unterzeichnung erfolgte von den Staatsoberhäuptern der Monarchien Spanien, Belgien, Niederlande, Schweden und Luxemburg), darunter Bundespräsident **Alexander Van der Bellen**, die Bürgerinnen und Bürger zur Teilnahme an der EU-Zukunftskonferenz auf. Unter dem Motto „Lasst uns über Europa reden“ führten sie aus:



★ Digitaler Europatag in der „MQ-Libelle“ in Wien Bilder: © BKA/Christopher Dunker

„Von Anbeginn war das europäische Projekt ein Projekt des Friedens und der Versöhnung, und das ist es bis heute. (...) Unsere Stärke als Demokratien liegt darin, unsere vielstimmigen Gesellschaften in die Suche nach dem besten Weg in die Zukunft einzubinden. Je mehr Menschen sich an einer breit angelegten, offenen Debatte beteiligen, umso besser für unsere Union.“

Der Appell erfolgte auf Initiative von Borut Pahor, dem Präsidenten des zu diesem Zeitpunkt den Ratsvorsitz innehabenden Landes Slowenien.

3. Österreichisches Parlament

Das österreichische Parlament – als Ort der repräsentativen Demokratie und der Gesetzgebung – machte die EU-Zukunftskonferenz zu seinem parteiübergreifenden Anliegen. Beide Kammern, Nationalrat und Bundesrat, und alle Fraktionen engagierten sich ganz besonders im Austausch mit Jugendlichen, etwa im Rahmen von Workshops der Demokratiewerkstatt.

Diskussion mit Jugendlichen zur Zukunft Europas im österreichischen Bundesrat

✳️ **Am 25. Mai 2021** lud der österreichische Bundesrat zu einer virtuellen Diskussionsveranstaltung unter dem Motto „Zukunft. Jugend. Europa“ in das Parlament in Wien ein. Dabei waren neben Europaministerin Karoline Edtstadler und dem damaligen Bundesratspräsidenten Christian Buchmann auch engagierte junge Erwachsene aktiv beteiligt, die ihre Anregungen und Vorstellungen über die Zukunft Europas präsentierten. Im Vorfeld waren junge Menschen im Rahmen einer landesweiten Aktion aufgefordert worden, Videos einzusenden, die ihre Ideen und Einschätzungen in Bezug auf einen nachhaltigen Zukunftsdialog in der EU aufzeigen sollten. Dubravka Šuica, Vizepräsidentin der Kommission für Demokratie und Demografie, und Othmar Karas, Erster Vizepräsident des Europäischen Parlaments, äußerten sich in ihren Videobotschaften ebenfalls zu den zukünftigen Herausforderungen der EU und ihrer Bedeutung, sowie zur Zielsetzung, vor allem junge Menschen an den politischen Diskussionsprozessen zu beteiligen.

Nach Abschluss der Reden der politischen Entscheidungsträgerinnen und Entscheidungsträger hatten die teilnehmenden Jugendlichen die Möglichkeit, den Anwesenden ihre Standpunkte und Ideen zur Zukunft der EU zu präsentieren. Dabei standen Themen wie Reformen, die Klimakrise, eine nachhaltige Landwirtschaft, Digitalisierung, mehr Partizipation, das Einstimmigkeitsprinzip in der EU oder auch die Jugendarbeitslosigkeit im Zentrum der Diskussionen. Die Erkenntnisse und Ergebnisse der Diskussionsveranstaltung wurden als Beitrag des Bundesrats zur EU-Zukunftskonferenz an die Kommission übermittelt.



✳️ Debatte im Bundesrat Bilder: © Johannes Zinner




Demokratiewerkstatt des österreichischen Parlaments


Die Demokratiewerkstatt des österreichischen Parlaments veranstaltete im Rahmen der EU-Zukunftskonferenz eine Serie von Workshops mit Jugendlichen und österreichischen Parlamentarierinnen und Parlamentariern. Dabei wurden Schulklassen eingeladen, sich mit fünf der neun Themen der EU-Zukunftskonferenz zu beschäftigen. Die Ergebnisse der fünf Workshops flossen in die multilinguale digitale Plattform der EU-Zukunftskonferenz ein.



✳ Workshops im Parlament Bilder: © Thomas Jantzen

Der erste von fünf Workshops fand am  **12. Oktober 2021** statt und war dem Thema Demokratie gewidmet. Für den Workshop übernahmen seitens der ÖVP der Vorsitzende des EU-Unterausschusses des Nationalrats, Reinhold Lopatka, und der Vorsitzende des EU-Ausschusses des Bundesrats, Christian Buchmann, die Patenschaft. Der Workshop fand mit rund 30 Schülerinnen und Schülern der 4. Klasse der HAK Krems statt.

Nach Diskussionsrunden in Kleingruppen debattierten die Jugendlichen im Rahmen einer Podiumsdiskussion im Palais Epstein mit Reinhold Lopatka und Bundesrat Ernest Schwindsackl von der ÖVP. Im ersten Diskussionsblock ging es um den Informationsfluss von EU-Politikinhalten zu den Jugendlichen. Eine Schülerin könnte sich unter anderem eine eigene Seite in den sozialen Medien vorstellen, auf der Informationen über EU-Politik gerade auch bei Wahlen neutral zur Verfügung gestellt werden. Ein Schüler regte an, verstärkt und unparteiisch auf Gemeindeebene zu informieren, welche Mitbestimmungsmöglichkeiten es in der EU gibt. Zur Debatte standen weiters auch alternative Ansätze für EU-Wahlen wie etwa die Idee, europäische Parteien zu bilden. Darüber hinaus brachte eine Teilnehmerin den Vorschlag ein, ein EU-weites Wahlrecht ab 16 Jahren anzudenken, wie das bereits in Österreich der Fall ist. Ein Schüler bedauerte, dass viele Jugendliche nicht verstehen würden, dass die EU viele Vorteile hat, und ortete dabei Informationsbedarf. Angesprochen wurde auch die Problematik von „Filterblasen“ in sozialen Medien und Algorithmen, die den Informationsfluss auf den Plattformen bestimmen würden. Für diese derartig beeinflusste Meinungsbildung sollte die EU Facebook und weitere Technologie-Konzerne stärker in die Verantwortung nehmen, so die Anregung. Neben der Medienvielfalt in den einzelnen Ländern könnte sich ein Schüler auch ein EU-weites Medium für mehr Bürgerinnen- und Bürgernähe vorstellen.

 **Der zweite Workshop am 9. November 2021** war den Themen „Eine stärkere Wirtschaft, soziale Gerechtigkeit und Beschäftigung“ gewidmet und wurde vom Lehrlingsforum der Demokratiewerkstatt abgehalten. Er fand unter der Patenschaft der SPÖ mit den Nationalratsabgeordneten Eva Maria Holzleitner (SPÖ) und Nico Marchetti (ÖVP) statt. Rund 30 Schülerinnen und Schüler der 1. und 3. Klasse der Wiener Berufsschule Embelgasse nahmen daran teil.

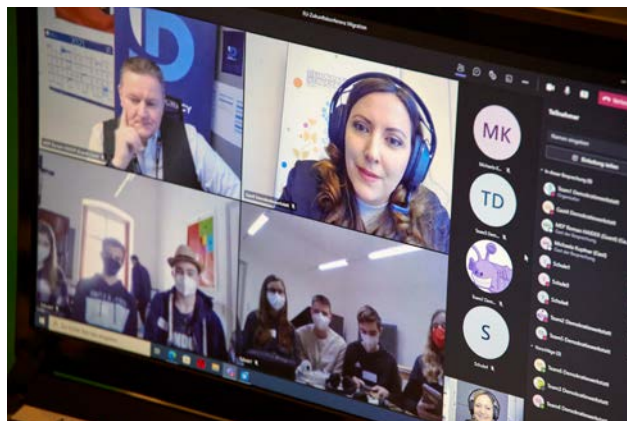
Die Jugendlichen setzten sich in der Diskussion für sichere Arbeitsplätze nach dem Abschluss der Lehre und für soziale Gerechtigkeit ein. EU-Gelder für den sozialen Aufbau zu nutzen war den Jugendlichen ebenfalls ein wichtiges Anliegen. Kritik gab es seitens der Schülerinnen und Schüler in diesem Zusammenhang am aus ihrer Sicht hohen Stellenwert der Bekämpfung der Klimakrise, während gleichzeitig viele Menschen keinen Arbeitsplatz finden würden. „Make it equal – make it strong“ statt „Make it green – make it digital“ lautete ein weiterer Standpunkt der Schülerinnen und Schüler, deren Priorität bei der Gleichberechtigung lag. Die jungen Erwachsenen erkannten an, dass die EU bei den Corona-Hilfen „tief in die Tasche gegriffen“ habe. Sie forderten aber, dass die Gelder auch bei den Menschen ankommen sollten.

„Chancengerechtigkeit statt nur Chancengleichheit“ lautet die Vision einer Schülerin. Sie forderte fixe Stellen nach dem Abschluss der Lehre ebenso wie die Möglichkeit für Lehrlinge zur Absolvierung von finanziell unterstützten Auslandspraktika. Programme wie „Erasmus+“ müssten stärker an die Berufsschulen herangetragen werden, so die Conclusio der Debatte. Dazu nahm eine Lehrerin auch die Schulen selbst in die Pflicht: Gemeinsam müssten die Information und Kommunikation über die Europäische Union verbessert werden. Darüber hinaus sprachen sich die Lehrlinge dafür aus, die Produktionskraft am Binnenmarkt zu stärken und den europäischen Binnenmarkt dahingehend weiterzuentwickeln, dass mehr Arbeitsplätze zur Verfügung stehen. Debattiert wurde auch über einen europäischen Mindestlohn. Ein Schüler forderte EU-weit ausgeglichene Löhne und Gehälter sowie Geschlechtergerechtigkeit.

✳ **Der dritte Workshop am 1. Februar 2022** war dem Thema Migration gewidmet. Er wurde online mit der Nationalratsabgeordneten Petra Steger und dem Europaabgeordneten Roman Haider unter der Patenschaft der FPÖ abgehalten. Am Workshop nahmen 16 Schülerinnen und Schüler der 6. Klasse des Öffentlichen Stiftsgymnasiums Seitenstetten teil.



✳ Workshop zum Thema Migration Bilder: © Thomas Topf



Die Errichtung von Transitzone, um die Einreise von Asylwerberinnen und Asylwerbern zu einem frühen Zeitpunkt zu registrieren und zu kontrollieren, ist aus Sicht der Schülerinnen und Schüler ein „ehrgeiziges Projekt“, insbesondere die Infrastruktur und die Zuständigkeiten betreffend. Die Jugendlichen traten für Datenschutz bei Screening-Verfahren ebenso ein, wie für persönliche Ansprechpartnerinnen und Ansprechpartner sowie Rechtsmittelbelehrungen beim Stellen von Asylanträgen. Die Gymnasiastinnen und Gymnasiasten machten auf einen erhöhten Migrationsdruck durch den Klimawandel aufmerksam und wollen dem durch eine gemeinsame, gesamteuropäische Bekämpfung der Fluchtursachen entgegenwirken. Die Schülerinnen und Schüler sprachen sich dafür aus, Probleme vor Ort zu lösen und langfristige Handelsbeziehungen aufzubauen. Wissenstransfer ist aus ihrer Sicht ein wichtiges Element. Ein besonderes Anliegen war den Schülerinnen und Schülern die Einhaltung der Menschenrechte, dabei insbesondere die Bereitstellung von Dolmetscherinnen oder Dolmetschern bei der Einreise. Hilfe und Beratung sollte es bereits an den Grenzen geben, forderten sie.

✳ **Der vierte Termin der Workshop-Reihe am 3. Februar 2022** beinhaltete einen Austausch mit Jugendlichen zum Thema Umwelt und Klima. Die Schirmherrschaft und Themenauswahl zu diesem Workshop hatten Die Grünen übernommen. Nationalratsabgeordneter Michel Reimon diskutierte gemeinsam mit 20 Schülerinnen und Schülern der 11. Schulstufe des BG/BRG Tulln im Online-Format über die drängenden Umwelt- und Klima-Zukunftsfragen. Hinsichtlich Ressourceneffizienz brachten die Jugendlichen in der virtuellen Diskussion unter anderem den Punkt ein, dass gegen die sogenannte „Wegwerfwirtschaft“ etwa Secondhand-Shops unterstützt werden sollten.

Ergänzende Anliegen waren beispielsweise eine verstärkte Förderung lokaler Reparatur und Produktion, aber auch, dass Großkonzerne den Umweltgedanken intensiver im Fokus haben sollten. Die Schülerinnen und Schüler warfen außerdem ein, dass es mehr Förderungen für Kleinbäuerinnen und -bauern brauche. Zudem sollten Bioprodukte billiger werden. Auch die Kennzeichnung der Erzeugnisse sei ein wichtiges Thema. Mehr pflanzliche Produkte und weniger Flugverkehr wurden von den Schülerinnen und Schülern ebenso als Anliegen vorgebracht wie das Thema Atomenergie und deren Gefahren sowie die ungeklärte Frage des Atommülls.



✳ Workshop Umwelt- und Klima-Zukunftsfragen Bilder: © Thomas Topf

✳ **Der fünfte und letzte Workshop fand am 22. Februar 2022 statt.** Unter der Patenschaft der NEOS diskutierten Schülerinnen und Schüler der 7. Klasse des Gymnasiums Feldkirch online mit dem Nationalratsabgeordneten Nikolaus Scherak über die Weiterentwicklung der EU in den Bereichen Werte und Rechtssicherheit. Den Jugendlichen war im Diskussionsverlauf die Mitbestimmung ein besonders wichtiges Anliegen, insbesondere die Einbeziehung der jungen Generation in Fragen zur Zukunft der EU. Vorkehrungen gegen mögliche bevorstehende Blackouts zu treffen und die kritische Infrastruktur zu schützen, waren weitere Kernpunkte der Schülerinnen und Schüler. Dazu zählen Notstromreserven und Notfallpläne, um potenzielle Gefahren zu vermeiden. Eine Schülerin fragte nach den Einflüssen der Ukraine-Krise auf Österreich.

Die Gymnasiastinnen und Gymnasiasten wollten auch in die Zukunft des Schulsystems stärker eingebunden werden und kritisierten das aus ihrer Sicht „veraltete“ System. Aufklärungsbedarf sahen sie auch bei den Rechten der Bürgerinnen und Bürger. Bewusstseinsbildung müsse vorangetrieben und das Asylrecht europaweit vereinheitlicht werden. Dabei legten die Schülerinnen und Schüler den Fokus auf minderjährige Flüchtlinge und deren Schutz. Angesichts der raschen Umgehung von Regeln im Netz, erkannte die Klasse die Herausforderung, die Verbraucherinnen- und Verbraucherrechte im Internet zu schützen. Die Jugendlichen sahen Handlungsbedarf bei Maßnahmen gegen Cyberkriminalität. Dabei forderten sie, dass möglichst früh über potenzielle Gefahren aufgeklärt werden solle. Die Gymnasiastinnen und Gymnasiasten forderten weiters mehr Transparenz bei der künstlichen Intelligenz. Auch weitere Schritte zu einem nachhaltigen Lebensstil waren ihnen ein Anliegen; zuallererst der bewusstere Verbrauch von Fleisch.



* Workshop Werte und Rechtssicherheit Bilder: © Thomas Topf

4. Europäische Institutionen in Österreich

Die Repräsentanzen der Europäischen Kommission und des Europäischen Parlaments machen „Brüssel“ vor Ort in Österreich erlebbar, und das nicht nur im Haus der Europäischen Union in Wien. Im Rahmen der EU-Zukunftskonferenz waren die Institutionen quer durch alle Bundesländer unterwegs – bei Wanderungen und Betriebsbesuchen, auf Fahrradtour oder in den Heimatregionen der österreichischen Europa-Abgeordneten.

Europäische Kommission – Vertretung in Österreich

✳ Eine am **16. Oktober 2021** organisierte „Zukunftswanderung“ auf den Gaisberg in Salzburg war eine von vielen Stationen der **„EU-Zukunftstour“**, im Zuge derer Martin Selmayr, Leiter der Vertretung der Europäischen Kommission in Österreich, und Paul Schmidt, Generalsekretär der Österreichischen Gesellschaft für Europapolitik, in enger Zusammenarbeit mit den EUROPE DIRECT-Stellen mit dem Fahrrad durch die neun Bundesländer tourten. Ziel dabei war es, im direkten Gespräch die Erwartungen und Wünsche der Bürgerinnen und Bürger an die Zukunft Europas zu erfahren. Auf dem Programm standen auch Gespräche mit Vertreterinnen und Vertretern aus der Wirtschaft und Politik.

Die ersten Etappen der Zukunftstour führten nach Tirol (24. – 27. Juni 2021) und in die Steiermark (27. – 30. Juni 2021). Von 17. bis 21. Juli 2021 waren Martin Selmayr und Paul Schmidt in Vorarlberg unterwegs, im September besuchten sie Oberösterreich (5. – 7. September 2021), Kärnten (13. – 17. September 2021) und das Burgenland (27. – 29. September 2021). Der Besuch in Salzburg fand von 15. bis 18. Oktober 2021 statt. Gleich mehrere Zukunfts-Ausflüge, auch auf Einladung vom Mitglied des Europäischen Parlaments, Alexander Bernhuber, oder von Europa-Gemeinderätinnen und Europa-Gemeinderäten wie Teresa Voboril und Peter Kurri, führten nach Niederösterreich, nämlich am 9. Mai, am 16. Juni, am 7. und 12. Juli, am 26. August sowie am 16. November 2021. Martin Selmayr stattete Niederösterreich zusätzlich noch einige Sonderbesuche ab. In Wien halten die Vertretung der Kommission und die ÖGfE laufend zahlreiche Veranstaltungen und Diskussionen zum Thema Europapolitik ab. Die Zukunftstour findet 2022 ihre Fortsetzung.



✳ Wanderung im slowenisch-österreichischen Grenzgebiet © Europäische Kommission – Vertretung in Österreich

Europäisches Parlament – Verbindungsbüro in Österreich

✳ Das Europäische Parlament startete am 11. November 2021 sein „**Zukunftsnetzwerk**“, das der Einbindung zivilgesellschaftlicher Organisationen in die Debatten, wie etwa jene zur Zukunft Europas, dient. Im Rahmen der ersten Veranstaltung diskutierten Othmar Karas, Erster Vizepräsident des Europäischen Parlaments, Ali Mahlodji, EU-Jugendbotschafter, Florian Schlederer, Aktivist bei Klimavolksbegehren und „Fridays for Future“, sowie Ingrid Brodnig, Journalistin und Publizistin mit Schwerpunkt Digitalisierung, über die Notwendigkeit und Bedeutung des zivilgesellschaftlichen Engagements und die Wichtigkeit der Kooperation auf europäischer Ebene.

Das Europäische Parlament plant, weiterhin regelmäßig Workshops und Treffen mit Mitgliedern des Europäischen Parlaments unter Einbeziehung zivilgesellschaftlicher Organisationen durchzuführen.

In Kooperation mit der ÖGfE organisiert das Europäische Parlament zudem „EU-Zukunftsgespräche“, in deren Rahmen österreichische Europaabgeordnete in ihrer Heimat besucht werden. Die dabei entstehenden Gespräche über die Zukunft Europas sind per Video auf YouTube und anderen Social Media-Kanälen abrufbar. Bisher fanden Gespräche mit dem Ersten Vizepräsidenten des Europäischen Parlaments, Othmar Karas, und den Abgeordneten Evelyn Regner, Andreas Schieder, Monika Vana und Claudia Gamon statt.





★ Im Gespräch mit Europa-GemeinderätInnen in Tirol © BKA/Andy Wenzel



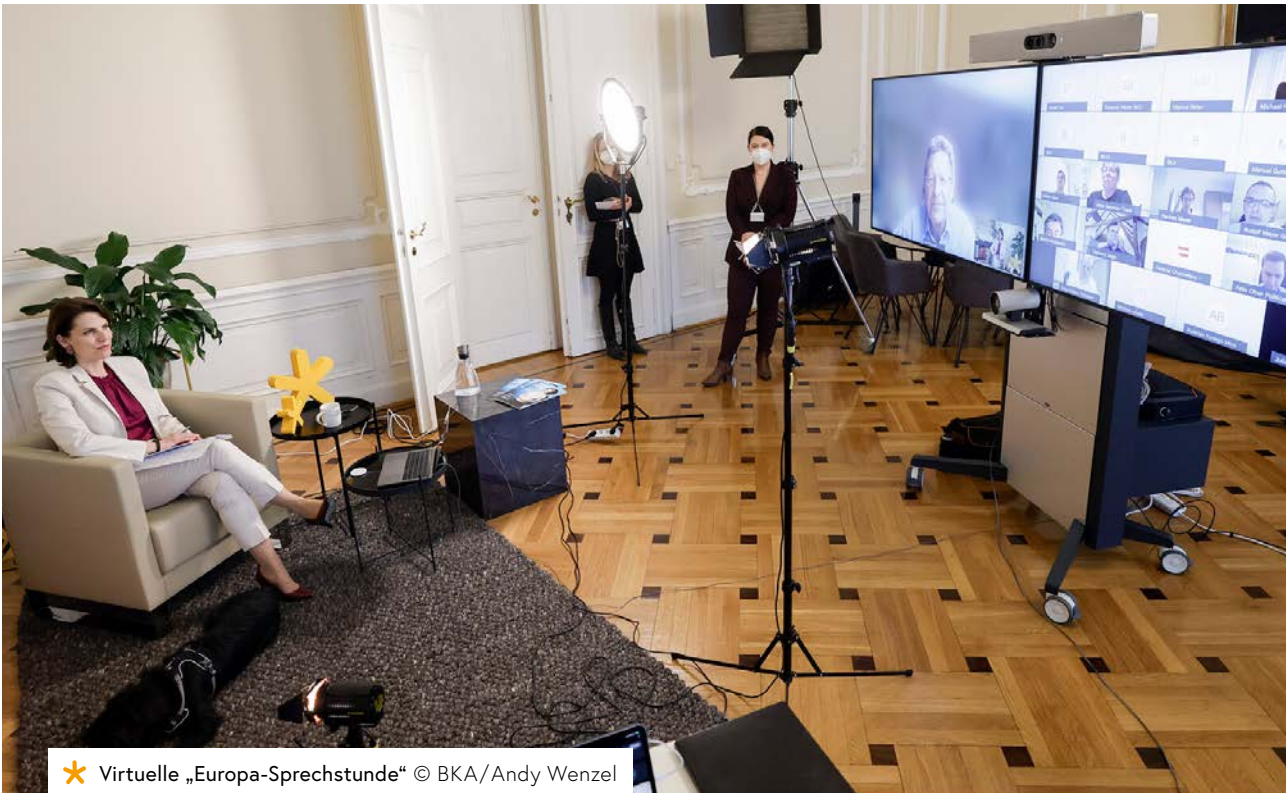
5. Europa-Gemeinderätinnen und Europa-Gemeinderäte

Europa findet nicht nur in Brüssel oder Straßburg statt, sondern vor allem dort, wo die Menschen leben und arbeiten. Und genau dort, in Österreichs Gemeinden und Regionen, wirken auch die Europa-Gemeinderätinnen und Europa-Gemeinderäte.

Das Netzwerk der über 1.500 Europa-Gemeinderätinnen und Europa-Gemeinderäte dient vor allem dazu, Wissen und Informationen an die Bevölkerung weiterzugeben und dort die Sichtbarkeit von EU-Themen und -Projekten zu erhöhen. Getragen wird die Initiative vom Bundeskanzleramt in Kooperation mit dem Bundesministerium für europäische und internationale Angelegenheiten, der Vertretung der Kommission in Österreich, dem Verbindungsbüro des Europäischen Parlaments in Österreich und dem Österreichischen Gemeindebund.

Neben der monatlichen „Europa-Sprechstunde“ wird die Arbeit der Europa-Gemeinderätinnen und Europa-Gemeinderäte durch ein Servicepaket unterstützt, das unter anderem ein Printmagazin, einen Newsletter, regelmäßig organisierte Webinare und eine Website mit spezifisch aufbereiteten Informationen zu EU-Schwerpunkten umfasst. Auch virtuelle und physische Veranstaltungen sowie Brüssel-Reisen werden laufend organisiert.

| Datum der „Europa-Sprechstunde“ | Themen |
|---------------------------------|--|
| 14. April 2021 | Impfstoffdebatte, Kommunikation von Erfolgen der Europapolitik, „Digitales grünes Zertifikat“, EU-Aufbauplan, Rolle der EU gegenüber Nachbarn, Wettbewerbsfähigkeit, Rolle Österreichs in der EU |
| 12. Mai 2021 | „Digitales grünes Zertifikat“, globale Rolle der EU und Projekte für Jugendliche |
| 28. Mai 2021 | In Zusammenarbeit mit EUROPE DIRECT: EU-Zukunftskonferenz |
| 31. Mai 2021 | In Zusammenarbeit mit EUROPE DIRECT: EU-Zukunftskonferenz |
| 9. Juni 2021 | „Digitales grünes Zertifikat“, Impffortschritt, Vertrauen in die EU |
| 9. September 2021 | „Europa-Sprechstunde Spezial“ zu EU-Förderungen: Grundsätzlicher Input von Expertinnen und Experten (Förderungen für Gemeinden, Ansprechpartnerinnen und Ansprechpartner in Österreich) |
| 10. November 2021 | „Europa-Sprechstunde Spezial“ zu EU-Förderungen: Schwerpunkt Förderungen für digitalen und „grünen“ Wandel |



* Virtuelle „Europa-Sprechstunde“ © BKA/Andy Wenzel

* Die virtuelle „Europa-Sprechstunde“, die am 14. April 2021 erstmals im „Wohnzimmerformat“ stattfand, bietet den Europa-Gemeinderätinnen und Europa-Gemeinderäten monatlich Gelegenheit für einen persönlichen, informellen Austausch mit der Europaministerin.

* Am 18. Jänner 2022 erfolgte im Rahmen des vom Ausschuss der Regionen organisierten Online-Seminars „EU Local Councillors in Austria and the EU: Experiences and prospects“ ein gegenseitiger Austausch von Erfahrungen und Anregungen mit österreichischen Europa-Gemeinderätinnen und Europa-Gemeinderäten. Zudem standen die EU-Zukunftskonferenz und die diesbezügliche Rolle von Regionen, Städten und Gemeinden im Mittelpunkt der Diskussionen. Neben Europaministerin Karoline Edtstadler nahmen der Präsident des Ausschusses der Regionen, Apostolos Tzitzikostas, und Petr Blížkovský, Generalsekretär des Ausschusses der Regionen, der stellvertretende Direktor für Kommunikation des Ausschusses der Regionen, Wolfgang Petzold, sowie Richard Kühnel, Direktor in der Generaldirektion Kommunikation der Kommission, an der Online-Veranstaltung teil.

Präsident Apostolos Tzitzikostas wandte sich an die österreichischen Europa-Gemeinderätinnen und Europa-Gemeinderäte und lud diese ein, die Angebote des Ausschusses der Regionen zu nutzen.

„Der Ausschuss der Regionen vertritt die über 90.000 Gemeinden in Europa und somit mehr als 1,2 Millionen gewählte Kommunal- und Regionalpolitikerinnen und Kommunal- und Regionalpolitiker. Der Ausschuss der Regionen ist Ihr Haus in Europa.“

Präsident **Apostolos Tzitzikostas**

Die EU müsse im Kontakt mit den Europäerinnen und Europäern „weniger sprechen und mehr zuhören“. Insbesondere im Rahmen der EU-Zukunftskonferenz sei es Aufgabe des Ausschusses der Regionen, den Stimmen der Bürgerinnen und Bürger in Brüssel Gehör zu verschaffen. Seit dem offiziellen Start der EU-Zukunftskonferenz am 9. Mai 2021 habe der Ausschuss der Regionen eine Vielzahl von Events organisiert.

Die österreichische Initiative „Europa fängt in der Gemeinde an“ sei seit Jahren eine „inspirierende Erfolgsgeschichte“, betonte der Präsident des Ausschusses der Regionen, und Österreich ein Vorreiter bei der Einbeziehung der lokalen und regionalen Ebene in europäische Angelegenheiten.

Die Europa-Gemeinderätinnen und Europa-Gemeinderäte aus Österreich brachten im Rahmen der Online-Veranstaltung ihre Erfahrungen und Aktivitäten auf lokaler und regionaler Ebene sowie Ideen für eine weitere Vernetzung ein. Dazu zählt etwa die einstimmige Verabschiedung einer „EU-Charta“ im Rahmen der EU-Zukunftskonferenz durch den Gemeinderat der Marktgemeinde Pfaffstätten. Die Gemeinde im Bezirk Baden plant zudem die aktive Gestaltung eines Bürgerinnen- und Bürgerbeteiligungsprozesses.

Die österreichischen Europa-Gemeinderätinnen und Europa-Gemeinderäte erkundigten sich zudem nach Möglichkeiten für einen „Best Practice“-Austausch mit Kommunal- und Regionalpolitikerinnen sowie Kommunal- und Regionalpolitikern sowie einer Ausweitung der Initiative in die Länder des Westbalkans, damit „Europa fängt in der Gemeinde an“ auch in Staaten mit Beitrittsperspektive umgesetzt werden könne. Ein österreichischer Europa-Gemeinderat hob das „Young Elected Politicians Programme“ (YEPs) als gute Netzwerkmöglichkeit für Kommunalvertreterinnen und Kommunalvertreter unter 40 Jahren hervor.

Stimmen zur Zukunft Europas



„Digitalisierung muss stärker in den Lehrplänen verankert werden. Zudem benötigt es eine Vereinfachung des ‚Förderdschungels‘ und eine Erleichterung oder vielmehr Beschleunigung bei Unternehmensgründungen.“

Nicole Ehrlich-Adám
Geschäftsführerin und Eigentümerin der EVVA-Gruppe
© EVVA



„Ich würde mir wünschen, dass wir die Europäische Union mit derselben Leidenschaft gestalten wie unsere tägliche Umgebung.“

Julia Hinterseer-Pinter
Europa-Gemeinderätin, Wien-Ottakring
© Stefanie Lamp



„Das größte Friedenssicherungsprojekt Europas ist für meine Generation, die den Kalten Krieg miterlebt hat, eine Sache, für die es wert ist zu kämpfen.“

Hannes Taborsky Europa-Gemeinderat, Wien-Penzing
© Bruckner



„Da immer der Konsens gesucht wird, steht die EU für eine gemeinsame Idee und Toleranz, die keine Polarisierung aufkommen lässt. Dies sehe ich als Alleinstellungsmerkmal.“

Evelin Leitner Europa-Gemeinderätin, Hof bei Salzburg, Salzburg
© Bettina Danzl



„Ich wünsche mir, dass die Europäische Union rascher in die Umsetzung von Zielen kommt, sich auf die wesentlichen Bereiche konzentriert, möglicherweise wird auch das Einstimmigkeitsprinzip zu hinterfragen sein.“

Christine Hahn Europa-Gemeinderätin, Wien-Favoriten
© Hahn



„Ich erhoffe mir für die Zukunft der EU ein gemeinsames, starkes Auftreten in der Außenpolitik und weniger Alleingänge einzelner Staaten. In Bezug auf die EU-Außengrenzen und Migration sollte die EU eine einheitliche Linie finden, einheitliche Beschlüsse fassen – und diese dann umsetzen. Wichtig wäre zudem der Aufbau einer gemeinsamen militärischen Absicherung Europas.“

Robert Hirsch Europa-Gemeinderat, Arnfels, Steiermark
© Gemeinde Arnfels





„Ich hoffe, dass die ‚Konferenz zur Zukunft Europas‘ auch wirklich bei den Bürgerinnen und Bürgern ankommt. Das würde wesentlich zu ihrem Erfolg beitragen. Ich finde, ein neues Europa muss Antworten auf die drängenden Fragen und Herausforderungen der Staaten sowie der Unionsbürgerinnen und Unionsbürger finden.“

Kristina Mandl Europa-Gemeinderätin, Gerasdorf bei Wien, Niederösterreich © Monihart



„Ich begrüße die EU-Zukunftskonferenz und hoffe, dass viele Ideen für die Weiterentwicklung der EU erarbeitet werden. Eines von zehn Themen der Konferenz ist ‚Klimawandel und Umwelt‘. In diesem Bereich erwarte ich mir besonders eine übergreifende Strategie für das Ziel der Klimaneutralität bis 2050 und eine schadstofffreie Umwelt.“

Hannes Bogner Europa-Gemeinderat, Lambrechten, Oberösterreich © Privat



„Nur auf EU-Ebene haben wir die Kraft und die Möglichkeiten, wirkungsvoll der Klimakrise entgegenzutreten. Sei es durch Investitionen in die Erforschung von Zukunftstechnologie, gemeinsame interne Reglementierungen oder Bedingungen in Handelsverträgen, die Länder außerhalb der EU dazu zwingen, sich an unsere Umweltstandards zu halten, wenn sie ihre Produkte auf dem EU-Markt verkaufen wollen.“

Kati Schneeberger Europa-Gemeinderätin, Wien-Neubau © Schneeberger



„Es gibt zu viele Regulatoren und zu wenig Harmonisierung. Hier sehe ich auch eine neue Rolle für Österreich – mit neuen Investitionen und Visionen. Durch das Internet gibt es keine Grenzen mehr, aber die Strukturen und Regulatorien auf den Finanzmärkten sind noch auf Landesgrenzen ausgerichtet. Das müssen wir in unserer Denkweise aufbrechen, als einen langfristigen Plan. Der kurzfristige Plan wäre, jetzt die nötigen Voraussetzungen zu schaffen, um als Europäische Union auf dem Weltmarkt eine starke Vorreiterrolle einzunehmen.“

Eric Demuth Gründungsmitglied des Start-ups „Bitpanda“ © Bitpanda



„Die aktuelle Pandemie hat Probleme in vielen Bereichen sichtbar gemacht. Ansätze zu einer gemeinsamen Steuerpolitik oder Landesverteidigung liegen noch immer in weiter Ferne. Ziel muss eine krisenfeste und effiziente Europäische Union sein.“

Gerold Eichhorn Europa-Gemeinderat, Hoheneich, Niederösterreich © Privat

6. BürgerInnen Forum Europa

Das „BürgerInnen Forum Europa“ ist ein überparteilicher Verein, der sich zum Ziel gesetzt hat, „das europäische Bewusstsein in Österreich zu stärken, echte Bürgerdialoge in allen Bundesländern zu organisieren, durchdachte Konzepte mit Expertinnen und Experten zu gestalten und ein österreichweites Netzwerk von engagierten und aktiven Europäerinnen und Europäern aufzubauen.“ Obmann der Plattform ist Othmar Karas, Erster Vizepräsident des Europäischen Parlaments.

„So braucht es auch beim EU-weiten Reformprozess zur Zukunft Europas nicht nur inhaltlich fundierte Vorschläge, sondern eine breite Einbindung der Bevölkerung. Nur so kann die Bindung der Bürgerinnen und Bürger an das europäische Projekt gestärkt und eine hohe Akzeptanz der nächsten Schritte zur Vertiefung der Integration gesichert werden. Ein breit angelegter, unmittelbarer und offener Prozess der Bürgerinnen- und Bürgerbeteiligung bei der Debatte um die Zukunft Europas ist daher unerlässlich.“

Othmar Karas, Obmann des BürgerInnen Forum Europa und Erster Vizepräsident des Europäischen Parlaments

Die Plattform besteht aus zwei Säulen: „Think Europe“ (Beiräte) und „Create Europe“ (Bürgerinnen- und Bürgerdialoge). Bis Mai 2022 wird das BürgerInnen Forum Europa seine Forderungen für die Zukunft Europas anhand von fünf Themen präsentieren: Innovation, Wirtschaft und Umwelt, Soziales, Europa in der Welt sowie Demokratie und Recht. Im Jahr 2021 fanden 16 Veranstaltungen des BürgerInnen Forum Europa zur Zukunft Europas statt, mit insgesamt 740 teilnehmenden Bürgerinnen und Bürgern sowie 29 Expertinnen und Experten.

✳ Im Rahmen der **Bürgerinnen- und Bürgerdialoge** diskutierten am **12. November 2021** im Bildungszentrum der Arbeiterkammer Wien Werner Kogler, Vizekanzler und Bundesminister für Kunst, Kultur, öffentlichen Dienst und Sport, Vizepräsident Othmar Karas, und Renate Anderl, Präsidentin der Arbeiterkammer, mit interessierten Bürgerinnen und Bürgern über die soziale Zukunft Europas.

„Die soziale Frage ist eine der entscheidenden Zukunftsfragen und sie steckt in jedem Thema – ob Corona, ‚Green Deal‘ oder Flucht und Migration. Deshalb ist das Thema Soziales auch eines unserer fünf Zukunftsthemen im BürgerInnen Forum Europa, denn meine Vision ist nicht nur ein innovatives und handlungsfähigeres Europa, sondern vor allem auch eine echte EU-Sozialunion.“

Vizepräsident **Othmar Karas**

„Die soziale Absicherung der Menschen hat mit Wirtschaft, Arbeit und Umwelt zu tun.“

Vizekanzler **Werner Kogler**



Die teilnehmenden Bürgerinnen und Bürger stellten vor allem Fragen zu den Bereichen Beschäftigung, Ausbau der Bildungsangebote und europäischen Bildungsstandards als entscheidender Faktor für Chancengleichheit sowie faire Entlohnung für Pflegekräfte aus ost- und südosteuropäischen Ländern in Österreich. Ebenso wurde über die Reform des europäischen Stabilitäts- und Wachstumspaktes diskutiert.

✳ Ein **Bürgerinnen- und Bürgerdialog zum Thema „Gemeinsam gestalten wir die Zukunft Europas“** fand am **26. November 2021** in Innsbruck statt. Zunächst diente eine „EU-Zukunftswerkstatt“ der Erarbeitung konkreter Themen. Dann wurde der Bürgerinnen- und Bürgerdialog durch Grußworte von Dubravka Šuica, Vizepräsidentin der Kommission für Demokratie und Demografie, Europaministerin Karoline Edtstadler, Arno Kompatscher, Landeshauptmann von Südtirol, Maurizio Fugatti, Präsident der Autonomen Provinz Trient, und Andreas Altman, Rektor der MCI – Die Unternehmerrische Hochschule, eingeleitet. Schließlich diskutierten Othmar Karas, Erster Vizepräsident des Europäischen Parlaments, Sonja Ledl-Rossmann, Landtagspräsidentin und Mitglied im Ausschuss der Regionen, sowie Georg Willi, Bürgermeister von Innsbruck, mit den etwa 100 teilnehmenden Bürgerinnen und Bürgern über die gemeinsame Gestaltung der Zukunft Europas. Die Bürgerinnen- und Bürgerdialoge werden im Frühjahr 2022 kontinuierlich fortgesetzt.

★ Ein virtuelles „Zukunftscafé“, veranstaltet von EUROPE DIRECT Vorarlberg, dem Büro für Freiwilliges Engagement und Beteiligung des Amtes der Vorarlberger Landesregierung in Kooperation mit dem BürgerInnen Forum Europa und dem Europäischen Ausschuss der Regionen, fand am **24. Februar 2022** statt. Teil nahmen der Präsident des Vorarlberger Landtags, Harald Sonderegger, Philippe Narval von der Universität St. Gallen und ehemaliger Generalsekretär des Europäischen Forum Alpbach, Verena Ringle, Direktorin des Think Tank „European Commons“, Rüdiger Görner, Professor an der Queen Mary University of London, Europaministerin Karoline Edtstadler, der Erste Vizepräsident des Europäischen Parlaments, Othmar Karas, und die Gemeindeverbandspräsidentin sowie Bürgermeisterin der Stadt Dornbirn, Andrea Kaufmann.

Die Europaklasse des Gymnasiums Schillerstraße in Feldkirch stellte ihre Workshop-Ergebnisse zur Zukunft Europas vor. Die Schülerinnen und Schüler thematisierten unter anderem die fortbestehenden geschlechtsspezifischen Ungleichheiten in puncto Lohn, Karriere und gesellschaftliche Vorurteile. In Vertretung ihrer Schulklasse sprachen sich eine Schülerin und ein Schüler zudem für mehr Bildungsgerechtigkeit und gemeinsame Bemühungen zur Bewältigung der Klimakrise aus: „Mehr Investitionen in erneuerbare Energien und rasche Maßnahmen sind erforderlich, denn unser Ökosystem und damit unser gesamter Lebensraum sind bedroht.“ In Kleingruppen hatten die Teilnehmenden am Online-Zukunftscafé anschließend die Möglichkeit, Ideen zu vertiefen und zu entwickeln. Dabei wurden Themen wie die gesamthafte Stärkung der EU, Rechtsstaatlichkeit, „grüne“ Wirtschaft und „grüne“ Verhaltensweisen sowie die friedliche Weiterentwicklung der EU und auch die Frage des Images der EU eingebracht.



7. Dialogveranstaltungen in ganz Österreich

Die Aktivitäten der Bundesländer, Regionen und Gemeinden, der EUROPE DIRECT-Stellen und weiterer Organisationen und Institutionen waren wesentliche Eckpfeiler der EU-Zukunftskonferenz in Österreich. Das vorliegende Kapitel soll einen beispielhaften Einblick in die Fülle jener Veranstaltungen geben, die im ganzen Land – vom Arlberg bis zum Zicksee – stattgefunden haben.

Pfingstdialog Schloss Seggau

✦ Am 20. und 21. Mai 2021 fand auf Schloss Seggau in der Südsteiermark der Pfingstdialog Geist und Gegenwart unter dem Generalthema „Reset Europe“ statt. Europaministerin Karoline Edtstadler informierte über die bereits im vergangenen Jahr gestarteten Österreich-Dialoge zur EU sowie über die Fortführung und Intensivierung der Aktivitäten. Sie hob die Vorteile der EU am Beispiel der Covid-19-Impfstoffbeschaffung hervor – trotz anfänglicher Schwierigkeiten und berechtigter Kritik habe die EU die Beschaffung der Impfstoffe gemeinsam gemeistert.

Martin Selmayr, Leiter der Vertretung der Kommission in Österreich, betonte im Hinblick auf die Selbstwahrnehmung der Europäerinnen und Europäer, dass die permanente „Selbstverzwergung“ beispielsweise im Vergleich mit den USA, dem Vereinigten Königreich oder Israel manchmal „masochistische Züge“ annehme. *„Das sollten wir trotz aller und in aller Bescheidenheit ändern. Denn wer die Zukunft gestalten will, der braucht auch etwas mehr Mut und etwas mehr Selbstbewusstsein.“*



Die steirische Wissenschaftslandesrätin Barbara Eibinger-Miedl ging auf die zahlreichen Veränderungen ein, welche die Pandemie in verschiedenen Bereichen mit sich gebracht habe. EU-Initiativen in der Digitalisierung oder auch der „Green Deal“ würden dazu beitragen, dass Herausforderungen als Chancen wahrgenommen würden. Die EU müsse sich vor allem im internationalen Wettbewerb mit anderen globalen Playern positionieren. Das europäische Lebensmodell setze auf die ökosoziale Marktwirtschaft, um Werte wie Demokratie, Liberalität und Menschenrechte in allen Lebensbereichen zu berücksichtigen.

Monika Köppl-Turyna, Direktorin von EcoAustria, hielt fest, dass

„Europa eine hohe Lebensqualität und hohe Einkommen hat, jedoch die Dynamik des wirtschaftlichen Wachstums noch aufnehmen muss“.

„Es gibt in der EU ein hohes Wohlstandsniveau, auch was die soziale Absicherung sowie Bildung und Wissenschaft betrifft“,

unterstrich der Präsident der Wirtschaftskammer Österreich, **Harald Mahrer**.

Die europäische Wirtschaft agiere vorbildhaft im globalen Wettbewerb. Auch weiterhin müsse darauf geachtet werden, dass Klimaschutz und wirtschaftlicher Erfolg miteinander vereinbar seien.

Europa-Forum Wachau

✳ Das **Europa-Forum Wachau** bot vom **10. bis 12. Juni 2021** eine Plattform für den Austausch zwischen hochrangigen Teilnehmerinnen und Teilnehmern sowie interessante Diskussionsbeiträge. Eröffnet wurde das Forum, das 2021 unter dem Motto „Heading for New Horizons“ stattfand, mit einem Grußwort des Abtes von Stift Göttweig, Columban Luser. Der Präsident des Europa-Forums Wachau, der niederösterreichische Landesrat Martin Eichinger, betonte anschließend das „europäische Miteinander“, das bei dieser Veranstaltung zum Ausdruck käme. Auch die Eröffnungsrede der Landeshauptfrau von Niederösterreich, Johanna Mikl-Leitner, stand ganz im Zeichen einer starken EU, die auch in Krisenzeiten zusammenhalten müsse, um in der Zukunft bestehen zu können.

Im Rahmen der Veranstaltung diskutierten Vertreterinnen und Vertreter aus der europäischen Spitzenpolitik im Stift Göttweig über die EU-Zukunftskonferenz – darunter die für Demokratie und Demografie zuständige Vizepräsidentin der Kommission, Dubravka Šuica, Europaministerin Karoline Edtstadler, der irische Minister für europäische und internationale Angelegenheiten, Thomas Byrne, und die Generalsekretärin des Europarats, Marija Pejčinović Burić. Weiters tauschten sich Außenminister Alexander Schallenberg, der slowenische Außenminister Anže Logar, die kosovarische Außenministerin Donika Gërvalla-Schwarz und der EU-Sonderbeauftragte für den Dialog zwischen Belgrad und Pristina und andere regionale Fragen im Westbalkan, Miroslav Lajčák, über die europäische Perspektive des Westbalkans aus. Auf der Tagesordnung standen auch eine Keynote des Ökonomen Jeffrey Sachs und Reden des damaligen Bundeskanzlers Sebastian Kurz, des Kommissars für Haushalt und Verwaltung, Johannes Hahn, der Premierministerin der Republik Litauen, Ingrida Šimonytė, sowie des Schweizer Bundesrates Ignazio Cassis. Interessierte Bürgerinnen und Bürger konnten sich in die Diskussionen einbringen, wobei die Meinung der Jugend im Fokus stand.



✳ Europa-Forum Wachau im Stift Göttweig © BKA/Andy Wenzel

BürgerInnen-Dialog Bad St. Leonhard im Lavanttal

In der Stadtgemeinde Bad St. Leonhard fand am **✳ 26. September 2021** ein **europäischer Bürgerinnen- und Bürgerdialog** mit dem Ersten Vizepräsidenten des Europäischen Parlaments und Obmann der Plattform BürgerInnen Forum Europa, Othmar Karas, dem Kärntner Landeshauptmann, Peter Kaiser, und dem stellvertretenden Leiter der Vertretung der Kommission in Österreich, Wolfgang Bogensberger, statt. Unter dem Motto „Mein Wunsch zur Zukunft Europas“ konnten Bürgerinnen und Bürger 120 Fragen zur EU vorab schriftlich abgeben und während der Veranstaltung mit rund 200 Teilnehmerinnen und Teilnehmern diskutieren. Als für die Bevölkerung dringlichste Themen erwiesen sich der Klimawandel, die Arbeitsweise der EU und ihrer Institutionen sowie die Landwirtschaft.

In diesem Zusammenhang wurde vom Gemeinderat der Stadtgemeinde Bad St. Leonhard eine Resolution zur Zukunft Europas angenommen. Die Resolution umfasst die Themenbereiche Klima und Umwelt, Landwirtschaft und ländliche Gebiete sowie die Arbeitsweise der EU.



✳ BürgerInnen-Dialog Bad St. Leonhard © Wolfgang Jannach



Auf Grundlage der zum Europäischen Bürgerdialog am 26.09.2021 eingehenden Forderungen der Bürger regt der Gemeinderat der Stadt Bad St. Leonhard an, die Konferenz zur Zukunft Europas möge folgende Themen behandeln:

1. Klima und Umwelt

- Die europäischen Klimaziele müssen rasch erreicht werden.
- Die Maßnahmen müssen sozial verträglich sein.
- Die traditionelle bäuerliche Landwirtschaft muss in diesem Wändlungsprozess unterstützt werden.
- Die Bevölkerung muss bei Energie- und Bauprojekten (Windräder, Kraftwerke, Bahntrassen etc.) die stark in die Kulturlandschaft eingreifen, breit beteiligt werden.
- Der öffentliche Verkehr muss insbesondere in ländlichen Räumen wie Bad St. Leonhard ausgebaut werden.

2. Landwirtschaft und ländliche Gebiete

- Kleinbauern und Bergbauern müssen als Hüter der europäischen Kulturlandschaft geschützt werden und mehr Aufmerksamkeit erhalten als Agrarkonzerne.
- Regionale Lebensmittelkreisläufe müssen aus Gründen der Qualität, der Gesundheit und des Tierwohls gefördert werden.
- Noch stärkerer Schutz der Tiere bei Tiertransporten ist zu veranlassen.
- Der Landflucht ist durch den dezentralen Ausbau von Bildungseinrichtungen, durch die Unterstützung von KMU, durch Maßnahmen zur Belebung von Ortskernen und durch ein effizientes öffentliches Verkehrsnetz vorzubeugen.

3. Arbeitsweise der EU

- Die Bürgerdialoge müssen in der EU zum ständigen Instrument werden und nicht nur alle paar Jahre organisiert werden. Die Kommunikation der EU muss grundsätzlich dezentral organisiert werden und näher an die Menschen rücken.
- Regionen wie Kärnten müssen mehr Gewicht in der EU erhalten
- Das Einstimmigkeitsprinzip in der EU ist zu überdenken. Aber es ist zu gewährleisten, dass kleine Staaten nicht benachteiligt werden.



Der Bürgermeister:

Joh. Dorn

1. Vizebürgermeister:

Wolfgang Zechner

2. Vizebürgermeister:

J. Pirker

Die Gemeinderäte:

| | | |
|------------------------|--------------------------|-----------------------|
| <i>Tobias Köpf</i> | <i>Peter</i> | <i>Andreas Koss</i> |
| <i>Wolfgang Jäger</i> | <i>Karin Farn</i> | <i>Prof. Dr.</i> |
| <i>Julius Dorn</i> | <i>Thomas Prast</i> | <i>Stoll, D. St.</i> |
| <i>Paul Riedl</i> | <i>Michael Wolfbauer</i> | <i>Markus Guller</i> |
| <i>Er. ...</i> | <i>Josef Probst</i> | <i>Schubert, ...</i> |
| <i>... Mollner</i> | <i>...</i> | <i>...</i> |
| <i>Markus Eberhard</i> | <i>...</i> | <i>...</i> |
| | | <i>Tanja Priesler</i> |

„Zukunftswanderung“ auf den Salzburger Gaisberg

Die Stabstelle EU-Bürgerservice und EUROPE DIRECT Land Salzburg waren Mitveranstalter einer „EU-Zukunftswanderung“, in deren Rahmen Europaministerin Karoline Edtstadler am **✳ 16. Oktober 2021** gemeinsam mit dem Leiter der Vertretung der Kommission in Österreich, Martin Selmayr, und dem Generalsekretär der ÖGfE, Paul Schmidt, auf den Gaisberg – den „Hausberg“ der aus Elixhausen in Salzburg stammenden Europaministerin – wanderte. Mit dabei waren der Abgeordnete zum Nationalrat, Peter Haubner, Bundesrätin Andrea Eder-Gitschthaler sowie zahlreiche interessierte Bürgerinnen und Bürger, darunter Europa-Gemeinderätinnen und Europa-Gemeinderäte aus dem Bundesland Salzburg, Jugendliche sowie Vertreterinnen und Vertreter der Initiative „Scientists for Future“.

„Wir wollen gemeinsam einen Beitrag leisten, dass es mit Europa bergauf geht!“ – unter diesem Motto wanderten die Teilnehmenden auf die Spitze des Gaisbergs. Bei den Diskussionen standen Themen wie der Kampf gegen den Klimawandel, die Herausforderungen in Bezug auf Migration und Digitalisierung, aber auch sehr konkrete Anliegen wie die Wald- und Forststrategie oder Vorschläge zum Austausch von medizinischem Personal innerhalb der EU im Mittelpunkt. Angereist waren Europaministerin Edtstadler, Kommissionsvertreter Selmayr und Generalsekretär Schmidt umweltfreundlich am Vortag mit einer „Europalok“ der Österreichischen Bundesbahnen (ÖBB). Am Hauptbahnhof Salzburg sorgten Schülerinnen und Schüler des BORG Bad Hofgastein für einen musikalischen Empfang – „Europahymne“ inklusive.



✳ Abfahrt nach Salzburg mit der „Europalok“ Bilder: © BKA/Andy Wenzel



8. Einbeziehung Jugendlicher

Mitgestalten und mitdiskutieren ausdrücklich erwünscht!
Denn die Jugend ist die Zukunft Europas. Ihren Ideen
Raum zu geben und ihren Stimmen Gehör zu verschaf-
fen, war das Ziel zahlreicher Initiativen im Rahmen der
EU-Zukunftskonferenz.



* „Junge Konferenz zur Zukunft Europas“ © BKA/Florian Schrötter

„Junge Konferenz zur Zukunft Europas“ am 17. November 2021

Die Mobilität der Zukunft – der Beitrag der EU zur Bewältigung des Klimawandels – das Potenzial der Digitalisierung: Diese und weitere Themen standen im Mittelpunkt der „Jungen Konferenz zur Zukunft Europas“, zu der das Bundeskanzleramt gemeinsam mit der Bundesjugendvertretung geladen hatte.

„Die EU-Zukunftskonferenz ist mir von Anfang an ein Herzensanliegen gewesen. Themen wie Migration, Klimawandel oder Digitalisierung können wir nicht alleine bewältigen, sondern nur gemeinsam. Ich freue mich, dass ihr heute die Zukunft Europas mitgestaltet.“

Mit diesen Worten begrüßte Europaministerin **Karoline Edtstadler** rund 100 junge Menschen im Alter von 16 bis 30 Jahren am ✨ **17. November 2021** unter strengen Covid-19-Sicherheitsvorkehrungen in den Wiener Sofiensälen.

„Wir brauchen eine handlungsfähige und mutige EU, die sich den großen Herausforderungen stellt. Ich möchte, dass Österreich einen substanziellen Beitrag zur Konferenz leistet, und dabei sind mir die Inputs junger Menschen besonders wichtig.“



✨ Bilder: © BKA/Florian Schrötter



An sogenannten „Tischinseln“ hatten die jungen Teilnehmenden die Möglichkeit, Ideen und Impulse zu den neun Themenfeldern der EU-Zukunftskonferenz zu erarbeiten. Die dabei entstandenen Vorschläge und Visionen wurden anschließend in Form von Plakaten an Europaministerin Karoline Edtstadler überreicht.

Besonders großes Interesse zeigten die Teilnehmenden am Themenbereich „Klimawandel und Umwelt“. Gleich zwei Gruppen erarbeiteten Ideen zur Bewältigung der „Klimakrise“, wie ein EU-weites CO₂-Ampelsystem für die Produktkennzeichnung, mehr Bewusstseinsbildung und Wissensvermittlung oder den Ausbau von klimafreundlichen Mobilitätsangeboten. Andere Ideen kreisten um Bildung – die Aufwertung der beruflichen Lehre in der EU, stärkere Förderung von Programmen wie „Erasmus+“, mehr Politische Bildung an Schulen und Partizipation. Die jungen Menschen plädierten für die Stärkung des Europäischen Parlaments und der europäischen Bürgerinitiative. Sie betonten, dass aktuell junge Menschen ganz besonders von den Covid-19-bedingten Einschränkungen betroffen seien und daher für psychische Gesundheit mehr EU-Mittel zur Verfügung gestellt werden sollten.

Neben den Möglichkeiten der Digitalisierung müsse auch deren „Schattenseiten“ wie „Hass im Netz“ oder dem „Digital Divide“ bei Zugang und Nutzung von Technologien mehr Aufmerksamkeit geschenkt werden. Zahlreiche Ideen hatten die Jugendlichen zudem zur inneren und äußeren Sicherheit sowie zur globalen Rolle der EU – von einem wirksamen Schutz der EU-Außengrenzen, einem Plädoyer für den Beitritt Kroatiens zum Schengen-Raum über die Verankerung europäischer Werte in der Außenpolitik bis hin zur Rückholung von Schlüsselindustrien nach Europa.

Europaministerin **Karoline Edtstadler** betonte, dass Österreich mit seinem Modell der dualen Ausbildung in Schule und Betrieb ein Vorbild für die anderen EU-Staaten und darüber hinaus sein könne. In puncto Bildung sei es wichtig, dass besonders junge Menschen

„Demokratie persönlich und direkt erleben können, das reicht vom Sprachaufenthalt bis hin zum Besuch von europäischen Institutionen.“

Zur Bewältigung des Klimawandels, aber auch der digitalen Herausforderungen müssten Investitionen zielgerichtet und effektiv eingesetzt werden:

„Der EU-Aufbauplan bietet zahlreiche Chancen, in die digitale und ‚grüne‘ Transformation zu investieren. Diese Möglichkeiten müssen wir in Österreich bestmöglich nützen und tatsächlich für Nachhaltigkeit, Innovation und den digitalen Wandel einsetzen.“

Es ist nicht immer einfach, Veränderungen auf europäischer Ebene herbeizuführen, aber wir müssen jetzt an den kleinen und großen Schrauben drehen: Es gilt, die Chancen des Binnenmarktes zu nützen, Antworten in der Migrationspolitik zu finden und bei außenpolitischen Herausforderungen schneller zu reagieren.“

In Bezug auf den Klimawandel ist sicherzustellen, dass wir auch in 20, 30, 40, 50 Jahren ein prosperierendes Europa mit einer intakten Natur vorfinden, das uns Sicherheit und Wohlstand gibt.“

Die Europaministerin betonte zudem, dass für junge Menschen das „Europa ohne Grenzen“ und die Möglichkeiten der EU-weiten Mobilität (Reisen, Leben, Arbeiten) von besonderer Bedeutung seien:

„Die Covid-19-Pandemie hat uns gezeigt, dass offene Grenzen innerhalb der EU keine Selbstverständlichkeit sind.“

Junge Stimmen zur Zukunft Europas

Markus, 27 Jahre:

„Ich komme aus Kärnten und bin heute mit dabei, weil mir Europa einfach am Herzen liegt. Als Österreicher ist man selbstverständlich Teil der EU und es sollte uns auch am Herzen liegen, dass Europa in der Welt präsent ist. Weil es uns auch in Österreich Sicherheit gibt – als starker Teil von einem starken Europa.“

Lena, 21 Jahre:

„Wir sollten schon heute die Weichen für morgen stellen – in Österreich, aber auch auf EU-Ebene! Mein Themenbereich heute war ‚Werte und Rechte‘. Wir treten für eine konsequente Durchsetzung der Werte der EU ein, denn diese sind die Grundlage unserer europäischen Zusammenarbeit. Die europäischen Werte sollten auch stärker in der Außen- und Handelspolitik berücksichtigt werden.“

Paulina, 29 Jahre:

„Ich komme aus Wien. Heute bin ich dabei, weil mich als Person mit internationalem Hintergrund die Zukunft der Europäischen Union besonders interessiert. Ich durfte heute in der Gruppe ‚Migration‘ mitarbeiten. Wir treten dafür ein, dass die EU-Außengrenzen geschützt werden müssen, es aber innerhalb der Europäischen Union keine Grenzkontrollen gibt.“

Raf, 21 Jahre:

„Servus, ich bin gebürtiger Niederländer, aufgewachsen in Vorarlberg, habe durch das Programm ‚Erasmus+‘ sieben Monate in Litauen gelebt und bin seit eineinhalb Jahren in Wien. Dass sich in der EU 27 Länder zusammengeschlossen haben und trotz unterschiedlicher Kulturen zusammenarbeiten können, finde ich faszinierend und einmalig. Die Zukunftskonferenz wäre keine Zukunftskonferenz, wenn die Jugend nicht miteinbezogen wäre. Die Jugend ist nun mal die Zukunft und ich will selbst mitentscheiden können.“



© BKA/Florian Schrötter

Bundesministerin **Susanne Raab** strich hervor, dass

„wir Politik nicht nur für junge Menschen machen, sondern vor allem mit ihnen. Europa wird auch in Zukunft nur dann funktionieren, wenn es besonders auch von jungen Menschen mit Herz, Hirn und Leben erfüllt wird“.

Der Vorsitzende der Bundesjugendvertretung, **Sabir Ansari**, verwies auf die Errungenschaften der europäischen Integration, von denen die knapp drei Millionen Unter-30-Jährigen in Österreich profitieren würden:

„Was für die Generationen vor uns unvorstellbar war, ist für uns Normalität. Ob Reisen, Lernen oder Arbeiten, wo wir wollen – dank der EU stehen uns viele Möglichkeiten offen. Die großen Herausforderungen können wir aber nur gemeinsam bewältigen. Daher wollen wir die Möglichkeit nutzen und die Zukunft Europas mitgestalten.“

Vorsitzender **Sabir Ansari**

✧ Kampagne „#STANDFORSOMETHING“

Die „European Youth Card Association“ (EYCA) hat, gemeinsam mit weiteren Jugendkarten-Organisationen aus 16 verschiedenen Ländern, die EU-Zukunftskonferenz zum Anlass für den Start der Kampagne „#STANDFORSOMETHING“ genommen. In Österreich wurde sie von der aha card in Vorarlberg und dem S-Pass, der Salzburger Jugendkarte, umgesetzt. Im Rahmen einer Umfrage wurden 3.000 Teilnehmende aus ganz Europa nach ihren Wünschen für die Zukunft und für Europa befragt und konnten angeben, welche Informationen sie benötigen, um sich aktiv einzubringen. Der Bericht mit den Ergebnissen wird an Politikerinnen und Politiker auf europäischer, nationaler und regionaler Ebene übergeben. In Österreich überreichten die Jugendaktivisten Dave Kock und Andreas Moser den Bericht an Europaministerin Karoline Edtstadler am **14. Jänner 2022**.



Gemäß den Ergebnissen der Umfrage befürworten neun von zehn Teilnehmenden die EU und meinen, dass sich diese stärker im Bereich der – insbesondere psychischen – Gesundheitsversorgung einbringen sollte. Laut acht von zehn Teilnehmenden sollte die EU-Zukunftskonferenz zu Veränderungen für mehr Demokratie in der EU führen. Acht von zehn Teilnehmenden treten zudem für einen besseren europaweiten digitalen Zugang und digitale Bildung ein. Die EU sollte sich nach Meinung der Befragten bis 2050 diesbezügliche Ziele setzen. Weiters wünschen sich acht von zehn Teilnehmenden einen vergleichbaren Lebensstandard für alle Europäerinnen und Europäer und befürworten, dass Bildung über Europa in den Lehrplänen verankert wird. Klimawandel, Gesundheit und Bildung werden ebenfalls als wichtige Prioritäten für die Zukunft Europas erachtet. EU-weit sollte ein gemeinsames EU-Klimagesetz eingeführt werden, so die Jugendlichen. Sieben von zehn Teilnehmenden unterstützen die strafrechtliche Ahndung von Missbrauch im Zusammenhang mit der geschlechtlichen Identität und sexuellen Orientierung. Ebenso viele Teilnehmende treten für die Einführung eines EU-Rechtsrahmens für Konsumgewohnheiten der Bürgerinnen und Bürger zur Verbesserung des Umweltschutzes ein.

Stimmen zur Zukunft Europas



„Die EU sollte gezielt in Zukunftstechnologien investieren, nicht in ‚alte‘ Systeme und nicht über das ‚Gießkannen-Prinzip‘. Österreich kann und sollte dabei vorangehen und Innovationstreiber sein, denn in vielen Bereichen ist unser Land an der Spitze, etwa bei Wasserstofftechnologien. Unser aller Ziel sollte es sein, nicht nur Mengenwachstum, sondern Qualitätswachstum herbeizuführen.“

Wolfgang Anzengruber
Ehemaliger Vorstandsvorsitzender der Verbund AG
© Verbund



„Die Europäische Union ist ein großes Friedensprojekt und dessen Fortbestehen nicht selbstverständlich.“

Elisabeth Gierlinger Europa-Gemeinderätin, Altenberg, Oberösterreich © Grüne Altenberg



„Wir müssen nach außen mehr Selbstbewusstsein an den Tag legen und Erfolgsgeschichten von österreichischen und europäischen Start-ups und Firmen besser kommunizieren. Die politischen Akteurinnen und Akteure sind gefordert, die richtigen Prioritäten zu setzen und bei Themen wie dem Arbeitskräftemangel oder dem Abbau von überbordenden Regulatorien mutig zu handeln.“

Dejan Jovicevic Geschäftsführer und Herausgeber von „Brutkasten“ © Clemens Fabry/DJ Die Presse



„Ein besserer, behutsamerer Umgang mit der Natur ist möglich. Dazu ist ein effizienterer Umgang mit der Energie notwendig. Zugleich sollte bedacht werden, dass Maßnahmen zur Bewältigung des Klimawandels die Bevölkerung mitnehmen sollten.“

Georg Kapsch Ehemaliger Präsident der Industriellenvereinigung, CEO der Kapsch Group beziehungsweise der Kapsch TrafficCom © Kapsch TrafficCom



„Die Bürgerinnen- und Bürgerdialoge müssen in der EU zum ständigen Instrument und nicht nur alle paar Jahre organisiert werden. Die Kommunikation der EU muss grundsätzlich dezentral organisiert werden und näher an die Menschen rücken.“

Dieter Dohr Europa-Gemeinderat, Bad St. Leonhard, Kärnten © Sissi Furgler



„Ich wünsche mir Folgendes: Dass sich die EU erstens als Wertegemeinschaft ihre Grundpfeiler erhält und noch bürgerinnen- und bürgernäher wird, dass die EU zweitens weiterhin das größte Friedensprojekt bleibt und nach außen verstärkt mit einer Stimme spricht, dass drittens das Prinzip der Subsidiarität gestärkt wird – was in den Gemeinden besser entschieden werden kann, sollte nicht einfach von Brüssel entschieden werden – und dass Förderanträge verständlicher und leichter zu stellen sind.“

Birgit Winkel Europa-Gemeinderätin, Innsbruck, Tirol © Tanja Cammerlander



„Start-ups bringen Profit und Impact. Häufig setzen besonders Frauen auf Themen, die gesellschaftliche Relevanz haben.“

Nina Wöss Vorstandsvorsitzende der „Austrian Private Equity and Venture Capital Organisation“ (AVCO) und Co-Founder sowie COO von „Female Founders“ © Female Founders



„Die Einbindung der Bürgerinnen und Bürger sollte bereits zu einem frühen Zeitpunkt erfolgen. Die Transformation hin zu einer klimafreundlichen Gesellschaft kann nur durch Partizipation gelingen.“

Silvia Benda-Kahri Leiterin Dialog und Innovation, Umweltbundesamt © Umweltbundesamt / B. Gröger



„Die EU kann nach außen hin nur stark sein, wenn sie dies auch nach innen ist und Einigkeit zeigt. Ein krisenhaftes Umfeld in der unmittelbaren Nachbarschaft könnte für die EU zum Problem werden, wenn andere Staaten ohne Interesse an Stabilität ein Vakuum etwa am Westbalkan ausnützen würden.“

Dietmar Schweisgut Botschafter außer Dienst (Funktionen unter anderem Ständiger Vertreter Österreichs bei der EU, Botschafter in Japan und China) © sanjiaoling.com



„Um Innovation in Forschung und Entwicklung zu ermöglichen, muss das Motto lauten: So viel Sicherheit wie notwendig, so viel Freiraum wie möglich.“

Christian Domany Vizepräsident des Kuratoriums Sicheres Österreich (KSÖ) © aed (Agency for Economic Cooperation and Development)



„Ohne Union würde es wohl kaum das Schengener Abkommen geben, das durch die offenen Grenzen für eine einzigartige Lebensqualität sorgt. Dies gilt es auch in Zukunft zu bewahren. Ich betrachte die Europäische Union, besonders durch die schon erfolgten und hoffentlich baldigen weiteren Beitritte der osteuropäischen und Balkanstaaten, als einzigartiges erfolgreiches Friedensmodell für Europa.“

Johannes Tiefenböck Europa-Gemeinderat, Spittal an der Drau, Kärnten © Grüne



„Der Fachkräftemangel ist unsere größte Sorge, vor allem im IT-Bereich. Österreich sollte seine hervorragende Lebensqualität bestmöglich nutzen, um sich als attraktiver Standort im Kampf um die besten Köpfe zu positionieren.“

Christian Beer Inhaber und geschäftsführender Gesellschafter der Heron-Gruppe © Frederick Sams



„Die Gemeinde ist die kleinste Ebene in der politischen Hierarchie. Aber die Gemeinden bilden das Bundesland, die Bundesländer den Staat, und der Staat bildet einen Teil dieser Europäischen Union. Daher ist auch eine Gemeinde Teil der Europäischen Union.“

Andreas Roder Europa-Gemeinderat, Neulengbach, Niederösterreich © Roder/privat

9. Grenzüberschreitende Veranstaltungen

Komplexe Fragestellungen wie der Klimawandel, Migration oder die Covid-19-Pandemie kennen keine Grenzen. Sie erfordern grenzüberschreitende und ganzheitliche Lösungen. Antworten auf diese aktuellen Herausforderungen lieferten bilaterale und multilaterale Projekte, Besuche und Veranstaltungen.

Europa-Diskussion in Griechenland

Im Rahmen ihres Griechenland-Besuchs nahm Europaministerin Karoline Edtstadler am **✳ 8. Oktober 2021** gemeinsam mit Griechenlands stellvertretendem Minister für Auswärtige Angelegenheiten, Miltiadis Varvitsiotis, im griechischen Amt für Auswärtige Angelegenheiten in Athen an einer lebhaften Debatte teil. Die Veranstaltung mit dem Titel „Let’s listen to the future“ bot postgradualen Studierenden der Nationalen und Kapodistrias-Universität Athen sowie der Panteion-Universität mit Spezialisierung im Bereich Internationale und Europäische Beziehungen und Internationales Recht die Möglichkeit zu einem Austausch über für sie wichtige Themen wie Migration, europäische Sicherheit, EU-Erweiterung in Richtung Westbalkan, Herausforderungen im süd-östlichen Mittelmeerraum, die Wettbewerbsfähigkeit der EU sowie die Klimakrise.

Der stellvertretende Minister **Miltiadis Varvitsiotis** antwortete auf die Frage, welchen Rat er jungen Europäerinnen und Europäern mit auf den Weg geben würde:

„Junge Menschen sollten sich engagieren und nicht andere für sie sprechen lassen.“



✳ Europa-Diskussion in Griechenland © BKA/Hans Hofer

Debatte an der Diplomatischen Akademie Wien

Die Diplomatische Akademie Wien bot am ✨ 15. Juni 2021 den Rahmen für eine Debatte mit Studierenden und eine anschließende Pressekonferenz zum Thema „Strategische Autonomie Europas“ mit Europaministerin Karoline Edtstadler und dem französischen Staatssekretär für Europäische Angelegenheiten, Clément Beaune.

Es wurden Themen wie die EU-Zukunftskonferenz, der Kampf gegen den Klimawandel oder der wirtschaftliche Wiederaufbau nach der Covid-19-Pandemie, vor allem aber auch die „sehr guten bilateralen Beziehungen“ zwischen Österreich und Frankreich diskutiert. Diese hätten sich auch in Zeiten bewährt, in denen Österreich – wie zuvor schon Frankreich – im November 2020 von einem Terroranschlag getroffen wurde.

Staatssekretär **Clément Beaune**:

„Wir müssen den Weg nach der Krise fortsetzen und auf Kritiken hören, um Europa stärker zu machen. Wir sind daher überzeugt von der gemeinsamen Teilhabe und dürfen stolz sein, den Traum zu verfolgen, groß zu denken. Wir werden für Europa zusammenarbeiten, mit aller Kraft und all unseren Träumen.“





* Diskussion an der Diplomatischen Akademie Wien Bilder: © BKA/Andy Wenzel



Salzburg Europe Summit

„Westbalkan-Erweiterung: Sackgasse oder freie Fahrt?“ lautete der Titel der Podiumsdiskussion, die am **★ 26. September 2021** im Rahmen des „Salzburg Europe Summit“ unter der Moderation von ORF-Korrespondent Christian Wehrschütz stattfand. Neben Europaministerin Karoline Edtstadler nahmen hochrangige Vertreterinnen und Vertreter von fünf Staaten des Westbalkans an diesem Austausch teil: Josip Brkić, stellvertretender Außenminister (Bosnien und Herzegowina), Jadranka Joksimović, Ministerin für EU-Integration (Serbien), Zoran Popov, Staatssekretär für Äußeres (Nordmazedonien), Đorđe Radulović, Außenminister (Montenegro) sowie Megi Fino, stellvertretende Ministerin für Europa und Äußeres (Albanien). Live zugeschaltet waren Diskutantinnen und Diskutanten Tanja Mišćević, stellvertretende Generalsekretärin des Regional Cooperation Council (RCC).

Nach Grußworten von Franz Schausberger, dem Vorsitzenden des Instituts der Regionen Europas (IRE), strich Europaministerin Karoline Edtstadler in ihrer Keynote Speech hervor, dass der Erweiterungsprozess am Westbalkan auf der politischen Agenda prioritär gereiht sein müsse. Österreich sei stets bemüht, eine Brückenfunktion zwischen der EU und den Staaten des Westbalkans einzunehmen. Ziel sei die EU-Integration der Westbalkan-Länder. Daher sei auch die Einbeziehung der Westbalkan-Staaten in die Zukunftskonferenz bedeutsam. In Bezug auf den Titel des Panels sei der Erweiterungsprozess weder „Sackgasse“ noch „freie Fahrt“, sondern „work in progress, eine Straße ohne Abkürzungen. Wenn Kandidatenländer ihre ‚Hausaufgaben‘ erfüllen, dann sollte die EU ihr Wort halten und diese Bemühungen belohnen“, betonte Europaministerin Karoline Edtstadler

Der nordmazedonische Staatssekretär für Äußeres, Zoran Popov, unterstrich, dass es für die Bürgerinnen und Bürger seines Landes wichtig sei, nun klare Signale und einen glaubwürdigen Pfad in Richtung EU zu sehen. Josip Brkić, stellvertretender Außenminister von Bosnien und Herzegowina, verwies darauf, dass die Glaubwürdigkeit der EU in puncto Erweiterung auch Folgen für die Rolle der EU weltweit haben könne.

Megi Fino, stellvertretende Ministerin für Europa und Äußeres in Albanien, betonte mit Blick auf einen möglichen Beitritt und die EU-Zukunftskonferenz:

„Wir haben die Schlüsselpunkte erfüllt. Jetzt erwarten wir uns eine klare Perspektive für den Beitritt und auch die Teilnahme an der Konferenz zur Zukunft Europas.“

Der montenegrinische Außenminister, Đorđe Radulović, meinte, man erwarte sich vor allem Klarheit über die „Benchmarks“, also die zu erfüllenden Bedingungen zur Eröffnung einzelner Verhandlungskapitel.



Jadranka Joksimović, Serbiens Ministerin für EU-Integration, bekräftigte:

„Wir müssen die richtigen Narrative unterstützen – nämlich jene, die zur Förderung einer kollektiven europäischen Identität beitragen.“

Tanja Mišćević, die stellvertretende Generalsekretärin des Regional Cooperation Council (RCC), strich per Live-Schaltung die Fortschritte und Lerneffekte hervor, welche sich aus der regionalen Kooperation in den letzten Jahren ergeben hätten.

Das Fazit der Teilnehmerinnen und Teilnehmer an der Gesprächsrunde: Die EU-Erweiterung am Westbalkan befinde sich weder in einer „Sackgasse“, noch gebe es dafür aktuell „freie Fahrt“. Einigkeit herrschte beim Panel jedoch darüber, dass die europäische Perspektive für den Westbalkan weiterhin Priorität bleiben und hoch auf der politischen Agenda stehen müsse.

Österreich hat sich im Rahmen der EU-Zukunftskonferenz gemeinsam mit anderen Mitgliedstaaten für die Einbindung der Länder des Westbalkans eingesetzt. Diese sind seit 23. Oktober 2021 bei den Plenarsitzungen vertreten.

„Die Zukunft Europas aus der Sicht der Jugend des Westbalkans“ – Gemeinsame Diskussionsveranstaltungen des österreichischen und des französischen Parlaments

Die Europäische Union ist ohne die Westbalkan-Staaten nicht komplett

✳ **Am 28. Oktober 2021** kamen auf Einladung des Ständigen EU-Unterausschusses des österreichischen Nationalrates und des Europaausschusses der französischen Nationalversammlung Parlamentsabgeordnete beider Länder mit Jugendlichen aus den Staaten des Westbalkans im Rahmen einer Diskussionsveranstaltung zur EU-Zukunftskonferenz zusammen. Diese erste von zwei Debatten der Veranstaltungsreihe fand unter dem Titel „Die Zukunft Europas aus Sicht der Jugend des Westbalkans“ im Dachfoyer der Hofburg in Wien statt. Dabei konnten sich die Teilnehmerinnen und Teilnehmer zu einer breiten Palette von Themen – etwa zur starken Abwanderung der Jugend aus den Westbalkan-Ländern, zu den größten Herausforderungen für die Region im Zusammenhang mit der EU-Beitrittsperspektive oder zu aktuellen Problemen im Bereich Bildung und Umweltschutz – austauschen.

Die Erwartungen an die EU-Mitgliedstaaten und an die europäischen Institutionen standen ebenfalls im Fokus. Die jungen Teilnehmenden aus den sechs Westbalkan-Staaten äußerten sich zu Möglichkeiten, um der starken Abwanderung der Jugend aus den Ländern des Westbalkans entgegenzuwirken. Zu den aus ihrer Sicht größten Herausforderungen und Hindernissen in ihren Heimatländern, die einem EU-Beitritt im Weg stünden, zählen vor allem Korruption, Schwächen im Bereich der Rechtsstaatlichkeit sowie des Schutzes der Menschen- und Minderheitenrechte, erstarkende Nationalismen und teilweise wenig wettbewerbsfähige Volkswirtschaften. Um der Abwanderung junger hochqualifizierter Menschen – dem sogenannten „Brain Drain“ – entgegenzuwirken, sind aus Sicht der Teilnehmenden gezielte Strategien und Maßnahmen erforderlich. Bildung sei der Schlüssel, um den jungen Menschen in der Region mittel- und langfristige Perspektiven aufzuzeigen. Besser aneinander angepasste Bildungssysteme und eine Intensivierung von Austauschprogrammen seien essentiell, um das Zusammengehörigkeitsgefühl zu stärken. Nur so könne man auch auf lange Sicht eine klare pro-europäische Botschaft an die jungen Menschen vermitteln und die Integration des Westbalkans in die EU weiter vorantreiben.

„Der Westbalkan braucht mehr EU.“

So fasste eine Teilnehmerin die Erwartungen seitens der Jugend an die EU-Mitgliedstaaten und die europäischen Institutionen zusammen.



In den anschließenden Stellungnahmen zu den Überlegungen der Jugendlichen bekundeten die Abgeordneten aus Österreich und Frankreich den gemeinsamen Willen, den Annäherungsprozess des Westbalkans an die EU weiterzuführen und die Perspektiven sowie Zukunftschancen für die Jugend in der Region zu fördern. Sie betonten, dass die Zukunft Europas auch in den Händen der Jugend des Westbalkans liege und für sie Möglichkeiten geschaffen werden müssten, um die Werte der EU kennenzulernen. Zugleich liege es auch in der Verantwortung der EU, die Rechtsstaatlichkeit in der Region zu fördern und Mängel im Bereich der Korruptionsbekämpfung zu beheben. Die EU dürfe in der Region kein Vakuum hinterlassen, welches sonst von anderen Großmächten gefüllt werden könnte.

Für die teilnehmenden französischen Abgeordneten zeige der europäische Annäherungsprozess des Westbalkans Fortschritte, doch würden weiterhin Herausforderungen bei der effektiven Einhaltung europäischer Werte bestehen. Denn eine nachhaltige Beitrittsperspektive erfordere vor allem Zeit. Aus französischer Sicht sei die Integration des Westbalkans in die EU daher immer mit der Einhaltung europäischer Werte als wichtigste Bedingung für einen Beitritt verbunden. Die Vorsitzende des Europaausschusses der französischen Nationalversammlung, Sabine Thillaye, hält eine intensive Zusammenarbeit weiterhin für den richtigen Weg, um die gegenseitige Vertrauensbildung und den Integrationsprozess fortzuführen – verbunden mit Maßnahmen im Bildungsbereich, wie geförderte Praktikumsangebote in der EU für Jugendliche aus den Westbalkan-Staaten. Es sei die gemeinsame und geteilte Verantwortung, dass auch interparlamentarische Maßnahmen gesetzt werden, um konkrete Initiativen für den Westbalkan umzusetzen. Während des französischen EU-Ratsvorsitzes im ersten Halbjahr 2022 würden diese Themen auf der Tagesordnung stehen, versicherte Vorsitzende Sabine Thillaye.

Mehr Dynamik und mehr Tempo für den Beitrittsprozess

✳️ Am 9. Dezember 2021 kamen auf Einladung des Ständigen Unterausschusses in Angelegenheiten der Europäischen Union des österreichischen Nationalrates und des Europaausschusses der französischen Nationalversammlung Parlamentsabgeordnete beider Länder mit Jugendlichen aus Österreich, Frankreich und den sechs Staaten des Westbalkans zusammen, um sich über Herausforderungen, Ideen und Erwartungen in Bezug auf die Zukunft des Westbalkans auszutauschen. Als hochrangiger Ansprechpartner für die Fragen und Inputs der jungen Teilnehmenden stand Olivér Várhelyi, EU-Kommissar für Nachbarschaft und Erweiterung, zur Verfügung.

Die Debatte wurde von der französischen Nationalversammlung in Paris organisiert und erfolgte virtuell. Aufbauend auf die in Wien angesprochenen Punkte kam es zu einem regen Austausch über die Herausforderungen innerhalb der Region, die Erwartungshaltungen der jungen Teilnehmenden an die EU sowie eine glaubwürdige europäische Perspektive der sechs Westbalkan-Staaten.

Reinhold Lopatka, Vorsitzender des Ständigen EU-Unterausschusses im österreichischen Nationalrat:

„Dialog ist wichtig – aber noch wichtiger sind konkrete Schritte.“



✳️ © Thomas Topf

Eröffnet wurde die Diskussionsveranstaltung von der Vorsitzenden des Europaausschusses der französischen Nationalversammlung, Sabine Thillaye, die in ihrem Statement unter anderem auf die wirtschaftlichen Herausforderungen in den Westbalkan-Staaten

aufmerksam machte. Demnach sei der Westbalkan zu stark vom Fremdenverkehr abhängig und die Jugendarbeitslosigkeit, auch bedingt durch Schwächen im Bildungssystem, zu hoch. Dies würde zu einer Abwanderung von jungen Menschen aus der Region führen.

Anschließend unterstrich **Reinhold Lopatka** die Bedeutung einer glaubwürdigen europäischen Perspektive für die Staaten des Westbalkans:

„Wir wissen, dass ein Beitritt in unmittelbarer Nähe nicht bevorsteht, aber eine glaubwürdige Perspektive ist notwendig, um auch den jungen Menschen eine Perspektive zu geben, damit sie ihre Heimat nicht verlassen. Meiner Meinung nach gibt es für beide Seiten, die EU und die Staaten des Westbalkans, keine andere Alternative, als in absehbarer Zeit gemeinsam in der EU zusammenzuarbeiten. Das gilt auch für die EU-Zukunftskonferenz: Wenn diese erfolgreich sein soll, dann müssen wir vor allem mit jungen Menschen auf dem ganzen Kontinent reden.“

Es liege im Interesse Österreichs, sich für eine glaubwürdige Perspektive einzusetzen – aus historisch-kulturellen, wirtschaftlichen und (sicherheits-)politischen Gründen. Die Verbindungen zwischen der EU und der Region, aber auch innerhalb der Länder des westlichen Balkans selbst, seien von zentraler Bedeutung – egal ob es sich dabei um Bahnnetze oder das Breitbandinternet handle: „Es geht um Connectivity.“

Olivér Várhelyi, Kommissar für Nachbarschaft und Erweiterung:

„Ihre Stimmen und Ihre Ideen sind das, was wir brauchen, damit Europa stärker und inklusiver wird.“

Kommissar Olivér Várhelyi begrüßte den Austausch mit den Jugendlichen – auch mit Blick auf das Jahr 2022, welches zum „Europäischen Jahr der Jugend“ erklärt worden ist.

Kommissar **Olivér Várhelyi** betonte:

„Wir brauchen eine Zukunft, die Möglichkeiten für Jugendliche schafft – eine Zukunft innerhalb des Westbalkans, mit wirtschaftlichen und sozioökonomischen Perspektiven. Die Europäische Union wird stärker sein, wenn sie die junge Generation berücksichtigt. Die Möglichkeit besteht, die Gelegenheit ist da – Ihre Stimmen und Ihre Ideen sind das, was wir brauchen, damit Europa stärker und inklusiver wird.“

Weiters seien gezielte Investitionen der EU in der Region des Westbalkans – vor allem in den Bereichen der Digitalisierung oder des „grünen“ Wandels – von hoher Bedeutung, um neue Arbeitsmöglichkeiten für Jugendliche zu schaffen. Um die Jugendarbeitslosigkeit zu bekämpfen, würde die Kommission im Rahmen des Wirtschafts- und Investitionsplans mit einem Gesamtvolumen von 30 Milliarden Euro unter anderem Innovation und Start-ups fördern, aber auch gezielt Klein- und Mittelunternehmen unterstützen. Damit junge Menschen in der Region bleiben, müsse das Lohnniveau 60 bis 65 Prozent von jenem in den EU-Staaten erreichen, so Kommissar Olivér Várhelyi.

Im Anschluss hatten die jungen Teilnehmenden aus den Westbalkan-Ländern sowie aus Österreich und Frankreich die Möglichkeit, ihre Anliegen, Ideen und Vorstellungen zur Zukunft der Region mit den Abgeordneten zu diskutieren. Übereinstimmend sprachen sich die Diskutantinnen und Diskutanten für eine möglichst schnelle glaubwürdige Beitrittsperspektive aus. Einigkeit bestand ebenfalls in Bezug auf die Bildungssysteme, die sich stärker an den Anforderungen moderner Arbeitsmärkte ausrichten sollten, die hohe Jugendarbeitslosenquote sowie Fragen der Mobilität und des visafreien Reisens. Letzteres ist besonders für die jungen Teilnehmenden aus der Republik Kosovo relevant, denn sie sind Bürgerinnen und Bürger des einzigen Westbalkan-Landes, welche nach wie vor ein Visum benötigen, um in den Schengen-Raum einreisen zu dürfen.

Auch die Abgeordneten aus Österreich und Frankreich sahen die Notwendigkeit, dem sogenannten „Brain Drain“ – dem Wegzug hochqualifizierter Arbeitskräfte – in der Region entgegenzusteuern. Hier könnte die EU durch Programme wie „Erasmus+“, die „Jugendgarantie“ und Investitionen eine entscheidende Rolle spielen, um Perspektiven vor Ort zu schaffen. Als konkrete Lösungsansätze wurden unter anderem eine verstärkte grenzübergreifende Zusammenarbeit der nationalen Zivildienste, die Ausweitung des Europäischen Solidaritätskorps auf den Westbalkan sowie intensivere Kooperationen bei Projekten und Initiativen in zukunftssträchtigen Sparten genannt. Auf politischer Ebene gelte es, nachhaltige Reformen voranzutreiben und trotz aller Herausforderungen an der Erweiterungsperspektive festzuhalten.

Abschließend strich der Vorsitzende des EU-Unterausschusses im Nationalrat, **Reinhold Lopatka**, die Verantwortung der Politik hervor, sich weiter für eine europäische Perspektive für die Westbalkan-Staaten einzusetzen. Denn Umfragen würden zeigen, dass etwa in der österreichischen Bevölkerung große Skepsis gegenüber der EU-Erweiterung bestehe:

„Hier ist die Politik gefordert, hier sind wir gefordert, kontinuierlich Aufklärung zu betreiben. Ohne die Westbalkan-Staaten ist die EU nicht komplett. Der Westbalkan gehört zu Europa. Auf dem Weg dorthin müssen wir vor allem zwei Dinge vorantreiben: Mehr Dynamik und mehr Tempo.“



* © Thomas Topf



✳ Europäisches Forum Alpbach © BKA/Florian Schrötter



Europäisches Forum Alpbach 2021

Im Rahmen des Europäischen Forum Alpbach, das im Jahr 2021 ✨ von **18. August bis 3. September** stattfand, befasste sich eine von zahlreichen hochkarätigen Panel-diskussionen mit Europas größten Herausforderungen – „**Facing Europe's Major Challenges**“. An der Veranstaltung nahmen neben Europaministerin Karoline Edtstadler die ungarische Justizministerin Judit Varga, Florence Gaub, Vizepräsidentin des Europäischen Forum Alpbach, sowie Margaritis Schinas, Vizepräsident der Kommission und Kommissar für die Förderung unserer europäischen Lebensweise, teil.

Befragt nach ihren „Lessons Learned“ aus der Pandemie, betonte die ungarische Justizministerin **Judit Varga**:

„Ein wesentlicher Lerneffekt sind Dialog und Respekt, auch für andere Meinungen. ‚Einheit in der Vielfalt‘ ist zurecht das Motto der EU, beides ist wichtig. Ungarn glaubt an ein starkes Europa und an starke Mitgliedstaaten. Wichtig ist ein gemeinsamer europäischer Ansatz, Strategien müssen gemeinsam, ‚im Kanon‘ entwickelt werden.“

Margaritis Schinas, Vizepräsident der Kommission, strich die bereits erzielten Erfolge der EU hervor:

„Wir alle – EU-Institutionen, Mitgliedstaaten, die ‚Erasmus-Generation‘, lokale und regionale Akteurinnen und Akteure, Berufsverbände – sollten selbstbewusst die Stärken und Vorteile der EU kommunizieren. Auf das Erreichte sollten wir stolz sein und uns nun dem widmen, was auf europäischer Ebene noch ‚fehlt‘.“

Zu den drei größten Herausforderungen für die EU zählen aus Sicht von Margaritis Schinas, Vizepräsident der Kommission, ein gemeinsamer Ansatz in der Migrationspolitik, die strategische Autonomie der EU sowie die Außen- und Sicherheitspolitik. Europaministerin Karoline Edtstadler betonte unter anderem die Bedeutung der nach dem Tiroler Bergdorf benannten „Alpbach-Deklaration“.

Alpbach Declaration on the Future of Europe

Die „Alpbach-Deklaration“ wurde am 2. September 2021 in Alpbach von Europaministerin Karoline Edtstadler, der ungarischen Justizministerin Judit Varga, dem irischen Europaminister Thomas Byrne, dem Stellvertretenden Außenminister für europäische Angelegenheiten aus Griechenland, Miltiadis Varvitsiotis, und dem spanischen Staatssekretär für die Europäische Union, Juan González-Barba, unterzeichnet.

Unterstützt wird die Erklärung mittlerweile auch von Zypern und Tschechien. Anwesend waren zudem Dubravka Šuica, Vizepräsidentin der Kommission für Demokratie und Demografie, sowie Margaritis Schinas, Vizepräsident der Kommission und als Kommissar für die Förderung unserer europäischen Lebensweise zuständig für Migration, Gleichheit und Diversität. Die Erklärung betont die Wichtigkeit der EU-Zukunftskonferenz, aber auch die Absicht, zentrale Herausforderungen wie Klimawandel, Migration, Terrorismus und die Auswirkungen von Covid-19 gemeinsam bewältigen zu wollen.



* Unterzeichnung der „Alpbach Declaration on the Future of Europe“ © BKA/Florian Schrötter



Alpbach Declaration on the Future of Europe

We, the Ministers and State Secretaries responsible for European Affairs of Austria, Greece, Hungary, Ireland and Spain have gathered in Alpbach to discuss the future of the European Union. In the spirit of the European Forum Alpbach, we engaged in discussing current challenges. We carefully listened to each other in order to understand the various perspectives and ideas. Cyprus and the Czech Republic subsequently expressed their support and joined this Declaration.

We strive to overcome today's major challenges such as climate change, migration, terrorism and the repercussions of COVID-19 together. We have a common interest in a European Union that is internationally competitive, promotes common values, has a strong voice in the world, and sustainable and innovative economies.

Naturally, opinions on how to achieve our objectives may diverge. It is however clear that we can only succeed if we act in a spirit of unity.

The European Union will be successful as long as it listens to the citizens. We therefore reaffirm the importance of the Conference on the Future of Europe. It is crucial to make full use of the potential of the Conference and to strive for tangible results. We welcome that the concrete work has now started. As the European Union seeks to emerge stronger from the COVID-19 crisis, it is time for a broad debate.

We call on European citizens from all walks of life and corners of Europe to participate. We especially encourage young Europeans to pitch in, since they have a central role in shaping the future of the European project.

We are ready to continue the process of the Conference on the Future of Europe with sincere commitment towards its success!

 Karoline Edtstadler
Austria

 Judit Varga
Hungary

 Thomas Byrne
Ireland

 Miltiadis Varvitsiotis
Greece

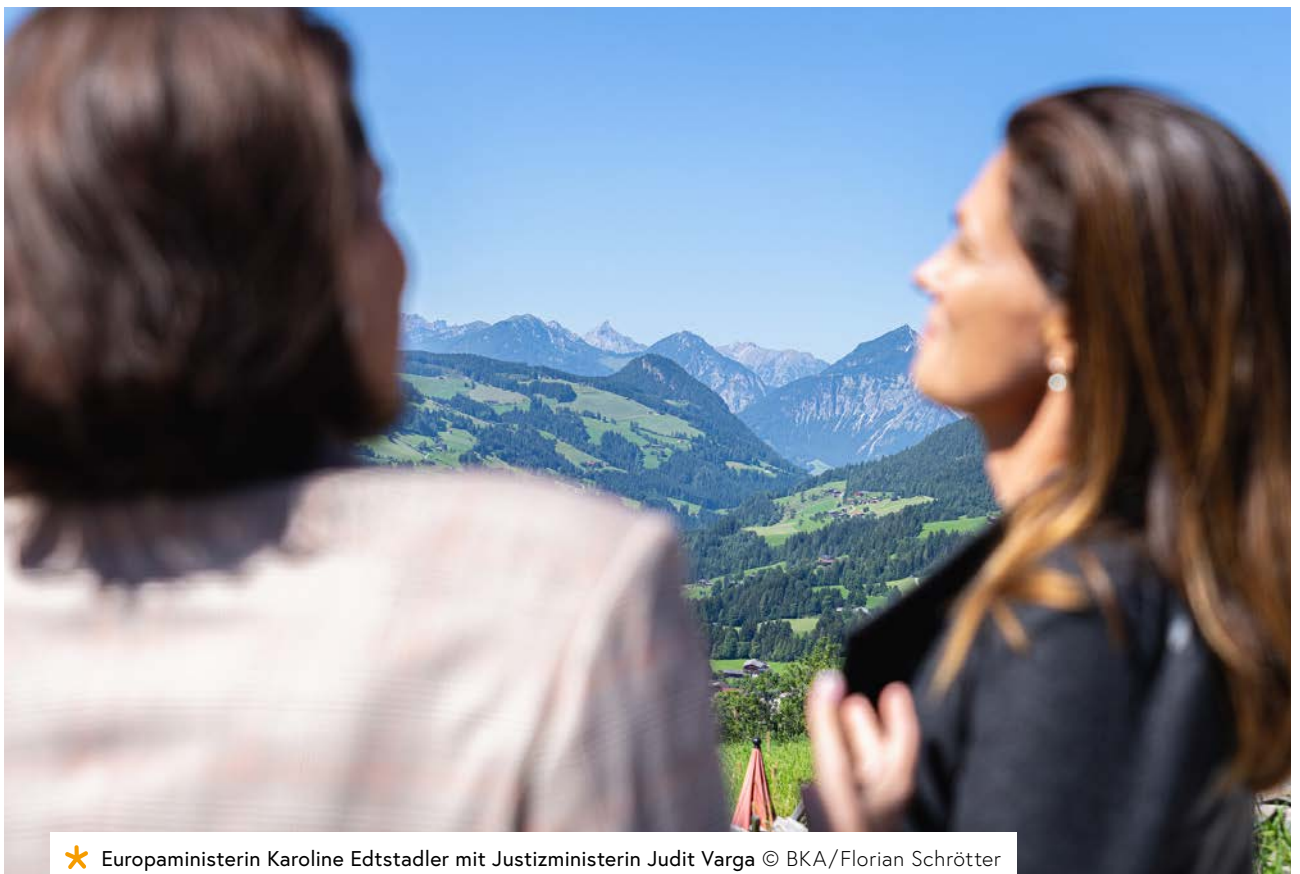
 Juan González-Barba
Spain

 Nikos Christodoulides
Cyprus

 Jakub Kulhánek
Czech Republic

„Wir haben ein gemeinsames Interesse an einer Europäischen Union, die international wettbewerbsfähig ist, gemeinsame Werte fördert, eine starke Stimme in der Welt hat, und an nachhaltigen und innovativen Volkswirtschaften“, heißt es in dem Text. Ausdrücklich wird auch darauf hingewiesen, dass die Ansichten, wie diese Ziele erreicht werden könnten, auseinandergehen können. „Aber es ist klar, dass wir nur erfolgreich sein können, wenn wir in einem Geist der Einheit handeln.“

Auch am Rande des Europäischen Forum Alpbach setzte Europaministerin Karoline Edtstadler einen EU-Zukunftsschwerpunkt. Auf Initiative der Europaministerin fanden von 1. bis 3. September 2021 mehrere „EU-Retreats“ mit Amtskolleginnen und -kollegen aus Ungarn, Irland, Griechenland und einer Vertreterin sowie einem Vertreter der Kommission statt; Schwerpunkt dabei war die EU-Zukunftskonferenz. Im Fokus der Gespräche standen unter anderem die Reform der europäischen Institutionen und die Rolle der EU in der Welt.



* Europaministerin Karoline Edtstadler mit Justizministerin Judit Varga © BKA/Florian Schrötter

Junge Stimmen aus Alpbach zur Zukunft Europas

Ideen und Impulse zur Zukunft Europas standen auch am Programm bei einem Gedankenaustausch mit österreichischen Jugendlichen, die ein Stipendium für den Aufenthalt in Alpbach erhalten hatten. Die „großen Themen“ wie Migration oder Klimawandel würden nicht vor regionalen Grenzen Halt machen, betonte Europaministerin Karoline Edtstadler dabei. Sie rief insbesondere die jungen Menschen auf, sich aktiv in die EU-Zukunftskonferenz einzubringen.



✦ © BKA/Florian Schrötter

„Zukunft ist ein starkes Wort. Sie betrifft uns alle, vor allem uns Jugendliche. Ich studiere in Wien, komme aber aus Raabs an der Thaya, kenne daher das Stadt- und Landleben und zwei unterschiedliche Perspektiven. Der Breitbandausbau und Maßnahmen für mehr Nachhaltigkeit sind mir besondere Anliegen. Die EU-Zukunftskonferenz macht es uns möglich, dass wir uns am politischen Prozess beteiligen. Beteiligt euch mit euren Themen auf den Kanälen der EU-Zukunftskonferenz – auf Social Media oder auf der Website!“

Valentina Gutkas, Wien und Niederösterreich; Vertreterin der österreichischen Bürgerinnen und Bürger bei der EU-Zukunftskonferenz



✦ © BKA/Florian Schrötter

„Wenn wir die Möglichkeit haben, uns an der EU-Zukunftskonferenz zu beteiligen, dann müssen wir diese Chance nützen. Wir sollten nicht nur über die Zukunft reden, sondern konkrete Ideen einbringen! Egal, welche unterschiedlichen Positionen die Mitgliedstaaten vertreten: Mir ist besonders wichtig, dass Programme wie ‚Erasmus+‘ weiter ausgebaut werden. Wenn wir den interkulturellen Austausch fördern, werden wir in Zukunft auch Herausforderungen wie Klimawandel, Migration oder die Zukunft des Wirtschaftsstandorts besser bewältigen können.“

Boris Galic, Wien

„Hallo aus Alpbach! Ich bezeichne mich als waschechte Europäerin, da ich schon in sechs Ländern gewohnt und in mehreren EU-Staaten studiert habe. Ich arbeite aktuell in Brüssel. Es ist wahnsinnig wichtig, dass sich jede und jeder Interessierte einbringen kann. Normalerweise haben wir nur Wahlen als politischen Kanal, nun haben wir eine digitale Plattform in 24 Sprachen, um Ideen auszutauschen, Anliegen oder Wünsche zu äußern. Die EU-Zukunftskonferenz bietet die Möglichkeit, Themen, die uns bewegen – wie mich zum Beispiel Klimaschutz, die soziale Konvergenz in Europa, Digitalisierung – auf den Weg zu bringen. Beteiligt euch gezielt bei den Themen, die euch interessieren.“

Anaïs Gradingner, Oberösterreich



✦ © BKA/Florian Schrötter


„Wir reden viel über Hausforderungen, die in Zukunft vor allem uns Jugendliche betreffen werden. Das ist natürlich der Klimaschutz, aber auch die Digitalisierung und wie wir künftig mit Pandemien umgehen. So lange wir in den engen Grenzen der Nationalstaaten denken, so lange werden wir auch nur begrenzte Lösungen für diese großen Fragen finden. Deshalb ist es mir besonders wichtig, dass wir – alle Europäerinnen und Europäer, besonders wir Jungen – gemeinsam überlegen, wie die Zukunft der EU gestaltet sein wird, wo wir besser werden müssen. Ein Anliegen wäre mir, dass internationale Steuern besser geregelt und die Institutionen reformiert werden. Nur gemeinsam können wir große Fragen angehen, und darum benötigen wir Initiativen wie die EU-Zukunftskonferenz.“

Kilian Posch, Steiermark



✦ © BKA/Florian Schrötter

„Conference Conversations“ – Online-Dialog zum Zwischenstand der EU-Zukunftskonferenz

Wie gut funktioniert die EU-Zukunftskonferenz bis dato? Gelingt die Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger? Und wie werden Stimmen und Perspektiven junger Menschen in die Konferenz miteinbezogen? Diese Fragen standen am  **22. November 2021** im Mittelpunkt des siebten interaktiven Online-Talkformats „**Conference Conversations**“ der Bertelsmann Stiftung, welches einmal im Monat zu Themen rund um die EU-Zukunftskonferenz stattfindet. Neben Europaministerin Karoline Edtstadler nahmen die Vizepräsidentin der Kommission und Kommissarin für Demokratie und Demografie und Vizepräsidentin der Kommission, Dubravka Šuica, die Gewerkschafterin und Abgeordnete des Europäischen Parlaments, Gabriele Bischoff, Alberto Alemanno, Professor der Jean-Monnet-Universität in Paris, sowie Dominik Hierlemann, Senior Expert der Bertelsmann-Stiftung, an der Online-Diskussion teil. Gleich zu Beginn des Dialogs wies die Vizepräsidentin der Kommission, Dubravka Šuica, auf die bisherigen Erfolge der EU-Zukunftskonferenz hin. Ihrer Meinung nach hätten vor allem die europäischen Bürgerforen im Rahmen der Konferenz einen unmittelbaren Effekt auf den Fortschritt der Initiative.

„Die europäischen Bürgerforen bringen Bürgerinnen und Bürger aus allen EU-Mitgliedstaaten zusammen, was beweist, dass dieser paneuropäische Dialog erfolgreich sein kann. Auch bei anderen Veranstaltungen auf europäischer, nationaler, regionaler oder lokaler Ebene haben wir eine große Beteiligung.“

Vizepräsidentin der Kommission, **Dubravka Šuica**

Europaministerin Karoline Edtstadler nahm in ihrem Statement Bezug auf die Bedeutung der EU-Zukunftskonferenz und die – vor allem durch die Covid-19-Pandemie – anfangs aufgetretenen Herausforderungen, die Konferenz einem breiten Publikum nahe zu bringen. Die Vizepräsidentin der Kommission, Dubravka Šuica, unterstrich anschließend die Wichtigkeit des österreichischen Ansatzes mit Bezug auf die Initiative der Europa-Gemeinderätinnen und Europa-Gemeinderäte. Auf die Frage, wie die EU-Zukunftskonferenz zur Stärkung der Demokratie in der EU beitragen könne, betonte sie die Rolle der Bürgerinnen und Bürger, auch in Zukunft ein aktiver Teil bei der Politikgestaltung der EU zu sein.

„Wir denken daher über einen dauerhaften Mechanismus nach, um dies zu gewährleisten. Die digitale Plattform der EU-Zukunftskonferenz könnte dieses Instrument sein, um auch weiterhin mit den Bürgerinnen und Bürgern in Kontakt zu bleiben.“

Vizepräsidentin der Kommission, **Dubravka Šuica**

Abschließend nannten die Teilnehmenden ihre Wünsche in Bezug auf die EU-Zukunftskonferenz und auf die Zukunft Europas im Allgemeinen. Für die Vizepräsidentin der Kommission, Dubravka Šuica, steht die EU-Zukunftskonferenz im direkten Zusammenhang mit der europäischen Demokratie, die, so erhoffe sie, durch die Konferenz auf ein „neues Level“ gehoben werden soll.

„Ich wünsche mir, dass die Konferenz ein Fundament schafft, damit alle Europäerinnen und Europäer öfter zusammenkommen, um über ihre gemeinsame Zukunft zu diskutieren.“

Vizepräsidentin der Kommission, **Dubravka Šuica**

Dreisesseltreffen mit Tschechien und Bayern


Europaministerin Karoline Edtstadler nahm am **✳ 5. Oktober 2021** am sogenannten „Dreisesseltreffen“ in Bayern teil. Dort traf sie den damaligen tschechischen Minister für auswärtige Angelegenheiten, Jakub Kulhánek, die bayrische Staatsministerin für EU und Internationales, Melanie Huml, sowie Vertreterinnen und Vertreter der Dreiländer-Region, um ein gemeinsames Signal des Aufbruchs nach der Zeit der pandemiebedingten Grenzsicherungen zu setzen.

Im Gespräch verständigten sich die Teilnehmenden auf eine Intensivierung der regionalen Kooperation, vor allem mit Fokus auf Themen wie die EU-Zukunftskonferenz, Jugendaustausch, Kultur und die verstärkte Forschungszusammenarbeit im Rahmen von „Horizon Europe“. Am Rande des Treffens wurde die „Alpbach-Deklaration“ zur Zukunft Europas durch den damaligen tschechischen Außenminister Kulhánek unterzeichnet.



✳ Trilateraler Austausch: Bayern, Österreich, Tschechien © BKA/Florian Schrötter

Diskussion am Collège d'Europe in Natolin

Anlässlich ihres Arbeitsbesuchs in Warschau, Polen, hielt Europaministerin Karoline Edtstadler am  **14. Februar 2022** eine Rede vor Studentinnen und Studenten am Campus des Collège d'Europe in Natolin. Im Mittelpunkt stand dabei die Frage „Europäische Union, quo vadis?“. Damit verbunden war eine Diskussion über die künftige Entwicklung und die großen Herausforderungen für die EU. Anschließend hatten die Studierenden die Möglichkeit, sich mit der Europaministerin zu den Themen Rechtsstaatlichkeit, Demokratie in Europa und zur Rolle Österreichs bei der Bewältigung globaler Herausforderungen auszutauschen.

Europaministerin Karoline Edtstadler führte aus, dass Klimawandel, Digitalisierung und die Verteidigung europäischer Werte aktuell die größten Herausforderungen für die EU seien. „Wir sind uns darüber einig, dass wir die CO₂-Emissionen weltweit reduzieren müssen. Dazu haben wir auf europäischer Ebene den ‚Green Deal‘, das ‚Fit for 55‘-Paket und eine Reihe von Maßnahmen auf den Weg gebracht.“ Bis 2050 soll Europa der erste klimaneutrale Kontinent werden, gleichzeitig aber auch nachhaltiges Wachstum ermöglichen.

Nach ihrer Rede beantwortete sie die Fragen der Studierenden, unter anderem in Bezug auf Möglichkeiten zur Stärkung der Demokratie und der Rechtsstaatlichkeit innerhalb der EU sowie zur Situation in der Ukraine. Die europäischen Werte – Rechtsstaatlichkeit, Menschenrechte und Demokratie – dürften nicht als „selbstverständlich gegeben“ angesehen werden, strich die Europaministerin hervor. Großes Interesse zeigten die Studentinnen und Studenten auch an der aktuellen Krise um die Ukraine und der damit verbundenen Rolle Österreichs:

„Europa ist aktuell geographisch umgeben von mehreren Konflikt-herden. Sanktionen sind ein Weg der EU, um darauf zu reagieren. Wir werden alles daransetzen, auch innerhalb der EU mit einer gemeinsamen Stimme zu sprechen. Daher sollten Sanktionen klar und gemeinschaftlich formuliert sowie zeitlich begrenzt verhängt werden.“

In Bezug auf die Situation in der Ukraine hob die Europaministerin hervor, dass deeskalierende Schritte gefragt seien. Österreich, mitten im Herzen Europas gelegen, könne eine diplomatisch vermittelnde Rolle einnehmen und eine Plattform für Gespräche anbieten, wie dies auch in der Vergangenheit bereits häufig erfolgt sei.

Aber, so stellte Europaministerin **Karoline Edtstadler** klar:

„Wir stehen hier ganz klar an der Seite Polens als unmittelbarer Nachbar, an der Seite der Souveränität der Ukraine. Sollte es zu einem Bruch von Völkerrecht durch Russland kommen, dann wird Österreich ganz klar die Sanktionen der Europäischen Union mittragen.“



* Diskussion am Collège d'Europe im polnischen Natolin © BKA/Hans Hofer



Stimmen zur Zukunft Europas



„Alles, was wir besprechen, kann europäisch gelöst werden. Wir brauchen die Kapitalmarktunion, wir brauchen die Bankenunion und wir müssen in Europa Wachstum schaffen. Die wichtigen Themen dabei sind Innovation und Digitalisierung. Und natürlich müssen wir all dies tun, um weiterhin eine CO₂-neutrale Wirtschaft zu unterstützen. Es wurde in den einzelnen Bereichen viel ins Leben gerufen, aber es muss mehr passieren, um auch in Konkurrenz zu den amerikanischen und anderen globalen Märkten zu bestehen. Ich bin insgesamt zuversichtlich, dass wir den richtigen Weg eingeschlagen haben. Diesen Weg müssen wir mit großer Konsequenz weitergehen.“

Ingrid Hengster Country CEO Germany, Barclays
© Stephan Pick, Pickfotografie



„Innerhalb der EU müssen die Rahmenbedingungen und das Regelwerk für die hohe Lebensqualität weiterbestehen und laufend angepasst werden, etwa im Bereich der Kreislaufwirtschaft. Dafür ist die Förderung von echten Innovationen, neuen Technologien und Spitzenprodukten erforderlich.“

Thomas Gangl Vorstandsvorsitzender der Borealis AG
© Borealis



„Ich erhoffe mir von der EU der Zukunft, dass sich Europa den Herausforderungen stellt, zum Beispiel, wie man künftig gemeinsam schneller aus einer Krise wie der Covid-19-Pandemie kommt.“

Felix Dornhofer Europa-Gemeinderat, Ragnitz, Steiermark
© Privat



„Der Standort Österreich kann durch die fortgeschrittene Digitalisierung in der Industrie punkten. Zahlreiche Projekte wie die größte grüne Wasserstoffpilotanlage der voestalpine (H2FUTURE) oder die ‚Aspern Smart City Research‘ GmbH (ASCR) als Europas größtes und innovativstes Energieforschungsprojekt sind Beispiele für die Vorreiterrolle Österreichs bei der Umsetzung der digitalen und ‚grünen‘ Ziele der EU.“

Wolfgang Hesoun Vorstandsvorsitzender der Siemens AG
© Photo Simonis



„Österreich hat auch als mittelgroßes Land in der EU viel zu sagen. Auf der internationalen Bühne sollte die Europäische Union viel stärker mit einer Stimme sprechen. Denn Herausforderungen wie der Klimawandel, die Migration und andere globale Fragen können nur gemeinsam erfolgreich bewältigt werden.“

Elodie Arpa © Parlamentsdirektion/Thomas Topf



„Mit klaren und ambitionierten Vorgaben der EU und durch Schaffung rechtlicher Rahmenbedingungen können größere Schritte in Richtung Umweltschutz gemacht werden. Auch die globalen Umweltprobleme wie Erderwärmung oder Biodiversitätsverlust bedürfen eines abgestimmten Handelns.“

Selma Arapović Europa-Gemeinderätin, Wien-Leopoldstadt
© NEOS



„Von entscheidender Bedeutung für die nächsten Jahre ist der Fachkräftemangel. Hochspezialisierte Unternehmen und Start-ups benötigen Talente auch aus Ländern außerhalb der EU. Gleichzeitig sollten die Bildungssysteme in Österreich und der EU mittel- und langfristig selbst die dringend benötigten Arbeitskräfte auf allen Ebenen ausbilden.“

Oliver Holle Gründer und CEO von Speedinvest
© Klaus Vyhnalek



„Ich würde mir ein besseres Marketing der EU wünschen und eine transparentere Politik. Brüssel ist sehr weit weg von jeder Einzelnen/ jedem Einzelnen.“

Ludwig Glaser Europa-Gemeinderat, Stumm, Tirol
© Faun in Stumm



„Digitale ‚Fitness‘ beginnt bereits im Kindergartenalter und beinhaltet sowohl lebenslanges Lernen auf betrieblicher Ebene und darüber hinaus auch den Ausbau von Exzellenzinitiativen auf Hochschulniveau. Nur mit entsprechendem Wissen und Bewusstseinsbildung können hohe Sicherheitsstandards in der digitalen Welt erfolgreich angewandt werden.“

Alexander Mitter CEO von KSV1870 © KSV1870 Nimbusec GmbH



„Grassroots-Bewegungen werden immer bedeutender. Es ist wichtig, bei Fragen zur Rolle der EU in der Welt die Bürgerinnen und Bürger auf allen Ebenen ‚mitzunehmen‘. Dabei spielt eine verstärkte Kommunikation über die Errungenschaften der europäischen Integration eine große Rolle.“

Ursula Plassnik Bundesministerin außer Dienst
© Privat



„Covid-19 zeigt, wie die Welt zusammenhängt, wo es aber auch Sinn macht, nationale Systeme zu stärken, um Abhängigkeiten zu entgehen. Die EU sollte sich mehr um die Umwelt und das Klima kümmern, damit Europa eine langfristige Zukunft hat.“

Daniela Kreamsberger Europa-Gemeinderätin, Leobendorf, Niederösterreich
© Grüne



„Der größte Wettbewerbsvorteil der Europäischen Union sind Rechtsstaatlichkeit, Nachhaltigkeit und die Wertegemeinschaft, die uns antreibt. Wir sollten unsere Werte verstärkt zum Geschäftsmodell machen, unsere Lebensqualität bewusst einsetzen und uns dadurch als ‚besserer‘ Standort im Vergleich zu anderen Weltregionen positionieren. Nur so können wir bei wichtigen Themen mehr Resilienz schaffen und technologisch souverän werden.“

Isabell Claus Co-Founder & Geschäftsführerin von thinkers.ai © Gerhard Roza

10. Zukunftslabore – Diskussionsräume zur Zukunft Europas

Auf Einladung von Europaministerin Karoline Edtstadler fand von Mai 2021 bis März 2022 in Wien eine Serie von „Zukunftslaboren“ mit Expertinnen und Experten aus unterschiedlichen Themenfeldern statt.

Ziel des Formats der „Zukunftslabore“ war es, Vertreterinnen und Vertreter aus Bereichen wie Wirtschaft und Industrie, Kunst und Kultur, Wissenschaft und Forschung in die Debatte über die künftige Entwicklung der EU aktiv einzubinden und konkrete Vorschläge zu generieren.

Für einen offenen Dialog im Rahmen der EU-Zukunftskonferenz sollten nicht nur die Wünsche der Bürgerinnen und Bürger, sondern auch die Expertise und Erfahrungen von diversen Stakeholderinnen und Stakeholdern berücksichtigt werden. Diese inhaltliche Ausrichtung sollte dazu beitragen, ein möglichst buntes, vielfältiges Bild an Ideen, Initiativen und Inputs zu sammeln.

✳ „Strategischer Industriestandort Europa“ am 12. Mai 2021

Die Wettbewerbsfähigkeit der österreichischen und europäischen Wirtschaft gegenüber den USA, die Sicherstellung der Energieversorgung in Europa, die Auswirkungen des „Green Deal“ der EU oder die Stärkung des Industriesektors in Europa – diese und weitere Themen standen im Mittelpunkt des „Zukunftslabors“ von Europaministerin Karoline Edtstadler mit Vertretern der österreichischen Industrie im Bundeskanzleramt, an dem Georg Knill, geschäftsführender Gesellschafter der Knill-Gruppe und Präsident der Industriellenvereinigung, Axel Kühner, Vorstandsvorsitzender der Greiner AG, Robert Ottel, Mitglied des Vorstands und Chief Financial Officer (CFO) der voestalpine AG, und Wolfgang Hesoun, Vorstandsvorsitzender der Siemens AG, teilnahmen.

Der digitale und „grüne“ Wandel könne nur im Einklang mit der Wirtschaft und Industrie erfolgen, so die Diskussionsteilnehmenden. Um wettbewerbsfähig zu bleiben, müsse die EU insbesondere auf Exzellenz und Spitzenforschung setzen. Die EU sollte raschere Entscheidungsprozesse implementieren und schneller zu einheitlichen Positionen kommen, um nach außen hin mit einer Stimme wahrgenommen zu werden. Im „Digitalisierungswettlauf“ mit anderen globalen Playern sei mehr Datenfreiheit notwendig. Grundlage für eine erfolgreiche Industrie sei eine sichere Energieversorgung in der EU. Österreichs Vorteil im internationalen Wettbewerb liege in der engen Vernetzung als kleines Land, was sich am Beispiel der Kunststoffindustrie zeige, wo innerhalb von 100 Kilometern alle relevanten Akteurinnen und Akteure der Wertschöpfungskette zu finden seien. Als „Hemmschuhe für rasche Veränderungen“ sahen die Diskussionsteilnehmenden unter anderem die hohe Regulierungsdichte und die langsamen Entscheidungsfindungsprozesse in der EU. Vorteile des österreichischen beziehungsweise europäischen



✳ © BKA/Andy Wenzel

Wirtschaftsstandorts seien dagegen die funktionierenden Wertschöpfungsketten auf engem Raum, die mit funktionierender Infrastruktur gekoppelt seien.

Gegenüber den USA und anderen staatlichen und nichtstaatlichen Global Playern müssten sich die EU-Staaten besser untereinander abstimmen und einheitlich positionieren, um als gleichberechtigte Partner im weltweiten Wettbewerb wahr- und ernstgenommen zu werden. Auch in Bezug auf wirtschaftliche Aktivitäten wie Kreditvergaben oder Infrastrukturfinanzierungen etwa in den Westbalkan-Staaten müsse die EU stärker auftreten.

„Klimawandel und Innovation“ am 17. Mai 2021

Europaministerin Karoline Edtstadler tauschte sich im Rahmen eines „Zukunftslabors“ im Bundeskanzleramt mit Vertreterinnen und Vertretern international agierender Konzerne zu den Themen Klimawandel und Innovation in der EU aus. Zum geladenen Kreis der Diskussionsteilnehmerinnen und -teilnehmer zählten Sabine Herlitschka, Vorstandsvorsitzende der Infineon Technologies AG, Thomas Gangl, Vorstandsvorsitzender der Borealis AG, Herbert Ortner, Vorstandsmitglied der B&C Privatstiftung, und der ehemalige Vorstandsvorsitzende der Verbund AG, Wolfgang Anzengruber.

Europaministerin Karoline Edtstadler betonte, dass mit dem „Fit for 55“-Paket der Kommission konkrete Maßnahmen zur Erreichung der ambitionierten Klimaziele der EU vorliegen würden. Österreich unterstütze den „Green Deal“ und plane auch, die durch den EU-Aufbauplan bereitgestellten Mittel bestmöglich nutzen zu wollen. Die Diskussionsteilnehmenden stimmten darin überein, dass man gegenüber China oder den USA ein starkes Gegenkonzept erarbeiten müsse.

Schlüsselemente für die Umsetzung der EU-Klimaziele seien Exzellenz, Innovation und Bildung, so die am „Zukunftslabor“ Teilnehmenden. Die Covid-19-Pandemie könne in diesem Sinne auch als positive Chance für Veränderungen genützt werden. Dabei müsse man auf Prioritäten setzen und nicht in allen Bereichen Nummer eins sein wollen. Wichtig sei dabei, Stärken auszubauen und Schwerpunkte dort zu setzen, wo bereits Know-how vorhanden sei – innerhalb der Europäischen Union etwa in den Bereichen Digitalisierung oder Elektromobilität. Nachhaltiges Wachstum, Beschäftigung und Wohlstand seien zentrale Elemente für die Zukunft der EU.

Zur Erreichung der EU-Klimaziele seien konkrete, mittelfristig planbare Umsetzungsschritte und ein darauf basierendes Umsetzungs-Monitoring wichtig, um Investitionen dahingehend zu überprüfen, ob sie anhand messbarer Indikatoren ihre Wirkung erzielen würden. Wichtig sei zudem, dass Technologie in der EU erhalten bleiben müsse (Technologie-Souveränität), auch wenn die Pandemie die starke Rohstoffabhängigkeit der EU aufgezeigt habe. Dies gelinge, indem man Wettbewerbsfähigkeit durch Know-how schaffe.



Für international agierende Konzerne seien zudem ein globaler Rahmen und Rechtssicherheit für die Geschäftstätigkeit von Vorteil. Um den Klimawandel zu bewältigen, sei eine positiv geprägte Kommunikation und die Sichtbarkeit erfolgreicher Innovationen auf europäischer und nationaler Ebene notwendig. In der Bevölkerung gebe es eine hohe Erwartungshaltung, was die Umsetzungsgeschwindigkeit von Klimaschutz-Maßnahmen betreffe, betonten die an der Diskussion Teilnehmenden.

✳ „Sicherheit in einem gemeinsamen europäischen Datenraum“ am 2. Juni 2021

Wie können europäische Unternehmen global erfolgreich agieren und gleichzeitig hohe Standards in den Bereichen Datenschutz und Cybersicherheit gewährleisten? Wie kann das Potential der Digitalisierung erfolgreich genutzt werden? Diese und weitere Fragen standen im Fokus eines „Zukunftslabors“ von Europaministerin Karoline Edtstadler mit Gesprächspartnerinnen und -partnern von in diesen Bereichen tätigen Konzernen, die sich im Kuratorium Sicheres Österreich (KSÖ) engagieren. Das KSÖ war bei der Diskussion im Bundeskanzleramt durch Präsident Erwin Hameseder, des Weiteren durch Christian Domany (Vizepräsident), Wolfgang Ebner (Kassier) und Nina Lombardini (Koordination) vertreten. Österreichische Firmen und Stakeholder waren durch Wolfgang Schwabl, Cyber Security Officer der A1 Telekom Austria, Andreas Tomek, Partner IT-Advisory/Cyber Security von der KPMG Security Services GmbH, und Robert Lamprecht, ebenfalls für die KPMG Security Services GmbH tätig, repräsentiert. An der Diskussionsrunde nahmen zudem Alexander Mitter, CEO von KSV1870, Christof Pertl, IT Security Officer von ÖAMTC, der Geschäftsführer der Österreichischen Staatsdruckerei, Lukas Praml, sowie Peter Gerdenitsch, Cyber Security bei der Raiffeisen Bank International, teil.

Eines der zehn Themen im Rahmen der EU-Zukunftskonferenz ist „Digitaler Wandel“, daher sei der Austausch mit der Bevölkerung, aber auch mit Expertinnen und Experten, wichtig, betonte Europaministerin **Karoline Edtstadler**:

„Das Potenzial und die Bedeutung des digitalen Raums ist für Europa im globalen Wettbewerb entscheidend. Die Pandemie hat die Chancen der Digitalisierung, aber auch Herausforderungen und Risiken wie Hass im Netz, Desinformation sowie Cyberbedrohungen, verdeutlicht. Die EU muss sich intern im Bereich Cybersicherheit besser vernetzen und auf mehr Tempo setzen. Projekte wie das digitale grüne Zertifikat, aber auch die digitale Identität, müssen rasch, aber sicher umgesetzt werden.“

Einhelliger Tenor der Gesprächspartner: Technologien und Systeme seien weitgehend vorhanden, jedoch müsse man verstärkt auf Aus- und Weiterbildung setzen. Laufend aktualisiertes Know-how zu Digitalisierung müsse künftig nicht nur IT-Fachkräften vermittelt, sondern zum Bestandteil fast aller Berufe werden.

Zudem sei es wichtig, eine ausgewogene Balance für staatliches Handeln zu finden: Zum einen seien staatliche Behörden als „schützende Hand“ für Themen der Cybersicherheit durchaus gefragt, zum anderen stünden viele Bürgerinnen und Bürger der



✳ © BKA/Andy Wenzel

Nutzung von personenbezogenen Daten durch diese Behörden skeptisch gegenüber, etwa im Gesundheitsbereich. Vor allem im Komplex der kritischen Infrastruktur (staatliche Institutionen, Nationalbank, Bundesrechenzentrum) müsse größter Wert auf Datensicherheit gelegt werden. Diese unterschiedlichen Interessen und Erwartungen seien nur durch die Schaffung von Vertrauen und den permanenten Dialog zwischen Politik, Wirtschaft, Verwaltung, Wissenschaft, Technik und Bevölkerung gesamtgesellschaftlich zu lösen.

Finanzielle Mittel von Seiten staatlicher Behörden müssten zudem zielgerichteter eingesetzt werden, etwa auch für die Unterstützung von kleinen und mittleren Unternehmen (KMU) oder Ein-Personen-Unternehmen (EPU). Während größere Unternehmen vergleichsweise gut aufgestellt seien, bestehe in diesem Bereich Handlungsbedarf, etwa bei der Nutzung von (sicherem) Online-Handel, bei der Investitionsbereitschaft und im Know-how.

Auf EU-Ebene seien entsprechende einheitliche Regeln, Rechtssicherheit für das globale Handeln und eine raschere Koordinierung erforderlich, um Digitalisierung länderübergreifend in seiner positiven Form nützen zu können. Cybersicherheit zu schaffen, sei nicht nur Aufgabe jedes einzelnen Unternehmens, sondern aller Beteiligten. Letztlich hängt nach Ansicht der Expertinnen und Experten auch die Reputation des Wirtschaftsstandorts davon ab.



✳ Jugendliche und junge Erwachsene am 9. Juni 2021

„Jetzt ist der Zeitpunkt, um über die zukünftige Gestaltung der EU zu sprechen. Ich freue mich auf Eure Anregungen und Ideen.“

Das betonte Europaministerin **Karoline Edtstadler** zu Beginn eines „Zukunftslabors“ im Bundeskanzleramt mit Jugendlichen und jungen Erwachsenen aus den Bundesländern (Fabian Rille, Valentina Gutkas, Elodie Arpa, Jonas Maureder, Hans Joe-Ferdinand Härtel-Farkas, Martin Brandstätter, Alexandra Hilkenmeier, Larissa Lojic, Miriam Egger).

In den „großen Fragen“ wie Klimawandel, der Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik (GASP), Migration oder Digitalisierung, aber auch bei der Rechtsstaatlichkeit und der Verteidigung demokratischer Werte müsse die EU stärker „nach innen geschlossen, nach außen entschlossen“ auftreten, so die jungen Teilnehmerinnen und Teilnehmer. Die Frage des Einstimmigkeitsprinzips sei im globalen Kontext zu sehen: Die EU mit ihren 27 Mitgliedstaaten stünde in Konkurrenz zu anderen Weltmächten und müsse besonders bei Themen, die grenzüberschreitende Lösungen erfordern, vermehrt mit einer Stimme sprechen können. Mit 27 Mitgliedstaaten und teilweise sehr unterschiedlichen rechtlichen, politischen, wirtschaftlichen und technischen Rahmenbedingungen sei dies nicht immer einfach und erfordere Geduld sowie Hartnäckigkeit. Besonders das Thema Klimawandel sei für Jugendliche interessant und erfordere weltweite Zusammenarbeit. Österreich als mittelgroßes Land im Herzen Europas könne gemeinsam mit den EU-Staaten auf der Weltbühne mehr bewegen als alleine, so die Meinung der jungen Österreicherinnen und Österreicher.

Von einem Tag auf den anderen seien im März 2020 viele Selbstverständlichkeiten weggefallen, etwa die offenen Grenzen innerhalb der EU. Erst durch die Covid-19-Krise sei vielen Menschen bewusst geworden, was es bedeutet, wenn die EU nicht existieren würde. Einhellig waren die Jugendlichen der Meinung, dass mehr getan werden müsse, um nicht nur an der EU interessierte und engagierte Jugendliche zu erreichen, sondern auch Gruppen, die diese Themen nicht so stark berühren. Die duale Berufsausbildung in Österreich sei ein Erfolgsprojekt und beispielgebend für andere EU-Staaten. Dennoch nehmen bei weitem nicht so viele Lehrlinge an Initiativen oder Programmen wie „Erasmus+“ teil wie etwa Studierende oder Schülerinnen und Schüler an Allgemeinbildenden Höheren Schulen (AHS).

Auch die Medien müssten aus Sicht der Jugendlichen ausgewogener über die Hintergründe für Entscheidungen und Prozesse auf EU-Ebene berichten – und vor allem auch darüber, welche Auswirkungen die EU auf den Alltag der Menschen habe. Der Nutzen der EU für die einzelnen Bürgerinnen und Bürger müsse verstärkt kommuniziert und Brüssel nicht als „Sündenbock“ gesehen werden. EU-Kritik müsse zulässig sein, sollte aber nicht in einer verkürzten Darstellung resultieren, so die jungen Menschen. Zudem traten die Teilnehmenden für den Ausbau der Politischen Bildung an Schulen ein. Dabei sollte ihrer Ansicht nach nicht nur Wissen über Institutionen und Gesetze, sondern vor allem themenbezogene Informationen vermittelt werden.



* Bilder: © BKA/Florian Schrötter

✳ „Klimawandel als weltweite Herausforderung“ am 21. Juli 2021

Europaministerin Karoline Edtstadler lud Expertinnen und Experten aus den Bereichen Nachhaltigkeit, Mobilität, Energie, Meteorologie sowie Forschung zu einer Diskussionsrunde in das Palais Porcia, ein Amtsgebäude des Bundeskanzleramtes. Am „Zukunftslabor“ teilgenommen haben auf ihre Einladung hin der ehemalige Präsident der Industriellenvereinigung und CEO der Kapsch Group beziehungsweise der Kapsch TrafficCom, Georg Kapsch, des Weiteren Georg Brasseur, Universitätsprofessor/Ordinarius am Institut für Elektrische Messtechnik und -signalverarbeitung an der TU Graz sowie Präsident der mathematisch-naturwissenschaftlichen Klasse der Österreichischen Akademie der Wissenschaften, Max Hardegg, Betreiber eines 2.600 Hektar großen Familienunternehmens in Niederösterreich, inklusive dem nördlichst gelegenen Weingut in Österreich, Sylvia Benda-Kahri, Leiterin Dialog und Innovation beim Umweltbundesamt, und Marc Olefs, Abteilungsleiter Klimaforschung an der Zentralanstalt für Meteorologie und Geodynamik/ZAMG.

Angesichts der Naturkatastrophen in Teilen Österreichs oder Deutschlands betonten die Fachleute, dass der Klimawandel keine Ursache für Überschwemmungen sei, aber die Wahrscheinlichkeit dafür sich erhöhen und die Häufigkeit ähnlicher Ereignisse begünstigen würde. Künftig werde eine Verzehnfachung von Extremwetterereignissen erwartet. Der Klimawandel sei bereits jetzt nicht mehr reversibel, daher seien neben Klimaschutz auch Klimawandel-Anpassungsmaßnahmen erforderlich.



✳ Bilder: © BKA/Andy Wenzel



Die Transformation zu einer „klimafreundlichen“ Gesellschaft müsse sozial eingebettet werden – auch, um bei den Bürgerinnen und Bürgern Verständnis zu erzeugen und sie „mitzunehmen“. Besonders bei Umwelt- und Klimathemen müsse man verstärkt auf Partizipation setzen und die Bevölkerung einbinden. Dem Klimawandel müsse man auf positive Weise begegnen – weniger durch Verbote und Einschränkungen, sondern mehr durch Eigenverantwortung und Einbindung.

Im Austausch mit den Expertinnen und Experten stand zudem das Thema der Energieversorgung auf der Agenda. Auch in Zukunft würden die EU-Staaten Energie importieren müssen – jedoch vermehrt aus „grünen“ Quellen. Im Bereich der Industrie und Infrastruktur, aber auch der Informationstechnologie sei man zudem weiterhin auf Strom angewiesen, so die Teilnehmenden. Europa müsse verstärkt auf einen rücksichtsvolleren Umgang mit Ressourcen, auf Energieeffizienz und Energieeinsparung setzen. Im Bereich der Mobilität führt der künftige Weg stärker weg vom motorisierten Individualverkehr hin zu einem „Demand-Management“ zur Verkehrssteuerung und -optimierung. Zahlreiche Umweltprobleme würden sich überdies durch den Erhalt der Artenvielfalt lösen oder zumindest verbessern. Dass der Klimawandel eine globale Herausforderung sei und bleiben werde, zeige sich anhand der Zahlen: So sei Europa für etwa zehn Prozent der globalen Treibhausgasemissionen verantwortlich; China, die USA und Indien insgesamt für über 50 Prozent.

✳ „Migration – aktuelle Herausforderungen für die EU“ am 8. September 2021

Im Rahmen eines „Zukunftslabors“ tauschte sich Europaministerin Karoline Edtstadler mit Expertinnen und Experten zum Thema Migration aus. Die diskutierten Aspekte reichten von einem einheitlichen europäischen Asylsystem bis hin zu Möglichkeiten für verstärkte Kooperationen mit Nachbarländern. Aufgrund der Entwicklungen der vorangegangenen Wochen standen dabei auch die Situation in Afghanistan nach der Machtübernahme der Taliban und mögliche Auswirkungen auf die EU im Mittelpunkt. An der Gesprächsrunde nahmen Michael Spindelegger, Generaldirektor des International Centre for Migration Policy Development (ICMPD), Marian Benbow Pfisterer, Leiterin des IOM Landesbüros für Österreich (IOM: International Organization for Migration), Christoph Pinter, Leiter von UNHCR Österreich (UNHCR: UN-Flüchtlingshochkommissariat), Rainer Münz, Experte für Migration und Demographie, Kristof Bender, stellvertretender Vorsitzender der Europäischen Stabilitätsinitiative (European Stability Initiative, ESI), und der Leiter der Sektion Fremdenwesen im Bundesministerium für Inneres, Peter Webinger, teil.

In Bezug auf die Lage in Afghanistan sei eine Beurteilung der weiteren Entwicklung oder eine zuverlässige Prognose schwierig; mögliche Migrationsbewegungen von Afghaninnen und Afghanen nach Europa würden vor allem von der (politischen) Situation in allen Teilen Afghanistans abhängen. Der Fokus müsse auch auf die Nachbarstaaten in der Region, die als direkte Aufnahmeländer fungieren, gelegt werden. Migrationsbewegungen hätten stets mehrere Gründe, darunter die Rahmenbedingungen vor Ort in den Herkunftsländern, die Einstellung von humanitären Hilfsprogrammen, aber auch „falsche Signale“, die in der Kommunikation ausgesandt würden.

In Bezug auf ein gemeinsames europäisches Asylsystem benötige man nach Ansicht der Expertinnen und Experten das „Whole-of-Government“-Prinzip, also umfassende, Institutionen-übergreifende Lösungsansätze aller Beteiligten. Ein Hindernis auf dem Weg zu einem funktionierenden gemeinsamen europäischen Asylsystem seien die äußerst unterschiedlichen Betroffenheitslagen der EU-Mitgliedstaaten. Lediglich zehn EU-Staaten seien von Migration im weiteren Sinne betroffen (Erstankunftsländer, vor allem in Südeuropa, und jene Mitgliedstaaten, in welchen migrierende Menschen Aufnahme finden möchten, etwa Österreich). Dies erschwere die Suche nach Lösungen für eine gemeinsame europäische Migrations- und Asylpolitik. Problematisch sei zudem, dass aktuell de facto kaum Personen mit negativem Asylbescheid in ihre Herkunftsländer zurückgeführt werden könnten. Hier seien verstärkt Partnerschaften mit Staaten wie Marokko oder Tunesien und finanzielle Anreize – sowohl für Rückkehrwillige als auch für die betroffenen Länder – anzudenken. Umso wichtiger sei es, ungesteuerte Migration zu reduzieren und auf die gezielte Rekrutierung qualifizierter Arbeitskräfte zu setzen. Damit die Aufnahmebereitschaft in den EU-Mitgliedstaaten erhalten bleibe, rücke der Aspekt der Integration in den Vordergrund.



✳ © BKA/Hans Hofer

Kooperationen mit Nachbarstaaten und eine gegenseitige Unterstützung durch Partnerschaften seien daher wichtig, um einen effektiven EU-Außengrenzschatz zu gewährleisten, etwa in Bezug auf den Westbalkan, der als eine Art „Warteraum“ auf dem Weg nach Europa fungiere. Mehrere Faktoren seien nach Ansicht der Expertinnen und Experten entscheidend, um in Zukunft mit komplexen Migrationsproblematiken umgehen zu können: Dazu zählen unter anderem ein funktionierender EU-Außengrenzschatz, effektive Asylverfahren sowie Rückführungen in die Herkunftsländer. Die Zusammenarbeit mit anderen betroffenen Partnerländern sei besonders wichtig. Die Anwendung von Schutzinstrumenten aus einer „vorglobalisierten Welt“ in der Jetztzeit funktioniere immer weniger. Migration, Mobilität und Kommunikation hätten sich in den letzten Jahrzehnten massiv verändert, so die Einschätzung der Fachleute, die in diesem Zusammenhang auf transkontinentale Problemlagen oder hybride Bedrohungen verwiesen.

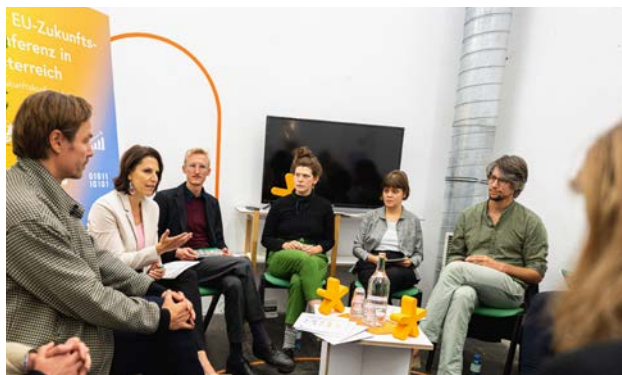
✳ „Kreativstandort Europa“ am 29. September 2021

Im Rahmen der „Vienna Design Week“ lud Europaministerin Karoline Edtstadler Design-Schaffende zu einem Austausch über den „Kreativstandort Europa“. An der Gesprächsrunde in der Festivalzentrale nahmen neben dem Direktor der „Vienna Design Week“, Gabriel Roland, Anna Zimmermann, Objektdesignerin und Konzeptentwicklerin, Emanuel Gollob, selbstständiger Industriedesigner, Franziska Möhrle und Valerie Rainer vom Architekturkollektiv „auf’strich“, Georg Wagner, Gerin Trautenberger und Harald Gründl vom Institute of Design Research Vienna, Marie Nemeth und Silvia Stocker vom Designstudio „studiotut“, Mark Neuner von der Mostlikely Architecture ZT GmbH, Nadja Zerunian von der Initiative „co/rizom“, Oliver Kartak und Sofia Podreka vom Designstudio „dottings“ sowie Industriedesigner Thomas Feichtner teil.

Für die 15. Vienna Design Week (24. September bis 3. Oktober 2021) – Österreichs größtem kuratierten Designfestival – war die Europäische Union als „Gastland“ festgelegt worden. Der EU-Schwerpunkt war in der Festivalzentrale am Sachsenplatz in Wien-Brigittenau als architektonische Intervention – dem „Dorfplatz EU“ – umgesetzt. Im „Dorfplatz EU“ wurden beispielsweise komplexe Informationen zu EU-Förderprogrammen für den Kultursektor gebündelt und vereinfacht graphisch dargestellt. Als öffentlich zugänglicher Raum sollte der „Dorfplatz“ Begegnungen, Diskurs und Wissenstransfer ermöglichen. Der „Dorfplatz EU“ wurde wenige Wochen später, am 26. Oktober 2021 anlässlich einer Gesprächsrunde mit Studierenden der Diplomatischen Akademie Wien zum Nationalfeiertag, auch in den Räumlichkeiten des Bundeskanzleramtes installiert.

Im Mittelpunkt der Diskussionen zwischen den Design-Schaffenden und Europaministerin Karoline Edtstadler standen zwei Fragen: Was tut die EU für die Kreativwirtschaft? Was können Kreativschaffende für die europäische Integration tun? Zum einen brachten die Designerinnen und Designer im Zuge der Diskussion ihren Wunsch nach mehr Information über EU-Förderprogramme für den Kreativbereich, etwa das Programm „Creative Europe“, zum Ausdruck. Auch müsse die „Schwellenangst“, sich an Programmen zu beteiligen, vor allem für freischaffende Künstlerinnen und Künstler sowie kleine Unternehmen gesenkt werden – etwa durch leicht zugängliche Informationsangebote bei Messen oder Ausstellungen. Eine anwesende Expertin des Bundesministeriums für Kunst, Kultur, öffentlichen Dienst und Sport (BMKOE) betonte, dass das Gesamtbudget für „Creative Europe“ mit 2,5 Milliarden Euro in der Periode von 2021 bis 2027 um 1 Milliarde Euro über dem Budget des Vorgängerprogramms liege. Neben „Creative Europe“ existieren weitere Fördermöglichkeiten auf EU-Ebene, etwa im Rahmenprogramm für Forschung und Innovation „Horizon Europe“ oder Ausschreibungen des Europäischen Instituts für Innovation und Technologie (EIT) sowie durch das jüngst konzipierte „Neue Europäische Bauhaus“.

Zum anderen äußerten die Designerinnen und Designer ein stark ausgeprägtes Bedürfnis nach Partizipation. Insbesondere Design könnte, aufgrund der interdisziplinären Ausrichtung (technisch, gesellschaftlich, künstlerisch), eine „Schnittstelle“ zwischen theoretischer Auseinandersetzung und praktischen Lösungen bilden. Es wäre aus Sicht der Kreativschaffenden wünschenswert, EU-Projekte und auch Ausschreibungen stärker (verpflichtend) interdisziplinär zu gestalten und Design vor allem bei der Gestaltung des öffentlichen Raumes miteinzubeziehen. Zudem sollten sich Kreativschaffende auf allen Ebenen – lokal, regional, national, europäisch – besser vernetzen, um geeint nach außen auftreten zu können und Synergien zu nützen. Dies würde auch der Positionierung einer Region oder eines Landes im Sinne des „Nation Branding“ zugutekommen, so die Meinung der Teilnehmenden.



✳ „EU in der Welt“ am 6. Oktober 2021

„Wen soll ich denn anrufen, wenn ich mit Europa sprechen will?“ Auch wenn Henry Kissinger diesen Satz vermutlich nie gesagt hat, steht die Europäische Union vor großen Herausforderungen. Europas globale Stärken, eine europäische Perspektive für die Westbalkan-Staaten und die Positionierung der EU gegenüber den USA und China – diese und weitere Themen standen im Fokus einer hochkarätigen Diskussion über die Rolle der EU in der Welt. Gespannt wurde dabei ein Bogen von der Analyse der beiden Globalmächte USA und China über die europäische Perspektive für die Westbalkan-Staaten bis hin zur Frage, wo die EU künftig ihre Stärken ausbauen sollte. Vertreten beim „Zukunftslabor“ waren der ehemalige Bundeskanzler Wolfgang Schüssel, die ehemalige Bundesministerin Ursula Plassnik, der ehemalige Botschafter Dietmar Schweisgut (Funktionen unter anderem als Ständiger Vertreter Österreichs bei der EU, Botschafter in Japan und China), der ehemalige Botschafter Martin Sajdik (Funktionen unter anderem als Ständiger Vertreter Österreichs bei den Vereinten Nationen, Botschafter in China) sowie Hannelore Veit, ehemalige langjährige USA-Korrespondentin des ORF.

Einig waren sich die Expertinnen und Experten darüber, dass die europäische Perspektive für die sechs Westbalkan-Staaten eine Frage der Glaubwürdigkeit der EU, aber auch eine Frage der Sicherheit sei. Eine Abkehr von der Perspektive eines EU-Beitritts wäre besonders für die jüngere Generation eine fatale Entwicklung. Gleichzeitig sei allen bewusst, dass der Weg zur EU-Mitgliedschaft für den Westbalkan ein langer Prozess sei und nicht in den nächsten fünf Jahren erfolgen werde. Österreich solle sich weiterhin auf allen Ebenen für die Beitrittsperspektive einsetzen und dabei nicht lockerlassen, so die Teilnehmenden. Auf dem Weg zu einer europäischen Perspektive für die Staaten des Westbalkans sollten kreative Zwischenschritte angedacht werden, etwa eine verstärkte Integration in den Binnenmarkt oder im Rahmen von Investitionsprogrammen.



Die EU habe in den letzten 20 Jahren zahlreiche Konflikte und Umbrüche durchlebt, so die Teilnehmenden, zuletzt im Zuge der Migrationsbewegungen 2015 und der Covid-19-Pandemie, und müsse künftig für weitere krisenhafte Szenarien gewappnet sein. Auf globaler Ebene seien in den nächsten zehn bis 20 Jahren massive Spannungen zwischen den USA und China abzusehen, die auch Auswirkungen auf das Selbstverständnis Europas haben würden.



✳ Bilder: © BKA/Andy Wenzel

Die USA würden gegenüber China – das als Kooperationspartner und systemischer Rivale gesehen werde – überall dort Kooperationen suchen, wo es im amerikanischen Interesse liege, etwa beim Kampf gegen den Klimawandel. China werde immer mehr zum Gegenspieler im „Wettbewerb nach dem besseren Modell“ – sei es bei der Pandemie-Bekämpfung oder bei anderen Themen. Eine der Lehren aus der Pandemie sei, dass die EU versuchen müsse, ihre Abhängigkeiten in Bezug auf globale Lieferketten zu reduzieren. Wichtig sei auch, dass die EU und die USA in Zukunft bei ähnlichen Interessen stärker kooperieren. Zudem verbinde die EU mit den USA ungleich mehr als mit China. Die EU sollte daher nicht äquidistant zu beiden Großmächten auftreten, da es mit den USA größere Schnittmengen gebe. Sie benötige jedoch nicht nur die USA oder China als Partner, sondern solle sich auch in unmittelbarer Nachbarschaft verstärkt engagieren, etwa in Bezug auf Staaten im Nahen Osten oder Nordafrika, die Ukraine, Israel oder die Türkei.

Wichtig sei es, Stärken auszubauen und Schwächen abzufedern – und eine der größten Stärken der EU sei der Binnenmarkt, der längst nicht vollendet sei, etwa im Bereich Kapitalmarkt und Bankenunion oder bei Dienstleistungen. Den gelte es voll auszuschöpfen. Der Euro würde von 400 Millionen Menschen genützt, sei nach dem US-Dollar die wichtigste Reservewährung der Welt und damit ein mächtiges Instrument. Die EU als Exportmacht und der Euro als Gemeinschaftswährung würden auch in der Bevölkerung laut Umfragen hohe Zustimmung finden. Auf internationaler Ebene sollte die EU daher gegen protektionistische Strömungen auftreten, so die Ansicht der Diskutantinnen und Diskutanten. Zudem brauche es in Migrationsfragen oder bei der Bekämpfung des Klimawandels eine weitsichtigere Politik, die „über den Tellerrand hinausschaut“ – geographisch, aber auch in Hinblick auf langfristige Herausforderungen.

✳ „Geldpolitik und Kapitalmarkt“ am 24. November 2021

„Geldpolitik und Kapitalmarkt“: Zu diesem Thema tauschte sich Europaministerin Karoline Edtstadler unter Einhaltung der geltenden Covid-19-Regelungen mit Expertinnen und Experten im Rahmen eines „Zukunftslabors“ aus. Zu den Teilnehmerinnen und Teilnehmern zählten neben dem Vorstandsmitglied der deutschen Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW), Ingrid Hengster (aktuelle Funktion: Country CEO Germany, Barclays), der Gouverneur der Österreichischen Nationalbank, Robert Holzmann, der Vorstandsvorsitzende der Erste Bank Group, Bernhard Spalt, der Finanzjournalist Nikolaus Jilch, die Direktorin des Wirtschaftsforschungsinstituts „EcoAustria“, Monika Köppl-Turyna, der CEO der Blue Code International AG, Christian Pirkner, und die Gründungsmitglieder des Start-ups „Bitpanda“, Eric Demuth und Paul Klanscheck.

Im Mittelpunkt der Gespräche standen unter anderem die Zusammenhänge zwischen Politik und Finanzmarkt, die Zukunft der europäischen Geldpolitik sowie Möglichkeiten und Anreize für Investorinnen und Investoren auf dem EU-Kapitalmarkt. Ein starker und integrierter Finanzmarkt in Europa sei wichtig, um Investorinnen und Investoren näher an die Märkte heranzuführen. Die Teilnehmenden sprachen sich für die Vervollständigung der Europäischen Bankenunion aus, die zu einer allgemeinen Stärkung der Bankenlandschaft beitragen und zu mehr Wettbewerb in Bezug auf ausländische Märkte verhelfen könnte. In Europa mangle es nicht an Ambitionen, eigenständig auf den Kapitalmärkten tätig zu werden. Probleme würden sich durch festgefahrene Strukturen innerhalb des europäischen Finanzsystems ergeben.

Ein eigenständiger europäischer Ansatz sei auch für zukünftige digitale Bezahlssysteme von Bedeutung. Europa sei diesbezüglich in einem starken Abhängigkeitsverhältnis von US-amerikanischen Bezahlssystemen. Ein „European way to pay“ wäre für die technische, rechtliche und kommerzielle Souveränität unerlässlich. Diskutiert wurden aber auch Investitionen in eine ökonomische Bildungspolitik. Bildungspolitische Maßnahmen seien wichtig, um schon früh, etwa ab dem Kindergartenalter, ein Verständnis für Finanzfragen und Wirtschaftsthemen zu schaffen.



**★ „Europa als Zentrum für Innovation und Unternehmertum – was braucht es?“
am 19. Jänner 2022**

Der Fachkräftemangel in Österreich und der EU, der Zugang zu Kapital und ein firmenfreundliches Umfeld waren zentrale Themen einer Expertinnen- und Expertenrunde, zu der Europaministerin Karoline Edtstadler gemeinsam mit „Brutkasten“ – Österreichs multimedialer Plattform für Start-ups, digitale Wirtschaft und Innovation – Vertreterinnen und Vertreter von heimischen Unternehmen geladen hatte.

Die geladenen Fachleute repräsentierten die Breite der österreichischen Industrie und Wirtschaft – vom über 100-jährigen Familienunternehmen über Großkonzerne bis hin zum vor wenigen Jahren gegründeten Start-up. Gemeinsam ist ihnen, dass sie auf europäischen beziehungsweise internationalen Märkten tätig sind. Als Diskussionspartnerinnen und Diskussionspartner standen für das „Zukunftslabor“ Nicole Ehrlich-Adám, Geschäftsführerin und Eigentümerin der EVVA-Gruppe, Christian Beer, Inhaber und geschäftsführender Gesellschafter der 1987 gegründeten Heron-Gruppe in Dornbirn, Vorarlberg, Oliver Holle, Gründer und CEO von Speedinvest, Barbara Sladek, Mitgründerin und CEO des Health-Tech-Unternehmens Biome Diagnostics GmbH, Michael Hirschbrich, CEO und Co-Founder von Apollo.ai technologies, der kaufmännische Geschäftsführer des international tätigen Kinder- und Jugendfahrradherstellers woom, Paul Fattinger, Martin Fröhler, Gründer von Morpher, einem auf der Blockchain-Technologie beruhenden Start-up, sowie der Geschäftsführer und Herausgeber von „Brutkasten“, Dejan Jovicevic, zur Verfügung.

Zur Sprache kamen Perspektiven für Start-ups, aber auch Themen wie Digitalisierung und Entrepreneurship sowie aktuelle Herausforderungen für die künftige Gestaltung der europäischen Wirtschaft.

Die Teilnehmenden waren einhellig der Meinung, dass die größte aktuelle Herausforderung der Fachkräftemangel sei. Um dieser Herausforderung zu begegnen und bestehende Arbeitskräfte für sich schnell ändernde Anforderungen fit zu machen, seien laufende Investitionen in Innovation und Bildung erforderlich. Dazu sei auch eine Änderung des Mindsets in Verwaltung und Gesellschaft nötig; Entrepreneurship und Innovation sollten als positiv besetzte Werte gesehen werden. Eine weitere Vision zur Bewältigung des Arbeitskräftemangels könnte die gesellschaftsrechtliche Beteiligung von Arbeitnehmerinnen und -nehmern am Firmenerfolg nach amerikanischem Vorbild darstellen („Employee Stock Ownership Plan“, kurz ESPO). Zudem seien transparente und klare Zuwanderungsregeln wichtig, um qualifizierte Fachkräfte anzuziehen.

Um sich unabhängiger von den USA, Russland oder China zu positionieren und handeln zu können, wäre die Schaffung eigener Plattformen von Seiten der EU wünschenswert, etwa europäische Alternativen zum Apple Store oder zu Google Play. Dass innovative Unternehmen in der EU gegenüber Standorten in anderen Regionen erfolgreich sein



könnten, zeige Spotify, der mittlerweile der weltweit größte Audio-Streaming-Abonnementdienst ist und seinen Sitz in Stockholm, Schweden, hat. Über diese und ähnliche Erfolgsgeschichten sollten Stakeholderinnen und Stakeholder in Österreich und der EU verstärkt selbstbewusst kommunizieren.

Im Bereich Kapitalausstattung und Finanzierung habe sich in der EU in den letzten Jahren vieles zum Positiven verändert, es sei aber politisches Leadership zur weiteren Vereinheitlichung und Vereinfachung von Regulatorien erforderlich. Die Finanzierungs- und Förderungsstrukturen für die Gründung von Firmen in Österreich oder der EU seien gut, es fehle jedoch an Expertise und Finanzierung für die Schritte „danach“. Die Covid-19-Pandemie habe als „Katalysator“ für einige positive Veränderungen gesorgt, so die Expertinnen und Experten, etwa beim Aufbrechen von für unüberwindbar gehaltenen Strukturen sowie durch innovative, digitale, grenzüberschreitende Lösungsansätze.



✱ Bilder: © BKA/Andy Wenzel

★ „Starke Frauen für Europa – Perspektiven aus dem Unternehmertum“ am 26. Jänner 2022

Die Chancen und Möglichkeiten, aber auch Hürden und Hindernisse auf dem Weg zur Gründung eines eigenen Unternehmens standen im Mittelpunkt eines „Zukunftslabors“, das vor allem auch die spezifischen Herausforderungen für Gründerinnen in Österreich und der EU in den Fokus rücken sollte. Den Blickpunkt der weiblichen Start-up-Szene vertraten in der Diskussionsrunde Cornelia Habacher, Co-Founder und COO des Start-ups „Rebel Meat“, Isabell Claus, Co-Founder und Geschäftsführerin von thinkers.ai, Marie Boltenstern, Geschäftsführerin von Boltenstern, Laura Egg, Geschäftsführerin der „Austrian Angel Investors Association“, Lisa-Marie Fassl, Vizepräsidentin der „Austrian Angel Investors Association“ und Co-Founder sowie CEO von „Female Founders“ sowie Nina Wöss, Vorstandsvorsitzende bei der „Austrian Private Equity and Venture Capital Organisation (AVCO) und Co-Founder sowie COO von „Female Founders“.

Im Laufe des Gesprächs kristallisierten sich die Wünsche und Vorstellungen für die künftige Gestaltung der Rahmenbedingungen für die erfolgreiche Gründung von Start-ups in Österreich und der EU heraus. Dabei wurde sowohl die Seite der Gründerinnen als auch jene der Investorinnen beleuchtet.

Mit dem Boom in der Start-up-Szene in den vergangenen Jahren konnten sich zahlreiche weibliche Gründerinnen mit starken Innovationen am Markt behaupten. Es gebe in Österreich und der EU grundsätzlich genügend Ressourcen und Talente. Das Netzwerk „Female Founders“ unterstützt Gründerinnen mit verschiedenen Programmen bei der Verwirklichung ihrer Business-Pläne und Unternehmensziele.

Trotz aller Erfolge bestünden weiterhin Schwierigkeiten bei der Gründung, speziell für Frauen. Die Angst vor dem Scheitern hänge in Österreich und Europa stark mit der gesellschaftlichen Fehlerkultur zusammen, die sich stark von jener in den USA unterscheide. In den letzten Jahren habe sich diesbezüglich einiges zum Besseren verändert. Eine Reihe an weiblichen Vorbildern würde Frauen zum Gründen inspirieren. Zudem existieren mittlerweile viele Netzwerke, in denen Founder sich gegenseitig unterstützen können.

Die Start-up-Szene in Österreich und in der EU sei jedoch weiterhin eher männlich dominiert – in Bezug auf die Gründung, aber auch betreffend Investments, wo Frauen noch stärker unterrepräsentiert seien. Das Risiko beim Einstieg sollte für Investoren und vor allem für Investorinnen minimiert werden, damit deutlich mehr Frauen den Schritt wagen, „Angel Investors“ zu werden, so die Expertinnen. Damit die österreichische Start-up-Szene auf europäischer und internationaler Ebene mithalten könne, seien Maßnahmen wie vereinfachte Verfahren zur Anwerbung ausländischer Arbeitskräfte oder neue Gesellschaftsrechtsformen erforderlich. Ebenso wichtig seien strukturelle Veränderungen sowie das Überdenken gesellschaftlicher Vorurteile und Stereotype.

✳ „Die weibliche Union – was erwarten sich Frauen von Europa?“ am 8. März 2022

Auf die Suche nach Antworten auf diese und weitere Fragen begab sich eine Runde von „tollen Gestalterinnen“ auf Einladung von Europaministerin Karoline Edtstadler anlässlich des Internationalen Frauentags. An der Diskussion nahmen Helga Rabl-Stadler, ehemalige Präsidentin der Salzburger Festspiele und Unternehmerin, weiters Doris Schmidauer, bis 2018 Geschäftsführerin im Grünen Parlamentsklub und seitdem selbständige Unternehmensberaterin, Valerie Hackl, seit Jahresbeginn 2019 Geschäftsführerin der Austro Control Österreichische Gesellschaft für Zivilluftfahrt, und Martina Salomon, seit 2018 Chefredakteurin der Tageszeitung „Kurier“, teil.

Basierend auch auf ihren persönlichen und beruflichen Erfahrungen reflektierten die Expertinnen über bereits erreichte Meilensteine in der Frauenpolitik, aber auch über noch zu bewältigende Herausforderungen in puncto Gleichstellung auf österreichischer und europäischer Ebene. Auch wenn „gleicher Lohn für gleiche Arbeit“, ein Gründungsprinzip der EU, in den Römischen Verträgen von 1957 verankert ist, beträgt etwa der „Gender Pay Gap“ der 27 EU-Mitgliedstaaten im Durchschnitt 14,1 Prozent. Die Covid-19-Pandemie habe häufig zu einem Rückfall in alte Rollenmuster, aber auch zu einem Anstieg von Gewalt gegen Frauen geführt, so die Teilnehmerinnen. Besonders ernstzunehmen sei das Thema der weiblichen Genitalverstümmelung, welches Schätzungen zufolge weltweit etwa 200 Millionen Mädchen und Frauen, in Österreich mehr als 8.000 Mädchen und Frauen, betreffe. Hier seien Maßnahmen auf nationaler und europäischer Ebene gefordert.

Auf politischer Ebene sind Frauen weiterhin unterrepräsentiert: Sie stellen beispielsweise in nationalen Parlamenten durchschnittlich 30 Prozent aller Abgeordneten. Mit Ursula von der Leyen und Roberta Metsola stehen nun zwei Frauen an der Spitze der Europäischen Kommission beziehungsweise des Europäischen Parlaments. Erfreulich sei zudem, dass in Österreich bereits mehr als die Hälfte aller Absolventinnen und Absolventen eines Hochschulstudiums weiblich sind.

Um Gleichstellung effektiv voranzutreiben, seien Maßnahmen wie mehr Lohntransparenz oder die Einführung und Umsetzung von verpflichtenden Quotenregelungen bei der Besetzung von Gremien oder Stellen anzudenken. Zudem müsse an den Rahmenbedingungen für eine bessere Vereinbarkeit von Beruf und Familie – wie am Ausbau von Kinderbetreuungsplätzen, an flexibleren Arbeitsmodellen oder Karenzmodellen nach dem Vorbild Frankreichs und der skandinavischen Staaten – gearbeitet werden. Weiters sollten beruflich erfolgreiche Frauen öffentlich stärker in den Vordergrund treten. Gute Karriereperspektiven bieten etwa die MINT-Berufe (MINT: kurz für Mathematik, Informatik, Naturwissenschaften und Technik). Besonders wichtig sei jedoch der Wandel in den Köpfen, damit Rollenbilder überdacht sowie effektive Netzwerke geschaffen werden und Frauen mehr Selbstbewusstsein entwickeln können.



* Bilder: © BKA/Florian Schrötter

Vieles sei bereits erreicht worden, vieles bleibe weiterhin zu tun, so das Fazit der Teilnehmerinnen am „Zukunftslabor“. Das Empowerment von Frauen in allen Bereichen der Gesellschaft müsse auf allen Ebenen – sei es lokal, regional, national oder europäisch – fortgeführt werden.

✳ „Perspektiven für die europäische Sicherheits- und Verteidigungsarchitektur“ am 23. März 2022

Im Zeichen des Krieges in der Ukraine und der möglichen Folgen auf die sicherheitspolitische Situation in der EU sowie in Österreich stand das Zukunftslabor unter dem Titel „Perspektiven für die europäische Sicherheits- und Verteidigungsarchitektur“. An der Diskussion im Rahmen der „Zukunftslabor“-Gesprächsreihe nahmen Franz-Stefan Gady, Senior Advisor am Austria Institut für Europa- und Sicherheitspolitik (AIES) sowie Researcher am Institute for International Strategic Studies in London, Vereinigtes Königreich, des Weiteren Verena Jackson, akademische Rechtsberaterin des Bundesministeriums der Verteidigung (BMVg) und Researcher / Lecturer am Center for Intelligence and Security Studies (CSIS) der Universität der Bundeswehr in München, Deutschland, Brigadier Peter Vorhofer, Leiter der Direktion Verteidigungspolitik und Internationale Beziehungen im Bundesministerium für Landesverteidigung (BMLV), Marian Rachow, Managing Director des in der Verteidigungsindustrie agierenden Unternehmens HENSOLDT Cyber sowie Head von HENSOLDT Ventures, Heinrich Pfriemer, Global Vice President des Industriegesegments der Verteidigung und Öffentlichen Sicherheit beim Softwarekonzern SAP (Global Defence Director), sowie Michael Halwachs, Experte für Katastrophenmanagement und Katastrophenschutz und Corporate Health & Safety Manager Tunnelling Division beim Baukonzern PORR, teil.

Bei den Teilnehmenden bestand während der Diskussion Einigkeit in Bezug auf die Notwendigkeit einer Neuausrichtung der Verteidigungsstruktur der EU in Zeiten einer sich schnell verändernden globalen und sicherheitspolitischen Lage. So kamen unter anderem die mögliche Einführung von Sonderbudgets zur Herstellung von (grund-)militärischen Fähigkeiten und die Beständigkeit von Entscheidungen auf EU-Ebene zur Sprache. Lösungen müssten demnach in dieser hochdynamischen Situation vor allem auf gemeinschaftlicher Ebene zu suchen sein. Auch müsse man das gesellschaftliche Bewusstsein in Bezug auf die neuen Bedrohungsszenarien neu einordnen: Bedrohungswahrnehmungen könnten nach einem möglichen Ende der russischen Aggression in der Ukraine wieder abnehmen. Dieser Entwicklung müsse man entgegenwirken. Zudem müssten die EU-Mitgliedstaaten künftig für die Herausforderungen der „Informationskriegsführung“ besser gerüstet sein.

Mit Blick auf die Verteidigungsindustrie verwiesen die Teilnehmenden auf die Rolle der Öffentlichkeit, da die Einführung von Sonderetats beziehungsweise die Implementierung verteidigungspolitischer Maßnahmen immer auch vom öffentlichen Interesse mitgetragen werden müssten. Eine Intensivierung der Kooperationen auf europäischer Ebene sei daher der richtige Weg, um in eine gemeinsame Verteidigungsstruktur zu investieren. Der „Strategische Kompass“ sei als Erfolgsbeispiel für die Zusammenarbeit auf EU-Ebene zu sehen.



Ein weiteres Thema in der Diskussion nahm die völkerrechtliche Perspektive auf den Konflikt in der Ukraine ein. Insbesondere vor dem Hintergrund der aktuellen geopolitischen Herausforderungen würde das Völkerrecht vor einem Umbruch stehen, so die Teilnehmenden. Reformbedarf bestehe auch im Hinblick auf die (rechtliche) Einordnung von neuen Formen der Bedrohung, etwa in Bezug auf Cyberangriffe oder Desinformation.

Der 24. Februar 2022, der Beginn der russischen Invasion in der Ukraine, stelle nicht weniger als eine „Zeitenwende“ dar, so die Teilnehmenden abschließend. Die große Einigkeit, welche innerhalb der EU im Hinblick auf die gemeinsam getroffenen Maßnahmen gegen Russland beziehungsweise zur Unterstützung der Ukraine herrsche, sei zu begrüßen und müsse weiterhin bestehen bleiben.

Stimmen zur Zukunft Europas



„Klimawandel ist zwar nicht die Ursache für Ereignisse wie Überschwemmungen, aber er begünstigt die Häufigkeit und erhöht die Intensität dieser Ereignisse. Ohne drastischen Klimaschutz erhöht sich die Wahrscheinlichkeit für Extremwetterereignisse um das 3- bis 10-fache.“

Marc Olefs Abteilungsleiter Klimaforschung an der Zentralanstalt für Meteorologie und Geodynamik (ZAMG)
© 2019 Martin Lusser



„Die großen Umweltprobleme machen nicht vor nationalen Grenzen halt, daher sind sie auch nur überstaatlich zu bewältigen. Bei den Verhandlungen zu internationalen Umwelt- und Klimaschutzabkommen mit den USA, China und anderen Staaten vertritt die EU in der Regel die fortschrittlichste und umweltfreundlichste Position.“

Bela Hollos
Europa-Gemeinderat, Wien-Leopoldstadt © Privat



„Die EU ist eine Erfolgsgeschichte, allerdings ist sie nicht ohne Fehler. Nur wenn man sich mit der Kritik gewissenhaft auseinandersetzt, wird sie auch in Zukunft ihren Ansprüchen gerecht werden.“

Ulrich Grossinger Europa-Gemeinderat, Pressbaum, Niederösterreich © Privat



„Ich glaube, dass man die Friedensunion Europa nie genug in den Vordergrund rücken kann. Über Grenzen hinauszuschauen und über Grenzen hinweg zusammenzuarbeiten ist mir ein Herzensanliegen – gerade in Krisenzeiten und bei der Bewältigung globaler Herausforderungen wie des Klimawandels.“

Viktoria Gruber Europa-Gemeinderätin, Schwaz, Tirol
© BKA/Christopher Dunker



„Design ist mehr als nur ‚Behübschung‘ oder die Gestaltung eines Endproduktes. Gerade bei der ganzheitlichen Veränderung von Prozessen und Systemen sollten Kunstschaffende ihren Beitrag leisten dürfen, bei grenzüberschreitenden Projekten und der Gestaltung des öffentlichen Raumes innerhalb der EU.“

Sofia Podreka Designstudio „dottings“ © neukurs



„Innovation bedeutet nicht, die ‚alte Welt‘ zu verteidigen, sondern an einer neuen zu arbeiten.“

Michael Hirschbrich
CEO und Co-Founder von Apollo.ai technologies
© Apollo.ai GmbH



„Ich wünsche mir, dass wir uns in 20 Jahren nicht mehr ausschließlich als Österreicherinnen und Österreicher, Französinen und Franzosen, Deutsche, Spanierinnen und Spanier bezeichnen, sondern als Europäerinnen und Europäer mit europäischer Identität parallel zu unserem nationalen Zugehörigkeitsgefühl.“

Hermann Knapp Europa-Gemeinderat, Hallein, Salzburg © Hermann Knapp



„Als EU-Bürgerinnen und -Bürger dürfen wir uns privilegiert fühlen: Wir haben wirtschaftlichen Erfolg. Wir können in Forschung und Entwicklung investieren.“

Gerda Schnetzer-Sutterlüty Europa-Gemeinderätin, Sulz, Vorarlberg © BKA/Christopher Dunker



„Die möglichst rasche Einigung auf eine gemeinsame Asyl- und Migrationspolitik der EU ist eine Zukunftsaufgabe. Dadurch könnten ungesteuerte Asylzuwanderung besser bewältigt und gezielt qualifizierte Arbeitskräfte angeworben werden.“

Rainer Münz Professor, Experte für Migration und Demographie © Daniela Matejschek



„Gründen gilt in Österreich und Europa oft immer noch als eine Option für einen kleinen, elitären Teil der Bevölkerung. Es handelt sich vor allem um ein Mindset-Problem. Hier ist es wichtig, früh anzusetzen und Gründung als echte Alternative zum klassischen Berufsweg aufzuzeigen. Junge Menschen, vor allem Frauen, brauchen hier positive Vorbilder und ‚Best Practice‘-Beispiele.“

Cornelia Habacher Co-Founder und COO des Start-ups „Rebel Meat“ © Rebel Meat



„Für die EU bedeuten die zunehmenden krisenhaften Szenarien etwa zwischen den USA und China, dass wir uns eine eigenständige Rolle bewahren müssen. Es wird Bereiche geben, bei denen es zu Konflikten kommt, und Bereiche, in denen Kooperation erforderlich sein wird. Gefragt ist eine kluge Politik der Balance.“

Wolfgang Schüssel Bundeskanzler außer Dienst © ÖVP Bundespartei



„Wie kann Österreich ein Vorbild für Europa werden? Wir werden einen europäischen Kapitalmarkt schaffen müssen. Dadurch können wir den Österreicherinnen und Österreichern Sicherheit geben, auch in diesen Kapitalmarkt zu investieren. Österreich könnte dabei eine entscheidende Rolle spielen – aber nur, wenn wir die richtigen Ansätze finden und vorangehen.“

Nikolaus Jilch Finanzjournalist © Brutkasten



„In dieser globalisierten Welt sind ein stärkeres Miteinander und ein intensiveres Zusammenwachsen unabdingbar – Europa muss im weltweiten Kontext mit einer gemeinsamen Stimme auftreten.“

Joseph Miedl Europa-Gemeinderat, Berndorf, Niederösterreich © BKA/Christopher Dunker





* © BKA/Andy Wenzel



Resümee von
Europaministerin
Karoline Edtstadler

Ein neues Europa schmieden.

Als die „Konferenz zur Zukunft Europas“ angekündigt wurde, war die Welt noch eine andere. Es gab keine Pandemie und keinen Krieg in Europa. Zwei Jahre später ist die Pandemie eingedämmt, aber noch immer nicht vorbei und die Folgen des Angriffskriegs Russlands auf die Ukraine sind nicht abschätzbar. Vor diesem Hintergrund ist der Prozess zur Weiterentwicklung der Europäischen Union in vielen Bereichen neu zu betrachten.

Unser Fortschritt und unser europäisches Lebensmodell sind gefährdet. Der Konflikt mit Russland, aber auch das Streben Chinas zeigen, dass die globale Weltordnung in Bewegung ist. Der Führungsanspruch des Westens und sein damit verbundenes westliches Lebensmodell basierend auf Demokratie, Wohlstand und Rechtsstaatlichkeit wird immer mehr in Frage gestellt. Die Zahl der Demokratien nimmt ab, die Zahl der Autokratien, die sich zunehmend vom westlichen Werte- und Lebensmodell bedroht fühlen, nimmt zu.

Mit dem Angriffskrieg Russlands auf die Ukraine wurde eine vielzitierte Zeitenwende eingeläutet. Wir müssen uns darauf einstellen, dass wir langfristig mit Konflikten und Instabilität in Europa konfrontiert sein werden. Russland wird dauerhaft eine Bedrohung darstellen. Damit wurden die durch die Covid-19-Pandemie hervorgerufenen Herausforderungen noch deutlich verstärkt. Die Inflation ist massiv gestiegen, Lieferketten wurden unterbrochen und das volle Ausmaß der Abhängigkeiten in vielen Bereichen wird uns nun vollends bewusst.

Wir müssen auf diese Veränderungen reagieren und uns auf unsere eigenen Stärken besinnen. Wir dürfen auch nicht naiv sein: Österreich kann das nicht alleine bewerkstelligen – kein Mitgliedstaat in Europa kann das alleine. Unsere Gemeinschaft ist unsere Stärke. Wir brauchen mehr denn je den Verbund im Rahmen der Europäischen Union.

Die EU muss daher umgehend wesentliche Reformen einleiten. In vielen Bereichen brauchen wir mehr EU, mehr Vergemeinschaftung als bisher. Im Sinne eines gesunden Systems der „Checks and Balances“ müssen diese Reformen auch mit stärkerer Verantwortung der Mitgliedstaaten einhergehen. Das Prinzip der Subsidiarität bleibt unsere Richtschnur: all jene Probleme, die besser in den Mitgliedstaaten gelöst werden können, sollten auch in der nationalen Verantwortung bleiben.

Den Anstoß zu derartigen Reformen hat uns die „Konferenz zur Zukunft Europas“ durchaus gegeben. Die Ideen und Lösungsansätze von Bürgerinnen und Bürgern, aus der Zivilgesellschaft und der Wirtschaft, geben die Richtung vor, in die sich die EU entwickeln muss. Daraus abgeleitete tatsächliche Reformen auf europäischer Ebene suchen wir bis heute vergebens.

Darum möchte ich nun jene Ideen darlegen, die aus meiner Sicht am besten geeignet sind, um die Europäische Union weiterzuentwickeln und eine Grundlage zu schaffen, um den „European Way of Life“, Europa als Ort von Stabilität, Wohlstand, Freiheit und höchster Lebensqualität, abzusichern.

Dafür fordere ich:

- 1. Das Voranstellen der geopolitischen Interessen Europas**
- 2. Die Rückbesinnung auf die Wirtschaftsmacht Europas**
- 3. Die nachhaltige Stärkung im Inneren Europas**



★ © BKA/Christopher Dunker

1. Das Voranstellen der geopolitischen Interessen Europas

Die Präsidentin der Europäischen Kommission, Ursula von der Leyen, wollte von Anfang an eine „geopolitische Kommission“. Das bedeutet, dass Europa seine eigenen Interessen in den Vordergrund stellen muss. Europa muss sich vor Angriffen schützen und seine eigenen Interessen verteidigen können. Dies gilt im Besonderen für die unmittelbare Nachbarschaft der Union, in der auch Russland und andere Akteure Einfluss ausüben. Während die Abhängigkeit von Russland und China reduziert werden muss, sollten die Beziehungen zu jenen Ländern und Regionen, welche die europäischen Werte teilen, weiter vertieft werden. Das bedeutet:

- Umgehende Fortschritte bei der Annäherung der Westbalkan-Staaten an die EU
- Rascher Ausbau der Kapazitäten der Europäischen Verteidigung
- Funktionierender Außengrenzschutz und deutliche Initiativen für ein Ende der illegalen Migration nach Europa durch positive sowie negative Anreize für Rückübernahmen
- Rasche Lösungen für die Vertiefung der Beziehungen mit der Schweiz und gute Kooperation mit dem Vereinigten Königreich
- Beschluss von pragmatischen Freihandelsabkommen unter Wahrung nationaler Interessen mit Partnern, die unsere Werte teilen; insbesondere mit den Vereinigten Staaten, Australien und ausgewählten Partnern in Südamerika
- Abhängigkeiten bei Rohstoffen soweit wie möglich reduzieren; ehestmöglicher Ausstieg aus russischem Gas, Ausbau erneuerbarer Energien, Erleichterung von nachhaltiger Rohstoff-Gewinnung in Europa

2. Die Rückbesinnung auf die Wirtschaftsmacht Europas

Die Europäische Union, lange größter Binnenmarkt der Welt, wird heute wirtschaftlich von China und den USA abgehängt. Wir müssen die Trendumkehr schaffen, die Potenziale unseres Wirtschaftsraums wieder voll ausschöpfen und den Binnenmarkt vollenden. Unser Anspruch ist, Weltmeister der Innovation, der Wertschöpfung und damit der Lebensqualität zu sein. Aktuell sind wir Weltmeister der Überregulierung. Europa muss der Kontinent der Chancen und des wirtschaftlichen Erfolgs sein. Sei es beim Kampf gegen den Klimawandel, im digitalen Raum oder bei neuen Technologien: Die EU muss sich an den Chancen orientieren und nicht an den Risiken. Daher müssen wir:


- Bestehende Barrieren im Binnenmarkt zwischen den Mitgliedstaaten abbauen und die Harmonisierungen in allen Sektoren vorantreiben
- Die Stärkung des Kapitalmarkts durch die Schaffung einer europäischen Kapitalmarktunion erreichen
- Bei den Budgets rasch zu den Maastricht-Kriterien zurückkehren

- Die EZB dazu anhalten, dass sie ihrer Aufgabe nachkommt und für Preisstabilität sorgt
- Das Wettbewerbsrecht reformieren, um ein Entstehen Europäischer Champions zu ermöglichen
- Die beste digitale Infrastruktur der Welt aufbauen
- Ein europaweites Bekenntnis zur Verhinderung von Gold-Plating schaffen
- Die Etablierung eines flexiblen europäischen Arbeitsmarkts vorantreiben und die freie Wahl von Arbeitsplatz und Lebensort sicherstellen
- Die Einwanderungsmöglichkeiten für Fachkräfte deutlich erleichtern und damit die besten Köpfe der Welt nach Europa holen
- Den Forschungs- und Innovationsstandort durch eine deutliche Erhöhung von Forschungsmitteln und einen starken internationalen Patentschutz stärken
- Regulierungen im Sinne von Innovations-Förderung statt Innovations-Hemmung gestalten

3. Eine nachhaltige Stärkung im Inneren Europas

Vor dem Hintergrund wachsender Bedrohungen liegt die Stärke der Europäischen Union in ihrer Einigkeit. Die Werte und Grundprinzipien der Europäischen Union müssen gewahrt und gestärkt werden. Zugleich müssen diesbezügliche interne Auseinandersetzungen lösungsorientiert geführt werden. Es braucht zudem starke Institutionen, die aber auch über eine breite Akzeptanz in der Bevölkerung verfügen müssen. Darum braucht es:

- Die Verankerung des Systems der Spitzenkandidaten in den EU-Verträgen
- Die Beibehaltung der 27 EU-Kommissarinnen und EU-Kommissare für jeden Mitgliedstaat
- Die Festlegung auf einen einzigen ständigen Sitz des Europäischen Parlaments in Straßburg oder Brüssel
- Eine Verankerung der Rechtsstaatlichkeitskonditionalität in den EU-Verträgen
- Das Identifizieren von Lösungen für Artikel-7-Verfahren
- Die Schaffung von wirksamen Brücken zwischen den Institutionen der EU und den Bürgerinnen und Bürgern vor Ort – analog zur österreichischen Initiative der Europa-GemeinderätInnen – in allen Mitgliedstaaten der EU



„Europa wird in Krisen geschmiedet“,
hat Jean Monnet, Wegbereiter der
europäischen Einigung, einst gesagt.

Ich sehe in allen Krisen und in den
zahlreichen Herausforderungen,
denen die Europäische Union heute
gegenübersteht, die echte Chance auf
die so notwendige Veränderung.

**Lasst uns ein neues und besseres
Europa schmieden!**



